

# **Digitales Brandenburg**

**hosted by Universitätsbibliothek Potsdam**

## **Ein Jahrhundert deutscher Geschichte**

**Goldschmidt, Hans**

**Berlin, 1928**

Reichsgedanke und Reich.

**urn:nbn:de:kobv:517-vlib-5234**

## Reichsgedanke und Reich.

Von  
Ernst Müsebeck.

### I.

„Wir erklären durch Gegenwärtiges, daß wir das Band, welches uns bis jetzt an den Staatskörper des Deutschen Reiches gebunden hat, als gelöst ansehen, daß wir das reichsoberhauptliche Amt und Würde durch die Vereinigung der konföderierten rheinischen Stände als erloschen und dadurch von allen übernommenen Pflichten gegen das Deutsche Reich losgelöst betrachten und die von wegen desselben bis jetzt getragene Kaiserkrone und geführte kaiserliche Regierung, wie hiermit geschieht, niederlegen.“

Mit dieser Urkunde entsagte Kaiser Franz II. am 6. August 1806 dem deutschen Kaisertum. Die Wende der Zeiten, die über das europäische Staatensystem mit der französischen Revolution und ihren Folgen hereingebrochen war, hatte das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zu Grabe getragen. Bezwungen durch die Macht der Verhältnisse, entäußerte sich der Erbe aus habsburgischem Stamme, in dessen Besitz Amt und Würde über ein halbes Jahrtausend mit wenigen Unterbrechungen gewesen waren, seiner Aufgaben.

Das letzte Band politischer Natur, das die beiden deutschen Großmächte, die deutschen Mittel-, Klein- und Zwergstaaten zusammenhielt, war zerrissen. Die Reichseinheit und das Reich hatten aufgehört. Selbständig und souverän führten die deutschen Landesstaaten zu vollem öffentlichen Rechte ihr politisches Leben neben-, oft gegeneinander. War auch der Reichsgedanke erloschen?

Die Reichsgeschichte war in den glanzvollen Perioden des Mittelalters von der universalen Macht des Kaisertums getragen. Wie dieses ruhte die Reichseinheit doch letzten Endes bei allen Gegensätzen zu ihm auf dem starken Träger der universalen Macht der Kirche. Die Reformation hatte diesen Eckpfeiler des Kaisertums und der Reichseinheit zerschlagen. Und als zu der Zeit, da der größte Teil der Nation Luther sich zugewandt hatte, ein Sohn der alten Kirche es unternahm, das universale Machtgebäude des Imperiums mit politischen und religiösen Mitteln von neuem zu errichten, da versagte sich ihm das Papsttum mit seiner Befangenheit in italienischer und Hauspolitik. Karls V. Pläne, jeder Bindung an die nationalen Kräfte des deutschen Volkes entbehrend, scheiterten. Aber ebenso scheiterten die nationalen Reichseinheitspläne der Bauernbewegung, die, richtig die politische Ohnmacht des deutschen Volkes in der Zerrissenheit der großen und kleinen Territorialgewalten erkennend, die Macht der Stände, die Landeshoheit zu beseitigen, ein einheitliches Kaisertum herzustellen gedachten. Es war das Schicksal des deutschen Volkes, daß sein größter Sohn in dieser gewaltigen Zeit, daß Luther sich dieser Bewegung nicht anzuschließen vermochte. Der Reformator sah infolge seiner rein religiösen Anschauung in den Landesfürsten die von Gott gesetzte Obrigkeit, der jeder Untertan unbedingten Gehorsam schuldete. Luther konnte nicht der Held der deutschen Nation im Sinne der Erneuerung eines politischen Reichsgedankens unter Benutzung der Volksgenossen werden, die sich gegen die Obrigkeit der Landesgewalten wandten, er konnte nur ihr Gegner sein; eine tragische

Ideenverkettung, die dem deutschen Volke die Möglichkeit nahm, zu einer einheitlichen religiösen oder politischen Kraftentfaltung zu gelangen. Die Reformation wurde von diesem Zeitpunkte an das bedeutungsvollste Mittel zur Stärkung der zentrifugalen Mächte der landesherrlichen Gewalten. Die systematische Knechtschaft aber, die nunmehr über die breiten Massen des Stadt- und Landvolkes hereinbrach, machte sie teilnahmslos gegenüber allen politischen Angelegenheiten. Reich und Nation lagen während der nächsten Jahrhunderte für sie in weiter Ferne. Der westfälische Friede entriß Deutschland reiche Ländergebiete, machte auswärtige Staaten zu Reichsländern, stabilisierte die Landeshoheit der Territorien. Das politische Interesse des Kaiserhauses, eng verbunden mit dem Katholizismus, durchsetzte sich immer stärker mit nichtdeutschen Problemen und Aufgaben. Die neue Fürstenmacht aber, die seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts im nordöstlichen Kolonialgebiet heranwuchs, Brandenburg-Preußen, wurde, in engem Bunde mit dem Protestantismus, der zuerst verachtete, dann aber gefürchtete Gegner Habsburgs, und auch Preußen lief im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts Gefahr, seinen deutschen Charakter zu verlieren. Neben diesen beiden Großmächten lag die Welt der Mittel- und Kleinstaaten in wirrem Gemenge als das „dritte Deutschland“. Die nationale Kultur, die in der Reformationszeit zu voller und breiter Entfaltung gelangt war, sank mit den religiösen Wirren und Kämpfen dahin. Bald beherrschten französische, italienische und spanische Sitte und Sprache die Höfe, die Kreise des Adels und der städtischen Patrizier. Wohl bestand das Reich noch weiter unter dem Schutze der habsburgischen Hausmacht, aber es war nur noch ein Zerrbild seiner ehemaligen Größe. Längst war dieser deutsche Reichkörper ohne alle Einheit des national-politischen Lebensgefühles. Der französische Imperialismus vollendete das Zerstörungswerk an einem morschen Bau, der wie ein Überrest längst vergangener Zeiten in eine neue Welt hineinragte.

Das ein Jahrtausend alte deutsche Reich hatte mit dem Jahre 1806 ein ruhmloses Ende gefunden. Seine moralischen Energien waren verbraucht, soweit sie politisch in Erscheinung traten, aber nicht zu Grabe getragen war die Idee der Einheit des deutschen Volkstums, nicht zu Grabe getragen war der Reichsgedanke.

## II.

Nirgends zeigte sich auf deutscher Erde in dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts ein politisches Gebilde, das berufen zu sein schien, von sich aus die Einheit der Nation schöpferisch zu gestalten. Mochte der Genius Friedrichs des Einzigen dem deutschen Volke es zum Bewußtsein gebracht haben, daß wieder ein Held aus seinem Schoße hervorgegangen sei, die Staatsgefinnung, die von den drei großen Hohenzollern geschaffen war, trug preußisches, nicht deutsches Gepräge. Das politische Österreich Maria Theresias und Josephs II. war ausschließlich habsburgisch eingestellt. Von den Mittelstaaten zeigte sich keiner imstande, gegenüber dem Machtwillen einer dieser beiden deutschen Großmächte sich durchzusetzen. Wie kläglich scheiterten die Pläne Kaiser Karls VII., des Bayern! Und doch: Fast schien es, als sollte das deutsche Volk zur Zeit seines politischen Niedergangs, als seine Staatenwelt einem Trümmerhaufen glich, erst der reichen Kräfte sich bewußt werden, die in seinem Schoße ruhten, die nur zum Leben gerufen zu werden brauchten, um ein neues ideales Zeitalter deutschen Geistes in das Buch der Weltgeschichte einzutragen. Kaum hatte die abwärts führende Entwicklung ihren Tiefpunkt erreicht, kaum waren die letzten idealen Bande einer politischen Einheit der deutschen Staatenwelt zerrissen, da begannen die Kräfte sich zu regen und zu wirken, die da hofften, das territoriale Sonderleben zu überwinden, ein neues Reich vom Volke, von der Nation aus ins Dasein zu rufen.

Jenes „dritte Deutschland“ war es, in dem zunächst ein neues Nationalgefühl heranwuchs. Es trug, dem Wesen dieser Welt entsprechend, nicht einen politischen, sondern einen literarischen Charakter im weitesten Sinne. Selbst Justus Möser, der Leiter eines der sonderbarsten Staatsgebilde, des Bistums Osnabrück, vermochte als Gegner kosmopolitischer Anschauung, als Förderer aller aus dem Volkstum heraus erwachsenen gesellschaftlichen Bildungen ihn nicht abzustreifen. Es galt, die deutsche Kultur wieder loszulösen von den Banden des französischen Geschmacks in Literatur und Kunst, die eigene Muttersprache von dem Schwulst und hohlen Pathos zu befreien, denen sie erlegen war,

wenigstens die Kreise der Gebildeten für die Schönheit des Volkstums und des Vaterlandes wieder empfänglich zu machen. Das Verdienst Klopstocks und des Göttinger Dichterbundes, Lessings, Wielands und Herders ist es, die Gegebenheit einer einheitlichen deutschen Kulturration wieder aufgedeckt, sie mit den germanischen Völkern, mit der Welt Shakespeares und der nordischen Literatur in Verbindung gebracht zu haben. In denselben Jahrzehnten hatte Winkelman die klassische Kunst in ihrer ewigen Schönheit wieder erkannt, und schon vorher war von Johann Sebastian Bach, dann von Haydn und Mozart die Musik als selbständige Offenbarung der deutschen Seele neu erschlossen. Der Kaiserhof gewährte ihr eine schöne Heimstätte und verband sich durch sie aufs neue mit dem Wesen der Nation, während der Preuze Händel in England das Land seiner Wirksamkeit sich suchen mußte. Freilich, sie alle vermochten es nicht, das deutsche Kulturbewußtsein auf eine höhere Stufe seines geschichtlichen Daseins emporzuheben. Darin liegt die nationale Bedeutung Kants und der Weimarer Geistesheroen, eine seelische Läuterung an der deutschen Kultur vollzogen, sie zu einer Großmacht im europäischen Gesamtbewußtsein emporgehoben zu haben, als die politische Ohnmacht sich vollendete. Durch ihr Werk wurde dem deutschen Volke der Glaube an seine Zukunft erhalten.

Aber der deutsche Idealismus blieb seinem Wesen nach unpolitisch; unpolitisch in dem Sinne, daß er nicht die enge Verbindung sah, die sich in dem neuen Frankreich zwischen Nation und Staat gebildet hatte. Sein Wesen umfaßte die Menschheit. Der deutsche Mensch, das deutsche Volk wurde als universal, als das geistige Gut der Menschheit in seiner Totalität in sich fassend erlebt; ein Besitz der deutschen Seele, demgegenüber die politische Bestimmung des Staates als vergängliches Gut erschien. Der alte Reichsgedanke und die alte Reichseinheit waren mit ihrer religiösen Grundlage in einen politischen Imperialismus gemündet, dessen Träger als die höchste weltliche Macht der Christenheit sich empfand. Dem deutschen Idealismus war allein bleibend der geistige Universalismus, der in der deutschen Nation Gestalt gewinnen sollte. Mochten die Perioden der Weltgeschichte in den nationalen Kämpfen um die politische Macht hin und her toben, der Deutsche arbeitete an dem Bau der Menschenbildung, sei es in der Form der harmonisch-idealen Persönlichkeit wie Goethe und Schiller, sei es in der Gestalt des rigoros-normativen Pflichtbewußtseins wie der Altpreuze Kant. In seiner Seele sammelten sich die Schätze der Jahrtausende. Zur Zeit tiefer nationaler Schmach vermochte Schiller seinem Volke zuzurufen:

„Jedes Volk hat seinen Tag in der Geschichte,

Doch der Tag der Deutschen ist die Erndte der ganzen Welt.“

Seine kühne Seele und sein idealer Gedankensflug trugen sich mit den höchsten Menschheitsideen für sein Volk, die, aus deutschem Geiste heraus geboren, der Welt jene wahrhaft sittliche Gesinnung, jene menschliche Freiheit wiedergeben sollten, die das vorzeitige Streben des französischen Volkes nach politischer Freiheit vernichtet hatte. Was einst der Genius Luthers der Menschheit in den Lebensbeziehungen des Menschen zu Gott neu geschenkt hatte, die Selbstverantwortlichkeit ohne das Mittleramt der sichtbaren Kirche, das gab der deutsche Idealismus ihr in den Lebensbeziehungen des Menschen zur Welt wieder. Erst durch ihn wurde der Mensch wieder sittlich frei für die Welt, weil Mensch und Welt als immanente, durch sich bestimmte Größen erlebt wurden, weil der Staat als Mechanismus, als Institution sein Mittleramt einbüßte, das ihm der Absolutismus gegeben hatte. In dem Tiefpunkte politischer Entwicklung wurden dem deutschen Volke von seinen Geistesheroen weltbürgerliche Aufgaben zum Heile der Menschheit zugewiesen, deren Lösung durch eine nationale Gemeinschaft schlechtthin über Raum und Zeit erhaben ist.

Auch die spekulative Philosophie, die auf dem Lebenswerk Kants sich aufbaute, vermochte nicht, den Problemen von Volk und Staat so gerecht zu werden, daß ihre Lösung den Weg zu einer nationalen Reichseinheit hätte ebnen können. Ihr Denken rang unmittelbar mit der Menschheit als einheitlicher Totalität, mit dem Ganzen der Welt, und es ist bezeichnend, daß ihre drei größten Repräsentanten, Fichte, Schelling und Hegel, wiederum dem dritten Deutschland entstammten.

Gewiß forderte das freiwaltende, absolut-sittliche Ich Fichtes zu Zeiten, als er die Fortdauer der deutschen Nation, die ihm die Sicherheit eines ewigen Bestandes seines

Werkes gewährleisten sollte, den kühnsten Realismus staatlicher Machtpolitik als Mittel, um zur Rettung seines von ihm gesehnen Volkes zu gelangen, aber die Zeit des Befenners des Machiavellismus, selbst der Reden an die deutsche Nation bleibt eine Episode in seiner Anschauung. Sogleich erhob sich seine Forderung, den merkwürdigen Zug des deutschen Nationalcharakters durchzusetzen, „eine Existenz ohne Staat und über den Staat hinaus“ zu haben, „eine rein geistige Ausbildung schöpferisch“ zu gestalten. Dieser Einheitsbegriff des deutschen Volkes war für ihn „ein allgemeines Postulat der Zukunft“. Nicht eine eigenartige Volkstümlichkeit mit geschichtlichem Charakter wurde zur Geltung gebracht, sondern die Kultur zur Freiheit verwirklicht. Sein Postulat von einer Reichseinheit, die 1813 anflingt, hatte mit einem nationalen Staate nichts zu schaffen. Das Fichtesche Reich ist ein wahrhaftes Reich des Rechts für Freiheit, „gegründet durch Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt“; es kann nur republikanischen Charakter tragen. Die Deutschen bilden „das völkische Element zu den im Christentum gefundenen Prinzipien“. Fichtes Reichsgebante mündet in dem religiösen Reichgottesgedanken, für dessen Verwirklichung er sein Volk zu den Waffen ruft.

War es bei Fichte die ideale, allein aus sich heraus schöpferisch gestaltende Persönlichkeit, die sich das Volk schuf, so tritt bei Schelling viel stärker der Volksgeist, das zu einer bestimmten Zeit wirklich Lebendige eines Volkes, in den Vordergrund. Das Ziel des deutschen Geistes ist es, die Einheit, die er als einen Zustand erkenntnislosen Friedens mit der Reformation auf religiösem Gebiete verließ, als bewußte Einheit im ganzen Umfange des Lebens wiederherzustellen. Wie in diesen Kämpfen, so war es auch in den großen Männern der späteren Zeit von Jacob Böhme und Kepler bis zu Lessing und Kant „das Wesen, der Geist der Nation selbst, aus dem sie ihren Ursprung wie die Kraft und den Antrieb ihrer Fortbildung erhielten“. Der Volksgeist wurde als die bestimmende Kraft der kulturschöpferischen Individuen seines Bereiches erkannt, zwischen den einzelnen und der Volksgemeinschaft eine Verbindung hergestellt, bei der die Gemeinschaft der gebende Teil war. Dem deutschen Volke wiederum wies Schelling nicht nur eine besondere, sondern eine bevorrechtigte Stelle innerhalb der Menschheitskultur an. Es galt ihm als „die Potenz der anderen Nationen“. Und er fragt: „Sollte nicht das Los des Deutschen darum das allgemeine des Menschen sein, daß auch er die verschiedenen Stufen, welche andere Völker gesondert darstellen, allein alle durchliefe, um auch am Ende die höchste und reichste Einheit, deren die menschliche Natur fähig ist, zu erreichen?“ Auch bei Schelling wird das deutsche Volk das Menschheitsvolk der Erde. Ein deutscher Nationalstaat, eine deutsche Reichseinheit trat an das Ende der Zeiten.

Noch eine Möglichkeit gab es für den transzendentalen Idealismus zum Aufbau eines Systems, abzusehen von allem Persönlichen und Gemeinschaftlichen, den Denkprozeß selbst gleichsam als etwas rein Sachliches, als etwas von jeder Individualität Losgelöstes aller Wirklichkeit zugrunde zu legen. Diesen Weg ging Hegel. Ideen bilden für ihn die bewegende Kraft der Geschichte, die Geschichte ist Kampf der Ideen. Als das bedeutendste Organ der Geschichte für die Aufnahme der Ideen erkennt Hegel den Staat, die Institution als die Verkörperung des Willens einer Nation, die innenwohnende Idee zur Macht zu führen. Der Machtgedanke wird dem Staate Hegels in jeder Form immanent. Ohne Macht kein Staat. So schon 1796. Deshalb begann seine im Winter 1801/02 niedergeschriebene „Verfassung Deutschlands“ mit dem Satze: „Deutschland ist kein Staat mehr, . . . Sollte Deutschland ein Staat sein, so könnte man diesen Zustand der Auflösung des Staates nicht anders als Anarchie nennen, wenn nicht die Teile sich wieder zu Staaten konstituiert hätten.“ Aus der Erkenntnis seiner Zeit heraus wurde Hegel der geniale Schöpfer des nationalen Machtstaatsgedankens. Der Staat ist der Träger der sittlichen Idee, in ihm gelangt der „göttliche Wille als gegenwärtiger, zur wirklichen Gestalt und Organisation einer Macht sich entfaltender Geist“ zur Auswirkung, er ist ein „irdisch-Göttliches“, das nirgends, weder im Innern noch im Außern, Grenzen hat. Nur das Vernünftige vermag gegenwärtig zu sein, und auch der gegenwärtige Zustand Deutschlands war Hegel etwas Vernünftiges. Sein Schicksal mündete ein in den weltgeschichtlichen Prozeß der Gegenwart, und der Träger dieses Prozesses, der Anwalt, der ihn durchführte, war für Hegel zu einer bestimmten Zeit nur ein Volk. Der nationale Machtstaat kennt in der rationalen Schärfe

seines Schöpfers als Träger der Weltvernunft, als „Wirklichkeit der sittlichen Ideen“ zu einer bestimmten Zeit keine Grenzen, er ist unbedingt, seinem Wesen und seiner Art nach imperialistisch, der seine Lebensgesetze der Welt aufzuzwingen sucht. Der nationale Staat verliert seine Beschränkung in der Kette eines Staatensystems, dessen einzelne Glieder in ihrer Unabhängigkeit und Eigenwertigkeit sich anzuerkennen und zu respektieren vermögen. Das Interesse des herrschenden nationalen Machtstaates, seine höchstmögliche Entwicklung wurde zum letzten sittlichen Richtmaß für alle Nationen, das keine übernationalen Richtlinien, keine im Wesen des rein Menschlichen liegenden Werte anzuerkennen vermochte, Anschauungen, die für die Entwicklung der Staatsidee sich als ungemein wirksam erweisen sollten. Für eine neue deutsche Reichseinheit, die nach Hegels Worten nur ein Theseus zu erzwingen vermöchte, boten sie zunächst keinen Anhalt.

Wo sollte sich diese Gestalt für Hegel finden, der die Territorialgewalten in Deutschland als unfähig für solche Tat erachtete, der in Napoleon ein Individuum bewunderte, das über die ganze Welt hinübergriff und ihr die Gesetze vorschrieb? In dem Imperator verkörperte sich ihm der Geist der bisherigen Geschichte, der Weltgeist der Gegenwart. Dachte ähnlich wie er nicht Goethe? Komponierte nicht Beethoven, in dem die deutsche klassische Musik ihren Höhepunkt fand, seine Eroica im Winter 1803/04 zunächst zur Verherrlichung Napoleons? Fast ausnahmslos standen die deutschen Publizisten des Südens und des Nordens auf der Seite des jungen Bonaparte. Von ihm erwarteten sie die Rettung Frankreichs und Europas. Eine „unwillkürliche allgemeine Verehrung“ war es, die man dem Helden entgegenbrachte. Nur eine Geistesrichtung machte eine Ausnahme: die Romantiker. Die Romantik als Lebensanschauung blieb, von einzelnen Fällen abgesehen, die sich bald in ihr Gegenteil verwandelten, der erste Gegner Napoleons in dem geistigen Leben Deutschlands. Sie deckte die den einzelnen Völkern als Gesamtindividuen immanenten Gesetze auf, deren Wirksamkeit sowohl die Ideen von 1789 als auch die imperialistischen Ziele Bonapartes vernichteten. Stark und allgemein wurde der Volksgeist, das Volkstum der Träger der Geschichte eines Staates, seiner Kultur und seines Wesens; so sehr, daß die große Persönlichkeit fast restlos in ihm aufging. Aber mit dieser Erkenntnis verbanden sich Motive und Folgen ganz anderer Art: Die Wertschätzung des Gewordenen führte die Romantik auf die Vergangenheit zurück. Es erwachte bei dem einen die Vorliebe für den patriarchalischen Staat, andere sahen das Ideal der Zukunft in dem ständischen Staate vergangener Zeiten. Die Verbindung mit einer politischen Reaktion schien der Romantik das einzige Mittel zu bieten, um der furchtbaren Gegenwart zu entfliehen. War nicht in der Einheit der mittelalterlichen Kirche und des mittelalterlichen Reiches eine Kultur erschienen, in der alle Gegensätze scheinbar aufgehoben waren; war nicht die deutsche Nation in jenen Jahrhunderten der erhabene Träger dieser christlich-europäischen Kultur; sollte in der Wiederherstellung dieser Harmonie nicht die universale Zukunft des deutschen Volkes liegen? — Der mittelalterliche Kaiser- und Reichsgedanke erlebte in diesen Kreisen eine Wiedergeburt. Die Begründung eines großen europäischen Staatensystems, in dem das deutsche Imperium bei aller Wahrung der eigentümlichen Kräfte jeder Nation doch den Vorrang behauptete, wurde das Ziel der historischen Romantik. Der mittelalterliche Reichsgedanke und der ständische, auf der Vorherrschaft des Klerus und des Adels ruhende Staat umrahmten die politische Ideenwelt, die von ihr aus ihren Weg durch die nächsten Jahrzehnte deutscher Geschichte antrat. Die einseitige Wiederherstellung des Alten sollte Hilfe bringen, wo nur eine Rettung möglich war, „mitzugehen durch den Feuertod, um das Lebendige für sich und andere zu gewinnen“, und dabei doch den Zusammenhang mit der Vergangenheit zu wahren.

Dieser Feuertod war der demokratische Volksgedanke, wie er sich in Frankreich mit der Revolution gezeigt hatte. Ihn galt es in ein neues Dasein für die deutsche Geschichte einzusetzen, ihn mit dem nationalen Kultur- und Geistesleben dieser Jahrzehnte zu verbinden, die so weit auseinandergehenden Ideenwelten in einem Organ zusammenzufassen. Gelang diese Synthese, dann konnte sich eine neue Reichseinheit nur auf der Kultureinheit des ganzen Volkes aufbauen, dann mußte sie letzten Endes ihr Träger sein, ganz unabhängig davon, wie sich Form und Verfassung gestalteten.

Gewiß tauchten in den Kreisen der preußischen Staatsmänner Pläne zum Wiederaufbau Deutschlands auf; so bei Altenstein und Hardenberg. Die Hauptsache war ihnen die Verstärkung des preußischen Einflusses in Norddeutschland, seine überragende Macht im künftigen Reiche. Als dann, schneller als beide ahnten, der Zusammenstoß mit dem Titanen erfolgt war, da schloß Preußen am 26. April 1807 zu Bartenstein jenes Schutz- und Trutzbündnis mit Rußland, das beide Mächte verpflichtete, die Waffen erst niederzulegen, wenn Frankreich über den Rhein zurückgeworfen wäre. Deutschland sollte alsdann nach Beseitigung des Rheinbundes eine „konstitutionelle Föderation“ bilden, der auch Oesterreich angeschlossen war. Preußisch-Friedland und Tilsit machten allen Träumen ein jähes Ende. Altenstein und Hardenberg dachten nicht daran, so sehr ihnen eine engere Beziehung des Bürgers zum Staate notwendig erschien, das Volk als seinen natürlichen und lebenskräftigen Träger anzusehen, beide wollten höchstens mit demokratischen Mitteln das alte dynastische Staatsgebäude mit der Vorrechtstellung Preußens aufrichten, nicht aber eine Reichseinheit aufbauen, die die Gesamtheit der Nation in sich schloß.

Klänge ganz anderer Art ertönen aus einem Entwurf, der, wenig später nur entstanden, seine romantische Herkunft nicht verleugnen konnte. Ernst Moritz Arndt, bis vor kurzem noch ein schwedisch gesinnter Pommer, schrieb etwa in jenen Monaten, da der Kongreß zu Erfurt tagte, sein „letztes Wort an die Deutschen“ nieder, das dann 1809 als vierter Abschnitt des zweiten Teiles des „Geistes der Zeit“ gedruckt wurde. Deutschland soll der Mittelpunkt des Kampfes gegen Napoleons universale Pläne werden. Das deutsche Volk selbst ist die Macht, deren Zeit gekommen ist, sich zu einer Nation und zu einer Gemeinschaft zu erheben, alle für einen und einer für alle zusammenzustehen. Und wenn das große Werk der äußeren Befreiung sich vollendet hat, dann ist kein Platz mehr für Bayern, Württemberg, Sachsen, dann gibt es nur noch einen Vereinigungspunkt: Oesterreich. Habsburg soll herrschen. Freilich, der Unitarismus, der hier zum ersten Male Gestalt gewinnt, erhält gleich eine Einschränkung. Arndt hat es eingesehen, daß im Norden Deutschlands allein das Haus Hohenzollern herrschen kann. Und so ergibt sich eine Zweiteilung, ein Dualismus in Nord und Süd, dessen Herrscherhäusern die übrigen größeren Fürstenhäuser als Fürsten von Geblüt und mit allen Rechten der Ehre und Nachfolge, aber ohne Land, gleichgestellt sein sollen. Mit den übrigen Fürsten, Grafen und Herren bilden sie das Oberhaus, zu dem auch eine Volksvertretung tritt.

Hier zum ersten Male wurde in Deutschland das Schwergewicht bei der Neugründung einer Reichseinheit auf die Seite des Volkes gelegt; nicht des Volkes im Schillerschen Sinne, das gesehen wird in idealisierter Anschauung, auch nicht des Volkes nach Fichtes Auffassung im Sinne eines kosmopolitischen Weltvolkes oder der von dem absoluten Ich gesetzten und von ihm abhängigen Gemeinschaft, sondern des ganz bestimmten deutschen Volkes mit natürlicher Kraft und ursprünglicher Würde, mit seiner Aufgabe, selbsttätig sich einen Staat zu schaffen, der seiner Größe entspricht. Nach Arndts Auffassung kann es nur ein einheitlicher Staat sein, der alle deutschen Stämme umfaßt. Ein Riß in die Volkseinheit und in die Einheit des Vaterlandes wäre für ihn schwerer zu ertragen gewesen als jener Dualismus in der Regierung, der durch die gemeinsame Volksvertretung in zwei Häusern gemildert wurde. Das Ausschlaggebende ist nicht die Regierung, sondern das Volk und seine Stellvertretung im Staate. Das Leben der Vergangenheit tritt zurück. Der Verfasser des „Geistes der Zeit“ ist persönlich durch die geistigen Stürme der französischen Revolution hindurchgeschritten; mit ihr hat nach seiner Meinung die dritte große Epoche des Christentums eingesetzt, die es nur von den unterirdischen Mächten fremder Art, aber auch einheimischer Knechtschaft zu erlösen gilt. Mit schneidender Schärfe werden die Fehler der deutschen Großmächte, die Schande und die Vergehen der Fürsten und des Adels, der Priester, Gelehrten und Richter gezeihelt. Die territorialen Mächte gehen ihres Landes verlustig. Wie einst die Bauernbewegung, forderte Arndt die restlose Vernichtung der souveränen Herren und Gewalten, wie sie in den letzten Jahrhunderten entstanden waren. Immer deutlicher wird hier sein Gegensatz zur Romantik, seine innere Selbstständigkeit, die unmittelbare enge Verbundenheit des einzelnen mit der Gemeinschaft. Mag in ihr romantischer Geist zu Worte kommen, völlig abseits von ihm steht der demokratische Charakter, jene sittliche Willensrichtung aller einzelnen auf das Volk, die in den Mittel-

punkt persönlichen Erlebnisses die große Gemeinschaft der einheitlichen Nation stellt. Es war eine köstliche Frucht des sittlichen Idealismus, daß ein deutscher Charakter die Linie zu seinem Volke und zu seinem Reiche in neuer Gestalt wiederfand. Der Gegensatz Arndts zu den bestehenden fürstlichen Gewalten verschärfte sich noch. Er erreichte seinen Höhepunkt, als auch Osterreich und Preußen dem Korfen in dem Kampfe gegen Rußland Gefolgschaft leisteten, und er fand seinen Ausdruck in dem „kurzen Katechismus für teutsche Soldaten“. Wo war in jenen Monaten noch ein deutsches Fürstenhaus, das für sich den Ruhm beanspruchen konnte, das Lebensschicksal des Volkes und Vaterlandes zu vertreten? — Nicht Fürsten und Herren, Volk und Vaterland waren der Rocher de bronze, an den die Soldaten sich halten sollten. Der Katechismus war für die breiten Massen berechnet, die, eben erst in den letzten Jahrzehnten durch die Bauernbefreiungen und durch die Städteordnung zu selbständigen Gliedern des Volkes herangewachsen, nunmehr die höhere Aufgabe zugewiesen erhielten, Volk und Vaterland zu befreien und dann von unten auf ein neues Reich in neuer Herrlichkeit aufzubauen. Die Ideen des Volkes und Vaterlandes traten nicht allein als politisch-nationale und zeitliche, sondern als sittliche und ewige Postulate auf. Die Haltung Arndts gegenüber den Fürsten änderte sich in dem Augenblick, als Preußen und dann auch Osterreich, wenn auch widerwillig, ihrer Sendung sich bewußt wurden, als beide den nationalen und vaterländischen Gedanken wenigstens als Mittel sich angeeignet hatten. War aber bisher die Meinung Arndts dahin gegangen, daß dem Hause Habsburg die Kaiserkrone gebühre, so wandte er sich von ihm ab, als Osterreich auf seine westlichen Besitzungen verzichtete, als auf dem Wiener Kongreß es sich immer deutlicher herausstellte, daß der alte Erbe endgültig sich dieser Würde entäußert habe. Arndt wurde ein Preuße. Im Hinblick auf die Opfer, die das preußische Volk und Heer während der Freiheitskriege gebracht hatten, und auf die faumselige Haltung Osterreichs kam es ihm zum Bewußtsein, daß nur Preußen, das jetzt mit den östlichen und westlichen Grenzlanden fest verwachsen war, Deutschland schützen und erhalten könne. Und noch einmal wandte sich das scharfe Bekenntnis gegen die Mittel- und Kleinstaaten, daß das Volk nicht da ist, damit Fürsten seien, sondern „daß Fürsten nur da sind als Diener und Beamte des Volkes und daß sie aufhören müssen, sobald das Volk ihrer nicht mehr bedarf oder sobald sie sogar das Verderben des Volkes sind“; daß Deutschland wider die „kümmerlichen Dynastien“ eines Herrn bedarf.

Von den deutschen Staatsmännern jener Zeit stand den Anschauungen Arndts am nächsten der Freiherr vom Stein trotz seiner angeboren-aristokratischen Wesensart. Im Kampfe gegen die Kleinstaaterie und den Souveränitätsdünkel ist er sich stets gleich geblieben. Die große politische Pflicht: das autonome deutsche Interesse und die Selbstständigkeit Deutschlands in der Reihe der Nationen der europäischen Kulturwelt, also ein auch von übernationalen Beweggründen bestimmtes Ziel, erheischten die Verschmelzung der kleinen Staaten mit den beiden Großmächten. Nur Osterreich und Preußen bargen nach seiner Anschauung die Kräfte in sich, um diese Einheit der Nation zu gewährleisten, eine starke geschlossene Mitte zwischen Frankreich und Rußland zu bilden, die das ganze Deutschland umfaßte. Stein urteilte und handelte nur als Deutscher: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland.“ Im Interesse dieses seines deutschen Vaterlandes, nicht im Interesse allein eines autonomen Preußens nahm er die Reform des von Napoleon zerschlagenen Staates auf seine Schultern, ohne dessen Stärke die Ostgrenze ihm zu stark gefährdet erschien. Jegliche Restaurations- und Legitimitätspolitik blieb ihm verhaßt, weil sie der Fürsten, nicht des Volkes wegen ins Werk gesetzt würde. Jene starke Mitte ließ sich nach Steins Glauben nur schaffen mit Hilfe des Volkes. Nur die freien Eigentümer stellten ihm das Volk dar, nur die Selbstverwaltung leistungsfähiger Kommunen in Stadt und Land vermochte dieses freie Volk mit dem Staate innerlich zu verbinden, nur die Teilnahme des freien Volkes an einer Repräsentation schuf eine Einheit zwischen Regenten und Regierenden, ließ eine starke Zentralisation der obersten Verwaltung nach unten hin tragbar erscheinen. Das waren die vier Bedingungen, die eine organische Einheit von Volk und Staat gewährleisten. Von ihnen war die preußische Reform getragen. Diese Einheit war ihr Ziel. In der deutschen Vergangenheit sah Stein diese Einheit am herrlichsten gestaltet in dem 10. bis 13. Jahrhundert, wo der mächtigste Fürst und der kleinste freie



Eigentümer unmittelbar vom Kaiser abhingen. Aber er wußte, daß dieses Bild in der Zukunft nicht mehr hervorzuzaubern war. In der Beschränkung des Volkes auf die freien Eigentümer waren Stein und Arndt durchaus Kinder dieser patriarchalischen Zeit, und beide sahen dem Anwachsen eines von Grund und Boden losgelösten Arbeiterstandes mit Bedenken entgegen. Auch in der Ablehnung eines zentralisierten Einheitsstaates im Sinne des späteren Unitarismus stimmten beide überein; den Mittel- und Kleinstaaten sollte nur die Souveränität genommen werden. Steins Verfassungsideen haben in verschiedenen Denkschriften von 1812 an je nach der politischen Lage in Einzelheiten sich geändert. Aber stets blieb er innerlich davon überzeugt, daß dem Hause Habsburg, so wenig er ihm und seinem Berater Metternich zugetan war, das erbliche Kaisertum übertragen werden müsse. Nur so schien es ihm möglich, Österreich bei Deutschland zu halten: eine Vereinigung, die Deutschland schlechterdings nicht entbehren könne, die aber auch allein dafür bürgte, daß das Deutschtum in den Donauländern erhalten bliebe. In Preußen sah Stein den deutschen Geist „freier und reiner“ ausgeprägt. Der Einheit von Volk und Vaterland war es nach seinem Sinne erträglicher, wenn diese durch Annexion kleinerer Staaten verstärkte nordostdeutsche Großmacht in einem weiteren Verhältnis mit dem österreichisch-deutschen Bundesstaat unter Habsburgs Führung stand, als wenn Österreich ganz außerhalb des Bundes blieb; Pläne aus dem August 1813, die unmöglich gemacht wurden, als Österreich und Preußen sich gegen die Kaiseridee erklärten und als Österreich dem Staate der Wittelsbacher für die Zukunft die volle Souveränität zusicherte. Stein gab, als ihm Wilhelm von Humboldts Denkschrift vom Dezember 1813 mit ihrem Satze zugestellt wurde: „Die Richtung Deutschlands ist, ein Staatenverein zu sein“, seine Zustimmung. Er wurde nach dem Frieden mehr als je ein Preuße. In dem Land seiner Wahl sah der Reichsfreiherr vom Rhein den Damm Europas gegen die unheimlichen Mächte des Ostens, in ihm den Hort jenes Staats- und Nationalbewußtseins, das vielleicht berufen war, als Mittel zu einer größeren Einheit wirksam zu sein.

Einen tätigen Mitarbeiter im deutschen Geistesleben fand er für seine Reform in Schleiermacher, gleich Kant ein geborener Preuße, gleich Stein ein unerbittlicher Gegner Napoleons. Nicht der einzelne allein und nicht die Gemeinschaft allein waren für ihn Träger des geschichtlichen Lebens, sondern beide zusammen waren als ursprünglich, als unmittelbar und als untrennbar die treibenden Motoren der historischen Entwicklung, auch der Nation, des Volkes. Beide sind als Komponenten des Nationalbewußtseins in gleicher Weise Subjekt und Objekt des sittlichen Willens, sind schöpferisch mit ihren ethischen Willensbeziehungen aufeinander tätig. So forderte Schleiermacher das enge Verbundensein jedes einzelnen mit seinem heimischen Staate, die opferbereite Hingabe für ihn. Aber vor dem Staate standen Volk und Vaterland als die großen natürlichen Wesenheiten, und aus dem natürlich gewachsenen Volke wurde die sittliche Gemeinschaft der Nation, der Träger der Schleiermacherschen Staatsidee. Das eigentümliche Nationalbewußtsein und der eigentümliche Staatsgedanke ohne die Gebundenheit an eine bestimmte Verfassungsform sind die Zentralkpunkte seiner politischen Anschauung. Sie galten für alle Völker zu Recht. Für Schleiermacher konnte infolgedessen keinem Volke jene univiale Bedeutung zukommen, wie sie etwa Schiller, Fichte oder Schelling dem deutschen zuschreiben wollten. Universal gesinnt sein hieß bei ihm für ein Volk einen ganz bestimmten Sinn für das Ewige haben, sich als eine eigenartige Offenbarung des Göttlichen empfinden. Der deutsche Reichsgedanke wurde dadurch jedes religiösen, jedes politisch- und kulturell-imperialistischen Charakters entkleidet, die Reichseinheit wurde rein politisch-nationaler Natur, deren Ziel es sein mußte, die Boden- und Kultureinheit des g a n z e n deutschen Volkes zur Darstellung zu bringen.

Scharf hatte Schleiermacher die Ursachen des Zusammenbruchs erkannt, dem der friderizianische Staat zum Opfer fiel: „Alles Politische war ein unhaltbares Ding, die Trennung des einzelnen vom Staat und der Gebildeten von der Masse viel zu groß, als daß Staat und Masse etwas hätten sein können“: so schrieb er bereits in der zweiten Novemberhälfte 1806. Aber diese Masse, das Volk, duldet nach seiner Auffassung keine Schranke; hier entschied kein Besitz, kein Eigentum. Jeder, auch der Geringste war mit dieser Gemeinschaft des Volkes natürlich, schicksalhaft und sittlich verbunden, schuldete ihr

einen Dienst, den gerade er nur leisten konnte; er war durch sich selbst und durch seine Familie ein unlösbares Glied in dieser Gemeinschaft. In voller Reinheit und Größetritt hier das einheitliche Gesamtvolk in reale Erscheinung, dem die Aufgabe zufällt, alle Kräfte seines ihm von Natur und Geschichte gegebenen Bodens, seines Vaterlandes, zu beherrschen, immer inniger mit ihm zusammenzuwachsen. Und als die Schicksalswende gekommen war, da zögerte Schleiermacher nicht, seinem Jugendfreunde Friedrich Schlegel auf dessen Frage hin ein politisches Glaubensbekenntnis über Deutschlands Zukunft abzulegen. Er bekannte sich als einen Gegner des Unitarismus infolge der großen historisch gewordenen Stammesunterschiede mit ihren unersehblichen Werten für die Zukunft. Aber er verwarf in gleicher Weise das Föderativsystem als eine Einbuße für die Rationaleinheit. Und nach dieser negativen die positive Stellungnahme: „Ein wahres deutsches Kaisertum, kräftig und nach außen hin allein das ganze deutsche Volk und Land repräsentierend, das aber wieder nach innen den einzelnen Ländern und ihren Fürsten recht viel Freiheit läßt, sich nach ihrer Eigentümlichkeit auszubilden und zu regieren.“ Kein dem deutschen Reiche angehöriger Fürst darf Länder besitzen, die dem Reiche nicht angehören, der Kaiser dagegen darf sich mit Ausnahme der militärischen und diplomatischen Angelegenheiten nicht in die inneren Verhältnisse der Staaten mischen. Voraussetzung für ein solches Verhältnis bilden „die Unmöglichkeit eigennütziger Familienabsichten und -rücksichten und der gänzliche Mangel aller despotischen Neigung auf den Kaiserthron“. Von Österreich die Garantie, liberal genug zu sein, um ein Kaisertum zu begründen, wie es die Zeit gebrauchte, würde es bei der scharfen Scheidung der Nord- und Süddeutschen, der Protestanten und Katholiken sich jemals allgemeines Vertrauen erwerben können, war sein Kaiser imstande, auf die nichtdeutschen Besitzungen zu verzichten? — Und andererseits: Würde Preußen bei einem österreichisch-deutschen Kaisertum sich mit seiner ganzen Macht, mit allen seinen Provinzen in die Stellung eines deutschen Reichsfürsten begeben? So fragend und abwägend sah Schleiermacher die Freiheitskriege nicht als das Mittel an, das die deutsche Einheit heraufführen würde, sondern allein berechnet „für unsere partielle Regeneration“. Die Vollendung der preussischen Reform im Sinne Steins war für ihn der wichtigste Schritt zur Einheit Deutschlands; und immer wieder ermahnte er seine Freunde, dahin zu wirken, daß Preußen seine Kräfte für den Endkampf aufspare, der die Einheit von Volk und Land, die wahre Reichseinheit bringen sollte.

Mächtig und stark war in diesen Jahren des Kampfes um die äußere Freiheit die Sehnsucht des deutschen Volkes nach einer einheitlichen Gestaltung seines politischen Schicksals, nach der Verwirklichung eines neuen Reiches. Die letzten Probleme des Menschheitsgeschlechtes in sich schließend und auf sie eine Antwort wägend, hatte sich die deutsche Kultur seit den Tagen Klopstocks zu einer Höhe emporgeschwungen, die alle anderen Epochen hinter sich ließ; eine Reform der deutschen Seele hatte sich angebahnt, die das Werk Luthers in bezug auf die Welt zu vollenden wagte. Die breiten Kreise der Gebildeten waren sich dieses inneren Reichtums bewußt. So drangen Fichtes Gedanken durch die Lesezirkel in die Schichten des Berliner Bürgertums ein. Tausende saßen alljährlich zu den Füßen Schleiermachers in der schlichten Dreifaltigkeitskirche. Arndts Schriften und Flugschriften wurden Gemeingut auch bei den einfachen Leuten. Jahns Turnplatz auf der Hasenheide wirkte in der gleichen Linie: „Noch immer suchen wir das alte Ziel, nur nicht mehr in der Menschheit, sondern in der Deutschet . . . Das Volkstum gibt die echte und rechte, irdische Einheit.“ Alle schwebete das eine Bewußtsein zusammen, daß eine neue politische Einheit der Nation ihren Ursprung nur im Volke, im Volkswillen haben könne. Steins Reform hatte sich unter dem Einfluß dieser Ideen vollzogen; der Staat selber erhielt die Aufgaben zugewiesen, sein Volk zu dieser neuen Kultur hinüberzuleiten, es zu ihr zu erziehen. Als die Stunde schlug, da war dieses preussische Volk auferstanden und hatte auch die anfangs Widerstrebenden gezwungen, sich in den Dienst der inneren und äußeren Befreiung zu stellen. Die öffentliche Meinung Preußens war es, die den Kampf gegen die Fremdherrschaft zu einem Volkskrieg umgestaltete, die die Nation aufrief, nicht zugunsten einer Fürstenfamilie, sondern für die heiligen Güter und Rechte, für die Freiheit und die Ehre des Volkes. Mit dem Vordringen der Truppen wurde auch der deutsche Westen von dieser Bewegung ergriffen. Bald war Koblenz der Mittelpunkt für die Verbreitung der Flugschriften Arndts rheinabwärts und

moselaufwärts. Görres pries in seinem „Rheinischen Merkur“ den mit jugendlicher Kraft emporgestiegenen preussischen Staat als die „Grundsäule Deutschlands“. Als Goethe im Oktober 1814 in Frankfurt weilte, gab nicht er, der Stadt größter Sohn, ihr das Gepräge, sondern Blücher, Stein und Arndt bestimmten das Leben. Wiederherstellung des deutschen Kaisertums, Begründung von Volksrepräsentationen im Reich und in den Einzelstaaten, gleiche Militärpflicht in einer Nationalbewaffnung, einheitliche Reichsjustiz, Publizität des Budgets, Aufhebung der Steuerfreiheit von Adel und Geistlichkeit, Preß-, Denk- und Geistesfreiheit: das waren die Forderungen, die immer wieder in der öffentlichen Meinung erhoben wurden. Als Träger der höchsten Reichsgewalt galt weit und breit das Haus Habsburg. Preußen, so hieß es, werde jedem ein heiliger Name sein, „wenn es selbst die Grundlage zu einer liberalen deutschen Konstitution legt, wenn es die populäre und nationale Kaiserwürde ins Dasein zurückeruft, wenn es selbst dem Beherrscher Österreichs die Kaiserkrone aufsetzt“. Andere dachten an ein südliches und nördliches Kaisertum, deren Dualismus durch die gemeinsamen Einrichtungen doch keine Gefahr für die nationale Einheit bedeute. Auch die Triasidee trat in die Öffentlichkeit. Der religiöse Zwiespalt war vergessen. Es schien nur des Willens der Fürsten zu bedürfen, um ein deutsches Reich in neuer Herrlichkeit zu schaffen.

Aber waren die großen politischen Energien, die sich in der deutschen Staatentwelt entwickelt hatten, wirklich schon so verbraucht, daß sich die Fürsten willig dem Verlangen des Volkes beugen würden? — In Österreich war es Metternich gelungen, trotz aller nationalen Verschiedenheiten doch eine einheitliche Autorität zu schaffen, die in dem Herrscherhause und seinem allmächtigen Minister ihren Mittelpunkt fand. Bayern mit seinen neuen Besitzungen in Franken hatte Maximilian von Montgelas, selbst ohne jedes Verständnis für eine deutsche Nation und ein deutsches Nationalbewußtsein, zu einem einheitlichen Staatswesen eigener Art geformt, das nur den Staat und seine Idee kannte. Selbstbewußter als je zuvor standen die ehemaligen Rheinbundstaaten in ihrer neuen souveränen Würde da, von der sie keinen Titel preisgeben wollten. Und hatte nicht die staatliche Konzentration Preußens aus der Steinschen Reform starke Kräfte gewonnen, war jetzt nicht sein Heer wiederum eng mit dem eigentümlichen Leben dieses Staates verwachsen, das gerade durch dieses am meisten zu dem endgültigen Siege über Napoleon beigetragen hatte? — Seinem Beamtentum aber waren durch die Hardenbergische Reform und die Neuerungungen im Westen Aufgaben zugewiesen, die das Verwachsensein mit dem Staate gewaltig steigern würden, die es bei allen liberalen Anschauungsformen doch mehr auf den Staat als auf den Volkswillen hinwiesen. Gewiß, die ostdeutsche Volksbewegung war in den weiten Räumen des alten Koloniallandes zunächst landschaftlich gebunden entstanden, die Romantik hatte ihre reiche Lebenskräfte zugeführt, aber die romantische Welt dieser Landschaften — man denke an Heinrich von Kleist und an Schlegelmacher — war schon stark mitbestimmt durch den Charakter des preussischen Staates, der sich mit diesem Boden fest verwurzelt hatte. Jene Volksbewegung aber verdankte ihre Einheit, ihren entschlossenen Willen zur Tat der lebendigen Wirklichkeit der preussischen Staatsidee. Sollte dieser neu erstarkte, jetzt wieder ganz mit Deutschland verwachsene, mit unverbrauchten Energien arbeitende Staat die Paradoxie verwirklichen, seinem deutschen Nebenbuhler, dem Hause Habsburg, die Kaiserkrone anzutragen, selbst auf seine Stellung zu verzichten? — Sobald das deutsche Problem von seiten der Staaten und ihrer Herrscher angesehen wurde, gewannen die Zweifel Schlegelmachers an einer endgültigen Lösung an Gewicht. Und schließlich: Das deutsche Volk hatte nicht allein aus sich heraus die äußere Freiheit wiedergewonnen. Nur indem die Völker Europas von der Nava bis an den Ebro zusammenstanden, hatten sie die Macht des französischen Imperators gebrochen. Im politischen Interesse dieser Staatentwelt lag es aber durchaus nicht, daß die Kräfte der Mitte des Kontinents, die vom Rhein bis an die mittlere Donau reichten, zu einer einheitlichen Macht zusammengefaßt wurden, getragen von dem einheitlichen Willen der deutschen Nation. Das Sonderinteresse der deutschen Fürsten und der politische Wille der europäischen Staatentwelt trafen in dem Punkt zusammen, das Verlangen des deutschen Volkes und Vaterlandes von sich zu weisen, an Stelle eines Reiches vielmehr einen Bund von souveränen Einzelstaaten zu schaffen, dem die einheitliche Kraft fehlte, um politisch als Ganzes wirksam zu sein. Die Bundesakte

vom 8. Juni 1815 bedeutete einen vollen Sieg der ausländischen Mächte und der zentrifugalen, partikularistischen Kräfte in Deutschland, eine Niederlage der nationalen Energien in Volk und Vaterland, die in den letzten Jahrzehnten zum Lichte emporgestrebt hatten.

### III.

Der Absolutismus des 18. Jahrhunderts hatte mit seiner bürokratischen Organisation und dem stehenden Heere ein Machtzentrum errichtet, das entweder in dem Fürsten und seiner unbedingten Herrschergewalt oder in der souveränen Geltung der Staatsidee seinen tatsächlichen Ausdruck fand. Der Dualismus zwischen Volksrecht und Herrscherrecht war beseitigt. Durch das System des Gleichgewichts hatte sich die europäische Staatenwelt in diesem Zustande erhalten. Aber jene Einheit war nur erträglich, wenn die staatliche Entwicklung mit dem Fortschritte des Volkes in Einklang blieb. Als dies nicht geschah, als in der äußeren und in der inneren Politik das absolute Königtum Einbuße an Macht und Ansehen erlitt, da hatte sich das französische Volk, stark beeinflusst durch die amerikanischen Freiheitskämpfe, gegen die Unterdrückung seiner Rechte durch die Staatsmacht gewandt, den eigenen Willen der Gegenwart als das bestimmende Gesetz seinem neuen Staate auferlegt und so von sich aus eine neue Einheit geschaffen. Einem durch keine Tradition und kein Recht, sondern nur durch seinen dämonischen Willen zur Macht beherrschten Latenmenschen war es gelungen, die freigewordenen Kräfte, die sich bald gegenseitig zu verzehren drohten, zu bändigen und dem französischen Volke eine dominierende Stellung auf dem Kontinente zu verschaffen, der schließlich die gesamte Staatenwelt in einheitliche Opposition brachte. Der Sieg über den französischen Imperator führte die Restauration, die Wiederherstellung der alten Staaten, herauf. Aber es vollzog sich ein weiteres: nie vorher war das Legitimitätsprinzip fürstlicher Macht so schroff betont worden, als es jetzt unter dem Einfluß der historischen Romantik und des mythischen Glaubens an ein unmittelbares Eingreifen Gottes zugunsten der alten angestammten Herrscherhäuser geschah. Die Sicherung dieses von Gott selbst gewissermaßen autoritativ geschaffenen christlichen Legitimitätsprinzips gegen die islamische Welt der Türken, gegen die republikanisch-revolutionären Bewegungen in den kleinen Staaten und gegen die nationalstaatlichen Bestrebungen in den eigenen Ländern waren es, die den Zaren Alexander I., den Kaiser Franz I. und den König Friedrich Wilhelm III. am 14./26. September 1815 die „Heilige Allianz“ abschließen ließen. Außenpolitisch war sie der Bund der Siegerstaaten des Kontinents, der dem Gleichgewichtssystem des 18. Jahrhunderts ein Ende setzte, innenpolitisch das scharfe Instrument der Abwehr aller jener vom Volke ausgehenden Bewegungen, die seine Rechte als die des staatssetzenden Subjekts, wenigstens als die eines mitbestimmenden Trägers des nationalen Staates, geltend machen wollten.

Wie wirkte sich dieses Resultat in Deutschland aus; war das Jahrzehnt, das es soeben als einen einzigartigen Aufstieg seines nationalen Kulturbewußtseins erlebt hatte, nur eine Episode gewesen, oder lag in ihm trotz der Niederlagen, die das deutsche Volk zunächst erlitten hatte, doch ein fester, unerschütterlicher Grund, der es zu einem einheitlichen Nationalstaate zu führen imstande war?

Die Wiener Hofburg hatte sich zum Machtzentrum Ost- und Mitteleuropas erhoben. Das Haus Habsburg, infolge der internationalen Zusammensetzung seiner Länder stark interessiert an der deutschen und italienischen Uneinigkeit sowie an dem politischen Drucke auf alle von den Völkern ausgehenden Bewegungen, hatte den Sieg über die Nation davongetragen. Osterreichs Machtzuwachs strebte immer mehr aus Deutschland heraus, obwohl gerade von der Ostmark her seit den Tagen Walkers v. d. Vogelweide und seit den Nibelungen bis zu den musikalischen Helden des 18. Jahrhunderts ein reicher Strom das deutsche Geistesleben befruchtete, obwohl es lange als die Schutzmacht gegen Frankreich und die Türkei dem Volkstum unvergeßliche Dienste geleistet hatte. Auch in der Gegenwart behauptete deutsches Wesen im Beamtentum und im Heere noch den Vorrang, die letzte große Läuterung der deutschen Seele durch den Idealismus hatte jedoch Osterreich nicht mehr miterlebt. Seine politische Stellung in Deutschland glaubte es am sichersten als Präsidialmacht des Bundes zu wahren. Osterreich sowohl wie Rußland als national indifferente Staaten

mußten alles aus eigenem Interesse tun, um der nationalen Einheitsbewegung Halt zu gebieten, da sie den Bestand beider Monarchien gefährdete. Anders dagegen stand es mit Preußen, das mit seiner langgestreckten Lage die Macht des deutschen Volkstums im Westen und im Osten übernommen hatte. Stärker als je war es mit dem deutschen Interesse zusammengewachsen. In seinen Landesteilen hatte sich der Herd der vollstümlichen Bewegung befunden. Ihm galt die Hoffnung der Besten der Nation. Aus dem eigensten Interesse heraus war es verpflichtet, die moralischen Eroberungen, die es während des letzten Jahrzehntes im deutschen Volke gemacht hatte, sich zu erhalten und zu vertiefen. Der Abschluß der „Heiligen Allianz“ war für Preußen das erste offensichtliche Abbiegen von der Linie, die es zu Beginn des Jahres 1813 eingeschlagen hatte. Es zog eine Scheidewand zwischen den Anschauungen des deutschen Volkes und seinem eigenen Staatswesen, es machte sich fremden Interessen dienstbar. Wohl hielt der Staatskanzler Hardenberg bis zu seinem Tode an dem Wunsche fest, dem Versprechen gemäß den preußischen Landen eine Gesamtverfassung zu geben, aber die Schwäche seiner innerpolitischen Stellung gegenüber den reaktionären Mächten, der Gegensatz zu dem ethischen Liberalismus, außenpolitische Rücksichten auf Oesterreich und Rußland verhinderten jede ernste Inangriffnahme dieses Problems, dessen Lösung die öffentliche Meinung mit heißer Sehnsucht erwartete. Es war doch nicht so, daß der damalige preußische Staat, obwohl das ethische Mühen und die politische Zwangsläufigkeit der nationalen Bewegung erkennend, alle diese Bestrebungen von sich stieß, weil er sich zu schwach fühlte, um sich an ihre Spitze zu stellen. Im Gegenteil, seine verantwortlichen Leiter spürten nichts von der Größe und dem Ethos dieses nationalen Verlangens. Auch die Hardenberg und Altenstein sahen alle diese Bewegungen, die vom Volke her kamen, als etwas unheimlich Revolutionäres, als etwas dem Staate, ihrer Staatsidee Feindliches an. Die großen Leistungen, die Preußen in diesen Jahrzehnten für seine Konsolidierung durch den inneren Anschluß der westlichen Provinzen, für die wirtschaftliche Einheit der deutschen Territorien durch den Zollverein unter Leitung des genialen Mox, für die Bildung des deutschen Geistes durch sein Universitäts- und Schulwesen vollbrachte, vermochten nicht die Kluft zu überbrücken, die zwischen Preußen als dem Träger politischer Macht und der deutschen Bewegung als dem nationalen Verlangen des Volkes nach einer Neugestaltung seines staatlichen Schicksals sich aufgetan hatte. Wo aber sollte sonst ein Wille sich zeigen, der ihr politische Stoßkraft verliehen hätte? Wohl hatten einzelne Mittel- und Kleinstaaten sich eine Verfassung gegeben, wohl tagten in ihnen die Landtage, aber wie sollten die kleinlichen Kämpfe in diesen Parlamenten dazu beitragen, das Bewußtsein von der einheitlichen Größe nationalen Daseins zu erhöhen? Der deutsche Partikularismus vielmehr gelangte in ihnen zu neuer Blüte; die zentrifugalen Kräfte in den Dynastien und in den Territorien sogen aus ihnen neue Nahrung. Weber von Oesterreich, noch von Preußen, noch schließlich von dem dritten Deutschland war zu erwarten, daß von ihnen eine wirksame Anregung ausgehen würde, dem Deutschen Bunde, dem das Volk teilnahmslos gegenüberstand, jemals eine Form zu geben, die das nationale Gesamtinteresse vertrat.

Und doch war gerade die Herstellung einer einheitlichen nationalpolitischen Macht in den ersten Jahren nach Friedensschluß das Verlangen des deutschen Volkes. Nicht der mittelalterliche Kaisergedanke mit seinem Gebundensein an internationale Ideen war das Kriegserlebnis der jungen Generation, sondern der auf der nationalen Einheit, auf einem seiner eigentümlichen Lebenskraft bewußten Volkstum ruhende Reichsgedanke. So hatten ihn zunächst die Turnvereine Jahn's, die Freiwilligenkorps und die von Arndt angeregten „Deutschen Gesellschaften“ empfunden, die einen mehr in den alten preußischen Provinzen, die anderen mehr im Südwesten unseres Vaterlandes verbreitet. Unbeschadet des Berufes und des Standes der einzelnen sollte der Wille zur nationalen Gemeinschaft, zur deutschen Art und Sitte in ihnen gepflegt werden; gesellschaftliche Differenzen und Unterschiede sollten sich ausgleichen durch die Einordnung ihrer Mitglieder als Diener an dem Werke der Einheit. Der eigentliche Träger dieses Kriegserlebnisses wurden die akademischen Kreise der Urburschenschaft. Alle politischen Anschauungen kommen in ihr zum Ausdruck. Neben den demokratischen Stürmern und Drängern, den Siebener Schwarzen, standen die positivgläubigen Theologen, neben den Angehörigen des königstreuen ostelbischen Adels die Söhne

des katholischen Hochadels des Rheinlands und Westfalens. In der Würzburger Burschenschaft fanden sich die besten Namen des fränkischen Adels zusammen. Nur die österreichischen Hochschulen, die alten bayerischen Erblande und das welfische Göttingen blieben von der nationalen Bewegung zunächst unberührt. Dort war es bei aller Vermeidung eines konfessionellen Gegensatzes doch das ausgesprochen protestantische Gepräge des religiösen Geistes der Urburschenschaft, das ihr den Eingang verwehrte; hier verhinderte die enge Verbindung der hannoverschen Gebiete mit England eine Verbreitung des nationalen Einheitsgedankens. An den preussischen Universitäten war es allein Breslau, wo „Preußentum und Deutschtum unvereinbare Gegensätze blieben“. Aber diese Einschränkungen vermögen doch den Eindruck nicht zu verwischen: das Wartburgfest des Jahres 1817 war das erste große und öffentliche Siegeszeichen des einheitlich-nationalen Willens der deutschen Studentenschaft. Nicht darin lag das Ziel der Urburschenschaft, das Historische zu vernichten und einem unitarischen Einheitsstaat zuzustreben, sondern sie wollte den Versuch machen, die partikularen Kräfte zu einer einheitlichen Macht zusammenzufassen, das Besondere in den Dienst des Allgemeinen zu stellen.

Das Jahr 1819 ist für die nächsten Jahrzehnte dieser Einheitsbewegung ihr Schicksalsjahr geworden. Die Karlsbader Beschlüsse und die Mainzer Zentraluntersuchungskommission vervollständigten die „straffgespannte polizeiliche Einheit“, die der Bundestag um das deutsche Leben zu legen begonnen hatte. Hoffnungslos verließen viele junge Akademiker ihr Vaterland und flüchteten in das Ausland, nach der Schweiz, nach Frankreich, vor allem nach Amerika als dem Lande der Freiheit, das damals vielen, so Franz Lieber, dem bekannten Völker- und Staatsrechtslehrer, eine zweite Heimat wurde. 1824 war es, als die erste größere deutsche Einwanderung nach Mexiko einsetzte; gesunde und willenskräftige Menschen aus allen Kreisen siedelten dorthin über, die in einem Deutschland des Wiener und Karlsbader Regiments nicht mehr leben konnten. Viele wanderten in die Gefängnisse oder waren genötigt, qualvolle Untersuchungen über sich ergehen zu lassen, so Arndt und Jahn. Ihre, Fichtes und Schleiermachers Namen wurden in dem Bericht der Zentraluntersuchungskommission als die Führer genannt, die die Jugend zu den demagogischen Untrieben verleitet hätten. Dem preussischen Staat, von dem einst der Ruf zur Freiheit ausgegangen war, blieb es vorbehalten, mit seinem Zensuredikt am 18. November 1819 die Karlsbader Beschlüsse noch zu verschärfen, die Maßregeln gegen die jungen Akademiker auf das härteste durchzuführen. Die jetzt entstehende Kluft zwischen dem politischen Machtgedanken Preußens und der nationalen Geistesbewegung der gebildeten Kreise der Nation war der verhängnisvolle Sieg, den die Reaktion errang. Hier liegen die Wurzeln des Hasses und des Mißtrauens, denen sich der preussische Staat trotz aller seiner Verdienste um die machtpolitische Einigung vielfach preisgegeben sah. Die Burschenschaften und mit ihnen die nationalen Strömungen bestanden im geheimen fort, aber ihre Ziele wurden unter dem Einfluß der demokratischen Ideen des Westens radikaler Natur. Auch die Gedankenwelt Fichtes trug das ihrige dazu bei, daß zum ersten Male völlig unitaristisch-republikanische Pläne die Gemüter der akademischen Jugend erregten. Der machtvolle nationalpolitische Reichsgedanke wurde zurückgedrängt. Die Ideen von Freiheit und Brüderlichkeit im öffentlichen und privaten Leben hatten bereits die Übermacht in den nationalen Bewegungen erlangt, als die Julirevolution 1830 in Frankreich von neuem den Sturm entfesselte.

Der Gedankenkreis, um den sich die akademische Welt in den Jahren nach den Freiheitskriegen als Burschenschaft gesammelt hatte, ging nicht vom Boden wirtschaftlicher oder materieller Interessen aus, geistige Mächte im Sinne des deutschen Idealismus bestimmten sein Wesen und seine Art. Scharf hervorgehoben wurden die Eigentümlichkeit und Eigengesetzlichkeit des deutschen Volksbewußtseins und der Wille, sie gegen jeden inneren und äußeren Gegner zu wahren, ohne jedoch dem Rechte und dem Werte anderer Völker sich aufdrängen zu wollen. Diese akademischen Kreise verlangten nach einem starken Organ der Volksgemeinschaft. Der Reichsgedanke, der Einheitswille der deutschen Nation fand in ihnen seine Auferstehung, sie waren seine Träger. Und wie war die Kenntnis der Geschichte des deutschen Volkstums vertieft durch die Arbeit der Wissenschaft, durch die Gebrüder Grimm, durch die historische Rechtsschule unter Savignys Führung, durch die

Monumenta Germaniae historica, durch Rantes erste große Werke! Die deutsche Sprache und die deutsche Geschichte waren die Fackeln, die dem neuen Volksbewußtsein voranleuchteten; bodenkünftig aber verwachsen war es mit dem Vaterlande, das durch sie, nicht durch einen einzelnen Staat bestimmt wurde. Dann hatten sich seit 1819 radikale Strömungen geltend gemacht. Südwestdeutschland war für sie empfänglicher Boden, als die französische Julirevolution ihnen neue Lebenskräfte zuführte. Sollte jetzt wirklich der Lauf der europäischen Revolution sich vollenden, den Ideen von 1789 zum vollen Sieg verhelfen, der auch in Deutschland der Reaktion ein Ende machte? — Die Autorität der Fürstenthümer war stark erschüttert. Auch das 18. Jahrhundert hatte Vorgänge gesehen wie jetzt den Londoner Ehescheidungsprozeß, der in Deutschland wie ein eigener Frevel empfunden wurde, Gestalten wie den Kurfürsten von Hessen oder den Herzog von Braunschweig; aber damals fehlte der Wille eines wach und seiner Kraft bewußt gewordenen Volks- und Vaterlandsgefühls, das sich jetzt verletzt und abgestoßen fühlte. Die Bemühungen eines Herzogs Karl von Mecklenburg, die scharfen Unterschiede zwischen den abligen Garde- und den gemischten Linienregimentern wieder aufleben zu lassen, empfand das Bürgertum als eine Entweihung der moralischen Energien, die die Freiheit des preußischen Staates herausgeführt hatten. Eine schwere Krisis rüttelte in jenen Jahren an dem deutschen Gedanken. Nord und Süd wurden aufs neue von der konstitutionellen Bewegung erfaßt. Unruhen machten sich bemerkbar in Sachsen und Braunschweig, in preußischen Städten des Westens, so Elberfeld und Aachen. Die liberale Opposition nahm im Westen und Süden einen revolutionär-kosmopolitischen Charakter an. Man sprach von der Solidarität aller Nationen, die frei werden wollten, von der Heiligen Allianz der Völker. Französische Agenten durchzogen die Rheinlande und die Pfalz, die den Freiheitskampf nur in seinem letzten Stadium miterlebt hatten. Wiederum erwachte der Weltbürgerinn, aber nicht der sittliche des deutschen Idealismus im Sinne eines Schiller und Fichte, sondern der flache der Aufklärung, dem alle Besonderheiten der Nation untergingen in der Allgemeinheit einer bürgerlichen Zivilisation. Schon tauchte der Gedanke auf, es gäbe jetzt in Europa keine Nationen mehr, sondern nur noch Parteien. Als Heimatlöse im deutschen Leben wirkten in diesem Sinne politisch Börne und Heine. Das „junge Deutschland“ predigte literarisch die Emanzipation von allen sozialen Gesetzen und religiösen Erlebnissen.

Schon am Ende der zwanziger Jahre war dem akademischen Geschlecht jedes Verständnis für das religiöse Bedürfnis des Individuums und der Gemeinschaft in Haus und Kirche verlorengegangen. Schleiermacher hatte „in den aufgeregten und friedesuchenden Zeiten den Keimboden für eine protestantische Kultur geschaffen“. Aber die Saat war nicht aufgegangen. Schon 1818 hatte Arndt in seinem vierten Teile des Geistes der Zeit gegen die pietistischen Konventikel, gegen die halb bußfertigen, halb lüstern erregten Schwarmgeister, gegen die Übergriffe orthodoxer Kreise gegen jene freiere Richtungen im Protestantismus sich gewandt, die das Erbe des deutschen Idealismus in das reformatorische Erbe einzubauen versuchten. Die Neubegründung der protestantischen Orthodoxie unter Hengstenberg und Tholuck vermochte es nicht, das nationale Bürgertum zu sich herüberzuziehen, sondern entfremdete es dem religiösen Leben. Das Staatskirchentum, das Schleiermacher einst als die letzte Ursache alles Verschwindens wahrer Religiosität bezeichnet hatte, vollendete sich in jenen Jahrzehnten. Bald nach seinem Tode erschien 1835 das Leben Jesu von David Friedrich Strauß, das bei aller kritischen Bedeutung in dieser Zeit nur zerfetzend auf die religiösen Kreise einwirken konnte, die Gegensätze nur verschärfte, ohne einen positiven Einfluß auf die religiöse Haltung des Volkes auszuüben. Einst war die nationale und liberale Bewegung von starker Religiosität durchflutet gewesen. Schuld des nationalen Liberalismus und der Demokratie dieser Jahrzehnte bleibt es, daß ihre Anhänger bei der starken seelischen Erfassung der politischen Probleme das religiöse Problem des Menschen in negativem Sinne lösten; sie dachten und empfanden im besten Falle protestantisch, aber nicht evangelisch, ein Mangel, der sich bis heute noch nicht ausgeglichen hat. Die rückwärts gewandte Romantik hatte dem Katholizismus neue Lebenskraft verliehen. Wie viele, die sich ausruhen wollten in diesen unruhigen Zeiten, die Schutz suchten, wo die Autorität der Fürsten erschüttert war, wo der Protestantismus

daniederlag, flüchteten zurück in den Schoß der katholischen Kirche! Das Wesen des Liberalismus und der demokratische Geist hatten sich gewandelt. Aus Mitleiden war er einst in den neunziger Jahren geboren. Dann hatte ihn Schleiermacher in seinen „Reden über Religion“ ethisch vertieft, mit aller Schärfe heraushebend und kategorisch fordernd die Anerkennung des eigenen Wertes jedes einzelnen, auch des Geringsten im Volke, für die Gemeinschaft der Nation. Fichte hatte sich, wenn sich die höheren Stände versagen sollten, hilfesuchend für sein Erziehungswerk an die Verachteten und im Leben Verstoßenen gewandt. Wilhelm von Humboldt war der Überzeugung, daß die niederen Stände zu ihrer Bildung der höheren viel weniger bedürften, „sie sind eigentlich selbständig, wie die Natur auch nicht des Menschen, wohl aber er ihrer bedarf“. Aber dann hatte in Deutschland die Scheidung der Stände schärfer eingesezt als je zuvor. Dort war alles bezogen auf die Erziehung zur nationalen Einheit, jetzt war der Wille des einzelnen maß- und richtunggebend, seine Tat löste sich wieder von dem Willen und dem Gesetze der Gemeinschaft; die Aufklärung des 18. Jahrhunderts erlebte im deutschen Volksbewußtsein eine Nachblüte, die für seine Entwicklung von schwerwiegender Bedeutung wurde. Das Hambacher Fest 1832 und der Frankfurter Putz 1833 waren weithin sichtbare Zeichen der radikalen Wandlung, die in den Kreisen der nationalen Einheitsbewegung sich vollzogen hatte. Hier galt Rottecks Losung: Lieber Freiheit ohne Einheit als Einheit ohne Freiheit.

In der deutschen Staatenwelt dagegen griff die Reaktion immer weiter um sich. Die Bundesbeschlüsse von Juni und Juli 1832 sowie die Beschlüsse der Wiener Ministerialkonferenz von 1834 stellten als Grundsatz die Vereinigung der gesamten Staatsgewalt im Souverän auf, verschärfen die Maßregeln ihrer Bücher- und Zeitschriftenzensur sowie gegen die politischen Vereine, legten wiederum Strafen wegen Teilnahme an akademischen Verbindungen fest. Eine neue Zentraluntersuchungskommission wurde 1834 eingesezt. Das alphabetische Verzeichnis der Personen, gegen die auf ihre Anweisung hin von den zuständigen Landesgerichten wegen revolutionärer Umtriebe oder Teilnahme an Verbindungen ein Verfahren eingeleitet wurde, weist von 1838 bis 1842 nicht weniger als 1867 Namen auf aus allen Teilen Deutschlands mit Ausnahme von Österreich, wo Grabesstille herrschte. Auch jetzt waren es der Mehrzahl nach wieder Angehörige der akademischen Berufe — wie einst Karl von Hase, befand sich jetzt Max Dunder unter den Beschuldigten —, die zum Teil zu unmenschlich harten Strafen verurteilt wurden, vor allem auffallend viele evangelische Theologen; aber es fehlten auch nicht Kaufleute und namentlich kleine Handwerker in diesen Reihen; ein sicheres Kennzeichen für die Ausbreitung der radikalen Bewegung. Viele entzogen sich jahrzehntelanger Haft wieder durch rechtzeitige Flucht in das Ausland, unter ihnen Gustav Koerner, der Jurist und Politiker, in den Jahren 1860 bis 1864 der bekannte Gouverneur von Illinois. Wiederum ging wertvolles Blut dem deutschen Volkstum für immer verloren. Der ganze Band ein erschütterndes Denkmal der Tragik, die über seiner Geschichte in diesen Jahren liegt.

Keine Brücke schien mehr die beiden Ideenwelten, die machtpolitische der beiden deutschen Großstaaten und die geistigpolitische der vorwärtstrebenden Volksklassen, miteinander zu verbinden: hier die Forderung der politischen Freiheit mit allen ihren Rechten, der Aufhebung der Zensur, der Preßfreiheit, dem allgemeinen und gleichen Wahlrechte, der Freizügigkeit, der Konstitution nach französisch-belgischem Muster selbst unter Preisgabe der nationalen Einheit, ohne zu bedenken, daß in Frankreich die große Masse des Volkes durch die Festsetzung eines Zensus nach wie vor von den politischen Rechten ausgeschlossen blieb, die Atomisierung des Volkes in seine einzelnen Glieder, der Haß gegen die Fürstenthümer, die republikanischen Stimmungen, die künstliche Gleichstellung der nach Freiheit ringenden Völker ohne Rücksicht auf die natürlichen Gebundenheiten an Volk und Vaterland; dort Schutz der Einzelstaaten gegenüber allen Forderungen nach einem Nationalstaat, Verneinung des Rechtes der Staatsbürger, die nur als Untertanen gewertet wurden, auf eine Verfassung, scharfe Betonung der Standesunterschiede, Beugung unter die bestehende Rechts- und Staatsordnung als die göttliche Weltordnung, der gegenüber das National- und Volksbewußtsein zurücktreten muß. Es waren die Jahre, da ein großer Teil des märkischen Adels die Steinische Reform als den Beginn der Revolution in Preußen ansah. Es waren die Jahre, da das Offizierkorps und das Heer auch als Schutzwehr gegen den inneren Feind



erzogen wurden, als die orthodoxe Staatskirche, den reformatorischen Richtlinien Schleiermachers ganz den Rücken kehrend, jeden Einfluß auf das deutsche Geistesleben verlor.

Aber die Gefahr, die dem deutschen Volkstum und seiner Entwicklung drohte, wurde bereits in den dreißiger Jahren erkannt. Auf beiden Seiten, im liberalen und im konservativen Lager, fanden sich Mahner, die bewußt an die Neugeburt deutscher Art um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert anknüpften und sie für die politische Entwicklung fruchtbar zu machen suchten. Bereits im Jahre 1831 erschien der „Briefwechsel zweier Deutscher“ von Paul Pfizer. Hinweisend auf die Befreiung Deutschlands von dem fremden Joch, die es hauptsächlich dem norddeutschen Staate verdanke, forderte der Schwabe die Hegemonie Preußens über das ganze engere Deutschland mit Ausnahme Oesterreichs, das seinen deutschen Namen gegen einen europäischen vertauscht habe und nunmehr allem, worauf Deutschland noch einen Stolz setzen dürfe, feindselig gegenüberstehe; Preußen müsse seiner Eigenart entsagen, sich „entpreußen“, eine konstitutionelle Verfassung einführen, um das Ziel zu erreichen, das ihm durch das Schicksal zugewiesen sei. Bereits 1832 erschien die zweite Auflage. Durch ganz Deutschland wurde die Schrift verbreitet. Trotz aller Demütigungen und Verfolgungen, die er von dem Staate seiner Wahl über sich ergehen lassen mußte, hielt E. M. Arndt an dem deutschen Verufe Preußens fest, warnte nach rechts und nach links, die eigene doktrinäre Anschauung zu verallgemeinern, fremde Verhältnisse des Ostens oder des Westens zur Richtschnur des nationalen Handelns zu machen. In diesem Jahrzehnt setzte auch Dahlmanns tiefgehende Bedeutung für die politische Bildung der jungen Generation ein. Als Berk 1832 die hannoversche Zeitung begründet und in ihr den Kampf gegen den Radikalismus für konstitutionell-monarchische Einrichtungen aufgenommen hatte, da veröffentlichte in ihr am 1. Januar Dahlmann seine „Rede eines Fürchtenden“, die, offen die Krebschäden des deutschen Staatslebens darlegend, auf ein konstitutionelles Preußen als die einzige Rettung des Vaterlandes hinwies. Wenige Jahre später, 1835, erschien seine Politik, für lange Jahre das Hauptbuch zur politischen Erziehung der akademischen Geschlechter, bei aller Anlehnung an die englische Verfassung doch die eigentümlichen deutschen Verhältnisse betonend, dem erblichen Königtum seine Rechte während, in den beiden Kammern die des Volkes festlegend. Es wurde der Kodex des liberalen Konstitutionalismus für Deutschland. Aber war der Konstitutionalismus überhaupt das Moment, das die deutsche Staatenwelt wie zwei feindliche Brüder trennte? Das ist eine der Anschauungen, die Ranke 1832 zurückwies. Seine historisch-politische Zeitschrift wollte die öffentliche Meinung in Deutschland warnen vor den auflösenden Tendenzen der französischen Doktrin, die, aus ganz anderen Verhältnissen und Einrichtungen erwachsen, auf das deutsche Leben nicht anzuwenden sei; sie wollte die Staaten und die Nation zu einem ruhigen gesetzmäßigen Fortschritt auf der Grundlage der eigenen Vergangenheit auffordern, die öffentliche Meinung zu diesem als von Gott gesetzten Ziele erziehen. Den Hauptunterschied in der deutschen Staatenwelt sah Ranke nicht so sehr darin, daß die einen eine Konstitution haben, die anderen nicht, als vielmehr darin, daß auf der einen Seite die ausländischen Neuerungen die Oberhand gewonnen, auf der anderen dagegen die alten Einrichtungen sich behauptet hatten. Aber nun war unter diesen Staaten einer, in dem das Alte nicht vom Sturmwind schlechthin fortgerissen, sondern durch eigene innere Triebkraft entweder ausgeschieden oder fortgebildet war, so daß eine organische Verbindung des Alten und Neuen, der Vergangenheit und Gegenwart sich durchgesetzt hatte. Das war für Ranke Preußen mit seiner Reform. Preußen, nicht Oesterreich, stand für ihn im Vordergrund der deutschen Entwicklung. Freilich, Rankes dem Gewordenen, dem eigenen Werte jeder Zeit zugewandter Sinn konnte nicht so, wie es von liberaler Seite wohl geschah, die Jahrzehnte seit 1815 aus der deutschen Geschichte streichen wollen. Die Möglichkeit einer Reform sah er auch beim Deutschen Bunde, den Staaten ihre Rechte zu wahren und doch der Nation eine stärkere Einheit zu schaffen. Aber er sah nicht nur die Möglichkeit, sondern er forderte die Verwirklichung dieser Reform, ihre Inangriffnahme, wenn nicht Staat und Nation, Vergangenheit und Gegenwart ganz auseinandergehen sollten. Eine straffe Zusammenfassung des Militärwesens, eine Vereinheitlichung der Handelsrichtungen, ein allgemeines Preßgesetz, das in stande ist, „ein sicheres Gleichgewicht der öffentlichen Meinung, eine gründliche vaterländische Überzeugung zu schaffen“: das sind die ersten Bedingungen, die vom Bundestage er-

füllt werden müssen. Mögen die Karlsbader Beschlüsse als provisorischer Zustand strenger und schärfer als ein für die Dauer berechnetes Gesetz politisch tragbar gewesen sein, jetzt erscheinen sie als eine „entschiedene Reaktion“, die es bewirkt haben, daß Deutschland in diesem Punkte „in den Zustand der Revolution geraten“ ist. So hat Ranke, gerade ausgehend von dem ursprünglich literarischen Charakter unseres modernen deutschen Nationalbewußtseins, dazu beigetragen, jene die Menschheit und den Kosmos in sich bergende Periode des Deutschtums durch die Revolutionen hindurch- und hinüberzuleiten in die neue Zeit, in religiöser Beziehung das Erbe Luthers und Schleiermachers in der Historie lebendig zu erhalten, als sich ihm die politische Geschichtschreibung versagte.

Freilich, der Antrieb zu jener gründlichen vaterländischen Überzeugung, wie sie Ranke fordert, hätte bei dieser Zerrissenheit der öffentlichen Meinung, bei dem völligen Versagen des Bundestages und bei der Einstellung der beiden deutschen Großmächte kaum von innen heraus sich gezeigt, wenn nicht die Gefahr der außenpolitischen Lage der Nation von neuem zum Bewußtsein gekommen wäre. Das Königtum Louis Philipps, allein sich stützend auf die Klasse der Großbürger, vermochte in Frankreich sich nicht die allgemeine Anerkennung zu erringen. Wirtschaftliche und politische Unruhen durchzitterten das Land. Frankreich konnte es nicht vergessen, daß die Rückkehr der Bourbonen mit einer Demütigung des nationalen Stolzes verbunden war. Das Volk erwartete, daß Louis Philipp die außenpolitische Stellung wieder heben werde. Als er zu diesem Zwecke in Ägypten die alte Tradition der Orientpolitik wieder aufnahm, da fand er in Europa nur Segner. Ein allgemeiner Krieg schien bevorzustehen. Die Niederlage der französischen Politik war offenbar. Da wandte sich die öffentliche Meinung des Landes von neuem der Rheinpolitik zu. Die französischen Blätter forderten den Feldzug nach Osten, rechnend mit der deutschen Zerrissenheit, mit den Gegensätzen zwischen Regierungen und Volksmeinungen. Aber gleich einem Frühlingsturm, der das welcke Laub hinwegsegt und frische Triebkräfte hervorwehen läßt, brauste der Widerhall durch das Vaterland: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein.“ Und in jenen Tagen war es, als Schnedenburgers Lied „Die Wacht am Rhein“ entstand. Wenig später, 1841, dichtete Hoffmann von Fallersleben sein „Deutschland, Deutschland über alles“, das später die Nationalhymne unseres Volkes werden sollte. Das junge Deutschland, auch Gutzkow und Laube, läuterte sich. Selbst die Republikaner Georg Herwegh und Franz Dingelstedt traten für ein Kaisertum ein. Eine neue Generation machte sich geltend. Parteien und Forderungen des Vernunftrechtes verloren ihre Bedeutung. Der Radikalismus des vorhergehenden Jahrzehntes kam nicht zur Geltung. Bürger und Adel, Akademiker und Fürsten, Nord und Süd hielten zusammen. Die Gesinnung von 1813 sah einen neuen Tag: Volk und Vaterland waren wieder Werte, die Lebenskraft in der Nation hatten. In Preußen aber wurde der Retter in der Not, der berufene Führer in dem nationalen Kampfe gesehen. Es kam nicht soweit. Aber für die innere Annäherung der Parteien und Stände, für die Entstehung des deutschen Nationalbewußtseins, für jene Gesinnung, der Freiheit des Vaterlandes auch die politische Freiheit im Innern zum Opfer zu bringen, sind diese Monate des Jahres 1840 von starker Bedeutung gewesen. Jetzt zeigte es sich, daß über die akademischen Berufe hinaus in den breiten Kreisen des Bürgertums der nationale Gedanke Wurzel gefaßt hatte. Es waren die Jahre, da in den bürgerlichen Kreisen der Wohlstand sich vermehrt hatte. Auch in Preußen war die harte Zeit der Not überwunden, die sich über diesen Staat und seine Bewohner seit den napoleonischen Kriegen gelagert hatte. In seinen westlichen Provinzen entstanden große Handelshäuser und industrielle Werke. Den Willen zur nationalen Würde erhöhten diese wirtschaftlichen Werte, die es zu sichern galt. Ihre Bedeutung für die Kraft des Nationalbewußtseins erkennend, betonte der Sachse Karl Wiedermann seit 1842 vor allem die praktischen und wirtschaftlichen Probleme und sagte der „philosophischen Partei“ im Liberalismus, dem Kosmopolitismus in ihm den Kampf an. Er wurde in Sachsen der Vorkämpfer für die preußisch-deutsche Reichseinheit, deren Grundlage ein kraftvolles und wirtschaftlich starkes Bürgertum bilden sollte. Der Ausschluß Österreichs als eines nicht rein deutschen Staates war für ihn eine politische Notwendigkeit. Auch Wilhelm Jordan forderte 1845 das deutsche Volk auf, von den Träumen zu lassen, als Millionenvolk sich der Tat zuzuwenden und kühn in die Wirklichkeit zu schauen. Paul Pfitzer und Gerwinus mit seiner

„Geschichte der deutschen Nationalliteratur“, verfolgten die gleiche Linie; die Nation sollte die literarischen Interessen mit den politischen vertauschen. Sie alle übertrug Friedrich List 1841 erschien das „nationale System der politischen Ökonomie“, das sowohl mit dem territorialen wie mit dem weltbürgerlichen System brach. Nicht auf den Staat, sondern auf die Nation, auf ihre Einheit sollte sich die Wirtschaft aufbauen. Die Institution trat zurück vor ihren Begründern, den Menschen. Eine große deutsch-magyarische, mittel-europäische Herrschaftsgemeinschaft entstand vor Lists geistigem Auge, die im Bunde mit England einen kontinentalen Weg von London nach Indien sich bahnte. Deutschland war das Zentrum solcher weltumstürzenden wirtschaftlichen Pläne, ihre Gegner Rußland und Frankreich. Noch hatte das deutsche Volk sich keinen seiner würdigen Platz im europäischen Staatensystem errungen, da beschworen seine Dichter und Denker bereits seine politische Weltgeltung herauf. Wirklichkeitsfremde, an den Glanz des alten Kaisertums mit seiner Herrschaft über Mitteleuropa sich anlehrende machtpolitische Pläne erregten das deutsche Volk, als es kaum begonnen hatte, sich von seinem wirtschaftlichen Tiefstande zu erholen. Sicher galt es fast allen, daß Deutschland seine Wiedergeburt nur von Preußen erwarten könne.

Deutschland schien zum Leben, zur Nationalität, zum Reichsgedanken zurückzukehren. Preußen hatte mit dem Zollverein den Weg eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses beschritten, mit dem Ausschlusse Oesterreichs die alte friderizianische Politik wieder aufgenommen. In dem Verlangen nach einem nationalen Staate wandten sich aller Blicke mit Ausnahme von Oesterreich und der klerikalen Kreise Bayerns auf den norddeutschen Großstaat. Preußen wurde als der Schwerpunkt deutscher Einheit und Macht empfunden. Die liberalen Kreise des deutschen Volkes sahen hoffnungsfreudig auf den neuen Herrscher, die Erfüllung des Verfassungsversprechens vom 22. Mai 1815 schien ihnen nahe bevorzustehen. In dem Augenblick aber, da es zu dieser Tat geschritten war, mußte Preußen die ihm zuge dachte Führerrolle in dem Kampfe um die Synthese von Volk und Staat, d. h. um den deutschen Reichsgedanken, übernehmen.

Einzelne Maßnahmen Friedrich Wilhelms IV. schienen zunächst die Hoffnung zu rechtfertigen: die Amnestie der Burschenschaftler, die Einsetzung Arnolds in seine Professur und die Befreiung Jahns von der Internierung, die Berufung der Gebrüder Grimm nach Berlin und Dahlmanns nach Bonn in den Jahren 1840 bis 1842 erweckten den Beifall weiter nationaler Kreise. Aber auch Schelling und sein Schüler Stahl erhielten einen Ruf nach Berlin, um die Hegelsche Schule totzumachen. Friedrich Wilhelms IV. außenpolitisches, durchaus gerechtfertigtes Verhalten gegenüber den französischen Kriegsdrohungen, sein Rückzug gegenüber der Kurie im Kölner Kirchenstreit und seine hochkirchlichen Bestrebungen zeigten andere Seiten seines politischen Charakters. Entscheidend wurde seine Stellungnahme zu der Verfassungsfrage, die schon im Oktober 1840 ablehnend war. Die Schriften Schöns und Johann Jacobys erweiterten die Spannung. Die Vereinigten Ausschüsse der Provinziallandtage 1842 führten zu keinem Ziel. Immer lauter wurde der Ruf nach Reichsständen und Pressfreiheit. Statt dessen wurden Prozesse gegen liberale Politiker eingeleitet, Hoffmann von Fallersleben, der Dichter des Deutschlandliedes, von seiner Breslauer Professur entfernt, Herwegh ausgewiesen. Das Gesetz „von dem gerichtlichen und disziplinenen Verfahren gegen Beamte“ 1844 untergrub die Unabhängigkeit des Richterstandes. Kräftiger als je erhob die radikale Opposition ihre Stimme. Allen voran die Jung-Hegelianer: Arnold Ruge in seinen Halleischen, seit 1841 Deutschen Jahrbüchern, in Ostpreußen die Königsberger Zeitung, im Westen die Rheinische Zeitung, die, zunächst für ein starkes, aber auch freies Preußen, gegen den Klerikalismus und die protestantische Orthodogie eintretend, unter der Redaktion von Karl Marx seit dem 15. Oktober 1842 eine besondere Bedeutung erlangte. Mit dem 1. April 1843 hörten sie alle zu bestehen auf. In Berlin sammelte sich ein radikaler Kreis um die Gebrüder Bauer, die alsbald mit dem süddeutschen, namentlich badischen Liberalismus brachen. Aber auch gemäßigte Liberale rückten ab. Bettina von Arnim, die 1840 den „Frühling des geliebten Preußenlandes“ hatte nahen sehen, die da geglaubt hatte, daß „das Wunder von 1740“ sich erneuern werde, wurde bitter enttäuscht über das Verhalten des Königs in der Verfassungsfrage. Zur „Rettung des Königs“ vor seiner Umgebung, seinen Beamten und seiner Regierung erschien 1843 ihr Friedrich

Wilhelm IV. gewidmetes „Königsbuch“. Noch harrete das nationale Reichsproblem der Lösung, da klopfte bereits ein anderes vernehmlich an die Türe des deutschen Hauses: das soziale. Wohl war der Reichtum des Volkes gewachsen, die Maschine hatte ihren Siegeszug auch in Deutschland angetreten, Industrie und Verkehr auf eine neue wirtschaftliche Stufe gehoben, aber breite Kreise waren zu gleicher Zeit mit dem Emporkommen der Kapitalmächte verarmt. Die neue entstehende Klasse der Fabrikarbeiter hatte infolge des Verbotes der Assoziation kein Mittel in der Hand, sich gegen die mächtigen Unternehmer zu sichern oder gar zu wehren. Auf dem Lande war im Osten während des letzten Jahrzehntes nach der Einziehung der kleinen Bauernstellen, die sich nicht halten konnten, ein Proletariat, eine Klasse von wirtschaftlich ungesicherten Tagelöhnern, groß geworden, das in scharfem Gegensatz zu den großen und kleinen Besitzern stand. In Schlesien wurde die Lage der hausindustriellen Weber immer elender, 1844 kam es zum Aufstande. Zum ersten Male mußte hier der preußische Soldat sich gegen den eigenen Landsmann wenden. Seine aber sang sein Weberlied:

„Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht,  
Wir weben emsig Tag und Nacht —  
A l t d e u t s c h l a n d, wir weben dein Leichentuch,  
Wir weben hinein den dreifachen Fluch.  
Wir weben, wir weben.“

Überall regte sich der Wille, um jeden Preis die gegenwärtige Vereinzelung und Zersplitterung zu überwinden. Enger schlossen sich die Glieder des Katholizismus zusammen. Die protestantische Kirche versuchte Ähnliches. Beide nahmen die soziale Fürsorgetätigkeit auf. Hilfsvereine bildeten sich an großen Industriestätten für das Wohl der Arbeiter; der erste dieser Art war der von Hansemann in Aachen bereits 1834 begründete Verein zur Förderung der Arbeitsamkeit. Bei der Schlussfeier der Berliner Gewerbeausstellung der deutschen Handels- und Zollvereinsstaaten 1844 wurde ein „Aufruf zur Bildung eines preußischen Zentrall-Industrie-Vereins“ bekanntgegeben, der gegen die „Zersplitterung in der Repräsentation aller Zweige der Nationalökonomie wie ihrer Gesamtkraft“ Front machte; solche Vereine seien erfolgreicher, wenn sie „bei den Einsichtsvollsten und Sachverständigsten im Volke“ ihren Anfang nähmen als „bei den hochstehenden Staatsbehörden“. Der Wille zur Hilfe, zum alten deutschen Genossenschaftswesen, regte sich im Volke selbst. Hatte die Stein-Gardenbergische Reform unter dem Volk nur die Mittelklassen mit einem gewissen Eigentum an Grund und Boden oder mit einem gewissen Betriebskapital verstanden, von einer Klasse der Arbeiter wenig gewußt, so spürten Einsichtige jetzt den inneren und äußeren Zusammenhang des ganzen Volkes als eine natürliche Einheit, und sie versuchten Hand anzulegen, um diesen Zusammenhang zu wahren. Schon 1846 sah Ernst Moritz Arndt das soziale Problem als das am schwersten zu lösende und ausschlaggebende an. Für den breiten Mittelstand, die Handwerker, forderte er die Neubegründung von Genossenschaften, um die Vereinzelung zu überwinden, den Gemeingeist zu beleben. Den schwerarbeitenden Klassen der Industrie und der Fabriken sollten Häuser für ihr Alter gebaut werden. Nach wie vor trat er für eine Sicherung und Mehrung des Bauernstandes ein. Die soziale Frage ist für ihn nicht wirtschaftlicher, sondern politisch-ethischer Natur zur Gesundung der Volksgemeinschaft. Bettina von Arnim aber forderte in ihrem Königsbuch die Hilfe für die wirtschaftlich Schwachen durch den Staat; sie stellte zuerst an das moderne Königtum die Forderung, die dringend nötige Sozialreform selbst in die Hand zu nehmen; Ideen, die vorher andeutungsweise bei Kant und dem Begründer der Statistik, J. G. Hoffmann, angeklungen waren.

Aber auch bei den Arbeitern wurde der Gedanke des Genossenschaftswesens wach, nur daß seine Verwirklichung untersagt war. Die radikalen Elemente hatten ihr Vaterland verlassen müssen. Namentlich die Schweiz war ihr Zufluchtsort geworden. Dort wurden zu Brandherden des Kommunismus die Arbeitervereine, die ihre Sendboten nach dem Südwesten Deutschlands sandten und in Verbindung mit den französischen Radikalen traten. Paris wurde bald ein zweites Zentrum. Hier trafen Ruge, Marx und Moses Hess mit Seine zusammen. Hatte die junghegelsche Schule versucht, das abstrakte Denken als das

Prinzip des Lebens aufzustellen, so zeigte jetzt Ludwig Feuerbach einer vorwärtstürmenden Jugend die Wirklichkeit. Aus ihr, aus dem Sein wurde das Denken abgeleitet, die Anschauung zum Prinzip des Lebens erhoben, nicht jene innere Anschauung des deutschen Idealismus, sondern die reale, ja naturalistisch verzerrte Aufnahme der Wirklichkeit. Unter Feuerbachs Einfluß wurden Hegel und Marx aus den Vertretern des politischen zu Führern des sozialen Radikalismus. Friedrich Engels aber ging nach London, um die moderne Großindustrie und ihre Folgen für das Proletariat dort kennenzulernen. Im November 1847 tagte in der britischen Hauptstadt der „Bund der Kommunisten“, eine internationale Arbeiterverbindung, die Marx und Engels mit der Abfassung eines theoretischen und praktischen Parteiprogramms beauftragten. So entstand das „Manifest der kommunistischen Partei“ in den ersten Wochen des Jahres 1848 zuerst in deutscher Sprache. Theoretisch ist es das Programm der materialistischen Geschichtsauffassung, der die ökonomische Produktion die Grundlage für die politische und kulturelle Geschichte einer Epoche bildet. Es ist in seiner Vollendung der absolute Gegensatz zu dem deutschen Idealismus, wie er von Kant bis zu Schleiermacher und Hegel sich doch als eine innere Einheit darstellt. Praktisch wurde es das Programm zum internationalen Zusammenschlusse der Arbeiterbevölkerung, der die ganze menschliche Gesellschaft der Gegenwart in zwei große feindliche Lager spaltete: Bourgeoisie und Proletariat. Ihnen gegenüber sanken alle nationalen und staatlichen Bindungen in ein Nichts zurück. Hier offenbarten sich Ideen, die von einer ganz anderen Problemstellung aus zu den politischen Anschauungen eines Kant und Fichte zurückführen. Das kommunistische Manifest war das drohende Zeichen einer sozialen Weltrevolution, die sich nicht mit einer Neuordnung der politischen Verhältnisse zwischen den Regierenden und den Völkern begnügte, sondern ihrerseits eine völlige Umwälzung auf allen Gebieten des menschlichen Lebens vom Ewigen bis zum letzten materiellen Dienst hervorzurufen suchte. Der politische Radikalismus, wie er bei Ruge in Erscheinung trat, forderte die „Internationalität der politischen Partei“, der soziale eines Marx und Engels den internationalen Charakter dieses sozialen Umsturzes. In den Kreisen der Berliner „Freien“ aber proklamierte Max Stirner den Egoismus im engsten Sinne als die allein wirksame Kraft der Geschichte. Familie und Volk, Staat und Menschheit wurden als bindende Zusammenfassungen abgelehnt. „Weg Gesetz, weg Gesetz — — — à bas, aussi les lois“ wurde sein Lebensgesetz. Nur der egoistische Kampf brachte ihm alles ins Klare. War Stirners „Einziger“ auch eine unwirkliche Konstruktion, für die Wirklichkeit unseres deutschen Nationalbewußtseins ist sie in späteren Jahrzehnten nicht ohne Folgen geblieben.

#### IV.

So beschaffen war die europäische, die deutsche Welt, als Friedrich Wilhelm IV., stets darauf bedacht, seinem Staate eine „echt deutsche“, keine „französische“ Verfassung zu geben, am 3. Februar 1847 das sogenannte Februarpatent erließ, das die Provinzialstände zu einem Vereinigten Landtage versammelte. Es war das Bruchstück einer Verfassung, eine Halbheit, die jetzt nicht mehr genügte. Zwar begrüßten einzelne gemäßigte Liberale es mit Freuden, aber Gerwinus schlug in der Deutschen Zeitung vor, es abzulehnen. Die Thronrede brachte eine leidenschaftliche Absage an das konstitutionelle System. Die liberalen Wortführer entstammten den östlichen und westlichen Grenzprovinzen, den Hauptstößen der Opposition, Ostpreußen und Rheinland. Hier fanden sich die Gebrüder von Auerwald und von Sauten sowie der ganz in den Traditionen der Steinischen Reform lebende Oberburggraf Magnus von Brünneck, dessen Persönlichkeit, „den milden Sinn des Alters und die Weisheit eines langen Lebens“ verkörpernd, eine wundervolle Einheit altpreussischer Art und moderner Auffassung von den Rechten und Pflichten eines Staatsvolks bildete, mit den Führern des Handels, der Industrie und der Bankwelt des Westens, den Beckerath, Camphausen, Mevissen und Hansemann, zusammen; zu ihnen gesellten sich aus der Mitte der Pommer Graf Max von Schwerin, der Schwiegerjohn Schleiermachers, politisch und kirchlich in dessen Bahnen wandelnd, und Georg von Vincke, der Sohn der Grafschaft Mark, bald einer der Wortführer des preussischen Liberalismus. Hier trafen also die Vertreter der Ideen der preussischen Reform und des deutschen Idealismus aus den alten mit dem von der Wirtschaft herkommenden Liberalismus der neuen Provinzen zusammen. Die große

Mehrzahl war mit dem Patent nicht zufrieden. Wohl hatten sich hier zum erstenmal Beauftragte des ganzen preußischen Staates, wie er seit 1815 bestand, zu gemeinsamen Beratungen zusammengefunden, aber gerade während dieser Arbeiten offenbarten sich die starken Gegensätze zwischen den Liberalen des preußischen Ostens, denen bei aller Betonung der Rechte des Volkes doch aus ihrem Staatsbewußtsein heraus ein Kampf gegen das Königtum fremd blieb, und den radikalern Rheinländern mit ihrer mehr demokratischen Einstellung. Die einheitliche Aktionskraft ging verloren. Der Zusammenhang des Staatsvolkes war noch nicht so stark, als daß er die provinziellen Sonderheiten überbrückt hätte. Raum war der Ausschuß gewählt, der alle vier Jahre zusammentreten sollte, da wurde der Landtag geschlossen. Noch einmal trug der Wille Friedrich Wilhelms IV. den Sieg davon. Es war von wahrhaft tragischen Folgen, daß der königstreue Liberalismus der Ostpreußen und Pommern infolge der wachsenden Unzufriedenheit des Volkes immer mehr an Einfluß verlor. Dahlmann hatte 1844 in seiner Geschichte der englischen Revolution ein warnendes Bild entworfen, wohin der Widerstand gegen die berechtigten Forderungen des Volkes eine Dynastie führe. D. Fr. Strauß zeichnete in seiner Schrift „Der Romantiker auf dem Thron der Cäsaren“ 1847 unter der Maske von Julian den preußischen König, wie auch ein hochbegabter und mächtiger Monarch, der eine überwundene Geisteskultur wiederherzustellen oder auch nur festzuhalten sucht, gegen den Galiläer oder den Genius der Zukunft unterliegt. Der Genius der Zeit aber offenbarte sich jetzt in Deutschland nicht in den Dynastien, sondern in seinem Bürgertum, das sich nunmehr gleich den geheimen Arbeiterverbänden enger zusammenschloß. Das Organ des national-konstitutionellen Liberalismus war die mit dem 1. Juli 1847 von Gerwinus und dem Mannheimer Buchhändler Baffermann begründete „Deutsche Zeitung“. Immer lauter erklangen in ihr die Forderungen des Tages: gesamtdeutsches Parlament, Einigung Deutschlands mit monarchischer Spitze unter Preußens Führung, Schonung der bestehenden Einzelstaaten. Die akademischen Berufsstände fanden sich zu Tagungen zusammen, die Naturforscher bereits seit 1822, jetzt auch die Anwälte, die, vielfach von den Regierungen gehemmt, ein einheitliches und gemeinsames Recht für ganz Deutschland verlangten, und die Germanisten. Ihre erste Zusammenkunft zu Frankfurt a. M. 1846 war eine Heereschau der nationalgesinnten führenden Geister. Da standen die beiden Gebrüder Grimm und der alte Arndt neben Gerwinus und Dahlmann, Beseler und Waitz, dem innigen Uhlant, dem Mittelpunkt des vornehmen schwäbischen Dichterkreises. 1847 schlossen sich auch die Parteien enger zusammen. Zuerst die Radikalen in Offenburg mit ihren süddeutschen Führern Heder und Strube. Das allgemeine gleiche Wahlrecht, die Volksmiliz, ein vom Volke gewähltes Beamtentum standen auf ihrem Programm. Die Regierungen wurden nach ihrem Willen völlig abhängig von den Volksvertretungen. Ihr letztes Ziel blieb die einheitliche Republik. Dann die Liberalen zu Heppenheim unter der Führung der Badener Baffermann und Karl Mathy. Die konstitutionelle Regierungsform für Gesamtdeutschland wie für die Einzelstaaten stand im Mittelpunkt der Verhandlungen. Die einen verlangten die sofortige Berufung eines deutschen Parlaments, die anderen wollten, an den Zollverein anknüpfend, zunächst ein Zollparlament berufen, dessen Kompetenzen dann allmählich auf das politische Gebiet erweitert werden sollten. Zwar bekannte sich die Mehrheit zu dieser Anschauung, aber die Anhänger der ersteren trugen die Agitation in immer weitere Kreise, und am 2. Februar 1848 stellte Baffermann den Antrag in der badischen Kammer, ein allgemeines deutsches Parlament neben dem Bundestage zu berufen. Heinrich von Gagern wiederholte bald darauf den Antrag in Darmstadt.

In allen Volkskreisen war das Gefühl erwacht, daß die Zeit zum Handeln gekommen sei. Die schleswig-holsteinische Frage, in der durch den offenen Brief König Christians VII. 1846 mit dem nationalen Problem das der Erbfolge sich verband, griff von den Herzogtümern auf ganz Deutschland über. Alle Parteien standen auf deren Seite mit ihrem Wahlpruch: „Up ewig ungedeckt.“ Selbst der geruhame Bundestag konnte sich der Macht des nationalen Willens nicht entziehen und faßte einen Beschluß, der die Erwartung aussprach, daß die Rechte der Agnaten und der gesetzmäßigen Landesvertretung Holsteins beachtet würden. Allenthalben gährte es in den Nachbarländern. Die mitteleuropäischen Völker befanden sich in einem Zustande nationaler Bewegungen, als in Frankreich am

22. Februar 1848 die Revolution ausbrach und dem Königtum Louis Philipp's binnen 36 Stunden ein untrühmliches Ende bereitete.

Wenige Jahre nach seiner Entlassung, 1893, sagte Bismard von sich selber aus, es sei sein stiller Schmerz gewesen, daß er bis 1848 keine Gelegenheit gehabt hätte, etwas zu erleben; es sei ihm nicht Unruhe genug gewesen in Europa für die Unruhe in seinem Innern, und er hätte geglaubt, die stille Zeit werde andauern. Nun war sein deutsches Volk doch lebendig geworden. Die literarische Bewegung des deutschen Liberalismus und der dreißiger Jahre hatte sich zu einer politischen gewandelt, von den Studenten und akademischen Berufsständen war sie übergesprungen auf das gesamte wirtschaftlich erstarkte Bürgertum. Und auch bereits jenseits von ihm hatten sich Kräfte geregt, die nicht mehr durch materielle Gewalt gebändigt, in den Dienst eines nationalen Staates gestellt werden konnten. Die Revolution griff sofort auf Deutschland über. Von Anfang an zeigte sich für ihre Durchführung als Hemmnis, daß ein Mittelpunkt fehlte, der als der Zentralnerv des Vaterlandes gelten konnte. Regierungen und Reaktion fühlten sich zu schwach, um ihr zunächst ernsthaften Widerstand zu leisten. Die Anfänge in den Mittel- und Kleinstaaten verliefen unblutig, zum Teil entbehrten sie nicht eines humoristischen Beigeschmacks, entsprechend dem Charakter der sogenannten Staaten. Allenthalben entstanden liberale Ministerien, Geschworenengerichte, Bürgerwehren. Die Pressefreiheit wurde durchgeführt, die Reform der Verfassungen in Angriff genommen. Überall, wo es Deutsche gab, stieg die schwarzrotgoldene Fahne als das Sinnbild der Einheit und Freiheit empor. Denn um beide Probleme handelte es sich von Anfang an bei der deutschen Revolution. Dazu aber war nötig eine einheitliche nationale Vertretung. Die süddeutschen Liberalen und Radikalen gingen voran. Ihre Tagung zu Heidelberg am 5. März beschloß, ein Vorparlament nach Frankfurt einzuberufen. Die Haltung der beiden deutschen Großmächte war zunächst ungewiß. Da brach in Wien am 13. März die Revolution aus. Metternich, der allmächtige Leiter der reaktionären Politik der Hofburg, ging in das Ausland. Auch in Wien wurde eine Bürgerwehr errichtet, die Pressefreiheit verkündet. Die Regierung versprach, eine Konstitution durch die Provinzialverbände vorbereiten zu lassen. Herren der Lage waren die Studenten. Es fehlte der Opposition an politisch umsichtigen Führern. Als in dieser verworrenen Lage das deutsche Problem auftauchte, genehmigte die Regierung, aus Eiferjucht auf Preußen mitbestimmt, die Wahlen zum Frankfurter Parlament. Am 25. April wurde die nicht aus dem Volke hervorgegangene Verfassung verkündet. Alle Länder der Krone waren in Unruhe oder erhoben sich gegen das habsburgische Haus. Der österreichische Gesamtstaat war mit leichter Mühe durch die nationale und liberale Revolution gesprengt worden.

Die Wiener Vorgänge hatten Friedrich Wilhelm IV. zum Handeln bewogen. Als er am 14. März den Landtag für den 27. April berief, war die Hauptstadt jedoch schon auf das äußerste erregt. Noch konnte der König am 18. März das Patent verkündigen, er werde den Bundesgenossen vorschlagen, Deutschland in einen Bundesstaat zu verwandeln mit einer vorläufigen Bundesrepräsentation aus den Ständen aller deutschen Länder, und den Vereinigten Landtag für den 2. April berufen, um demgemäß die preussischen Verhältnisse zu gestalten. Alles schien sich noch zum besten zu wenden. Da fielen jene verhängnisvollen Schüsse vor dem Schlosse, die eine völlige Änderung der Lage herbeiführten. Der Gedanke an Verrat wurde laut. Das alte Mißtrauen erwachte. Ein erbitterter Straßenkampf entspann sich, bis die Truppen am 19. abends bei der völligen Verwirrung im Schlosse zurückgezogen wurden. Die Revolution hatte gesiegt. Der König war ohne Schutz. Bei seinem Umritt am nächsten Tage durch die Stadt sprach er, mit den deutschen Farben geschmückt, jene denkwürdigen Worte: „Ich trage die Farben, die nicht meine sind. Aber ich will damit nichts usurpieren, ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einheit, ich will Ordnung, das schwöre ich zu Gott.“ Und die enthusiastischen Sätze der Proklamation vom 21. März klangen wie eine Hoffnung auf eine glückliche Lösung: „Rettung aus unseren Gefahren kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung hervorgehen. Ich übernehme heute die Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird mich nicht verlassen, und Deutschland wird sich mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten

deutschen Farben angenommen und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des Deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf.“ Ein liberales Ministerium übernahm die Leitung der Geschäfte. Die Reichsstände wurden nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählt, um „durch Vereinbarung mit der Krone“ die künftige Verfassung zu beraten. Eine Möglichkeit für Preußen, sich der deutschen Angelegenheiten zu unterziehen, bot alsbald die schleswig-holsteinische Frage. Die Revolution hatte auch hier gezündet. In Rendsburg wurde am 24. März eine provisorische Regierung für beide Herzogtümer eingesetzt. Der Krieg begann, dem Herzog von Augustenburg wurde die preußische Hilfe zugesagt. So schien es, als wenn in der Tat bei der bedrängten Lage Österreichs Preußen die Führung in dem nationalen Einheits- und Freiheitskampfe zufallen würde.

Das in Heidelberg beschlossene Vorparlament war am 31. März in Frankfurt zusammengetreten. Nachdem der Bundestag am 2. April ein Wahlgesetz mit allgemeinem Wahlrecht gemäß den Vorschlägen dieser Versammlung erlassen hatte, wodurch die künftige Verfassung rechtlichen Boden erhielt, schien es, als wenn sich auch hier ein Weg finden würde, um auf ruhiger Bahn weiterzukommen, zumal die österreichische und die preußische Regierung bei den Vorgängen in Wien und Berlin keinen Widerstand zu leisten wagten. Aber während bisher Liberale und Radikale zusammengehalten hatten, vollzog sich im Vorparlament eine Scheidung. Die Liberalen mit ihrer starken Mehrheit hielten gemäß ihrer Tradition unbedingt an der Monarchie fest. Die Radikalen dagegen nahmen den republikanischen Gedanken der dreißiger Jahre wieder auf, unterstützt von den Deutschen, die einst ihr Vaterland hatten verlassen müssen und nun jubelnd das freie deutsche Volk begrüßten; es schien sich zu rüsten, durch sich selbst auch die Einheit sich zu erringen. Die Radikalen unter der Führung von Feder und Strube traten aus und ergriffen die Fahne des Aufstandes in Baden, der jedoch alsbald niedergeschlagen wurde.

Wie würden sich diese einander widerstrebenden Vertreter der Volksrechte in einem Parlamente zueinander stellen, würde es gelingen, sie auf einer einheitlichen Linie zu vereinigen? — Am 18. Mai wurde die „deutsche Reichsversammlung“ in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. eröffnet. Die alte Kaiserstadt, die so viele Krönungsfeierlichkeiten im alten Reiche erlebt hatte, sollte auch das erste deutsche Volksparlament in sich aufnehmen, die erste Manifestierung eines neuen Reichsgedankens in ihren Mauern sehen. Würde diese Versammlung imstande sein, allein von sich aus die Geschichte eines zweiten Reiches einzuleiten?

Deutschlands beste Männer waren Mitglieder dieses Parlaments. Im In- und Auslande machte es unter der Leitung seines Präsidenten Heinrich von Gagern gewaltigen Eindruck. Im Glauben an die siegreiche Macht des Volkswillens, an die Idee, die sie selbst beehrte, gingen diese Männer ans Werk. Aber sobald die praktische Arbeit begann, offenbarten sich die Gegensätze im Inhalte der Idee. Der oft so störrische Eigenwille im deutschen Nationalbewußtsein zerstörte die Zusammenhänge der Parteien und Gruppen. Die Mehrheit der liberal-konstitutionell gesinnten Gruppen hielt das eine Problem, die Einheit, bei der Lage der Dinge in den beiden Großmächten für gelöst. So verabsäumten sie es, mit den Regierungen, die sich gleichfalls abwartend verhielten, Verbindungen anzuknüpfen. Der unter Dahlmanns eifriger Mitarbeit entstandene Verfassungsentwurf mit stark unitarischen Tendenzen, mit einem erblichen Kaisertum, mit verantwortlichen Ministern, mit einem aus den Fürsten und aus landständischen Vertretern der Einzelstaaten bestehenden Oberhause sowie mit einem Volkshause, zeigte sich bald als undurchführbar, war doch noch nicht erwiesen, wie sich Österreich und Preußen zu solchen Plänen stellen würden, ob Preußen insbesondere bereit sein würde, seine staatspolitische Eigenart wirklich einem solchen strengen Unitarismus zum Opfer zu bringen. Und Friedrich Wilhelm IV. hatte bereits Österreich die Kaisertwürde zugesichert, sich selbst nur das Reichserzfeldherrenamt vorbehalten. Ein Übergang, eine vorläufige Reichsregierung war notwendig. Am 29. Juni wurde Erzherzog Johann zum Reichsverweser gewählt; eine Wahl, die der Kaiser Ferdinand genehmigte, um den Einfluß Österreichs bei der Zentralgewalt zu sichern, die nach der Selbstauflösung des Bundestages allein bei dem Parlament und der von ihm gewählten Regierung lag. Allein wie konnten der Reichsverweser und sein Reichsministerium die ihnen obliegenden Aufgaben erfüllen, solange ihnen keine Macht zur Seite stand, solange



sie auf den guten Willen der Einzelstaaten, namentlich Österreichs und Preußens, angewiesen waren? Beide aber zeigten sich durchaus nicht geneigt, ihre Truppen etwa der Reichsregierung zu unterstellen oder sie auf eine künftige Reichsverfassung vereidigen zu lassen. Noch vor der Eröffnung des Parlaments hatte Wrangel, der den Oberbefehl über die gegen Dänemark operierende Armee führte, von Kolding aus am 10. Mai dem Fünfziger-ausschuß versichert, der Ruf „Vorwärts für Deutschland“ würde stets Widerhall im Herzen seiner Truppen finden, aber als die Dänen zu Lande geschlagen waren, erhielt er den Oberbefehl über die bei Berlin gegen eben diese deutsche Volksbewegung konzentrierten Truppen. Der nationalen Regierung aber gebrach es an Schiffen, um der dänischen Blockade entgegenzutreten, die in wenigen Wochen den deutschen Seehandel lahmlegte. Lebhaft beschäftigte die Gründung einer Flotte die Mitglieder des Parlaments. Die Beitragsliste wies namhafte Beiträge auf, aber es zeigte sich auch, wie stark in den radikalen Kreisen das Mißtrauen gegen die Fürsten war, ob sie ihrer Pflicht und ihrem Einkommen gemäß an dieser nationalen Forderung sich beteiligen würden. Als die Versammlung sah, daß das Problem der Einheit zunächst doch nicht gelöst werden könne, wandte sie sich nach amerikanischem und französischem Vorbild dem Problem der bürgerlichen Freiheit, den „Grundrechten der Deutschen“ zu, die erst am 21. Dezember als Gesetz verkündet wurden.

Bevor nun die Verfassung selbst in Angriff genommen werden konnte, vollzogen sich Ereignisse, die auf die Arbeiten der Nationalversammlung nicht ohne Einfluß blieben. In die schleswig-holsteinische Frage drohten sich die auswärtigen Mächte Schweden, England und Rußland zugunsten Dänemarks einzumischen. Preußen zog sich infolgedessen zurück und schloß am 26. August auf sieben Monate den Waffenstillstand zu Malmö ab. Schon vorher hatte sich der Gegensatz im Parlament zwischen den Liberalen und den Radikalen auf das äußerste zugespitzt. Ein Kongreß der Republikaner zu Altenburg beschloß, die Nationalversammlung aufzulösen und die Republik zu proklamieren. In verschiedenen Gegenden Deutschlands gährte es. Die Not der niederen Klassen wuchs infolge der schlechten Ernten der letzten Jahre. Alles schien auf einen neuen Ausbruch der Revolution zu deuten, als die Kunde vom Abschlusse des Waffenstillstandes nach Frankfurt gelangte. Nach stürmischen Verhandlungen erklärte sich eine Majorität am 16. September doch für die Annahme durch die Reichsgewalt; ein Beschluß, der eine republikanische Volksversammlung zur Folge hatte. Die Vertreter jener Mehrheit wurden als Verräter an der deutschen Sache gekennzeichnet, die Abgeordneten Auerswald und Lichnowsky am Tage darauf grauenvoll ermordet. Zwar gelang es den Truppen, die in Frankfurt und Baden entstehenden Aufstände im Keime niederzuschlagen, aber das Ansehen der Nationalversammlung, ihre innere Geschlossenheit hatten durch diese Septembertage einen unerzehlichen Schaden erlitten. Berlin und Wien gewannen ihr gegenüber an Bedeutung. Sobald die preussische Krone von ihrem ersten Falle sich erholt hatte, scharten die Verteidiger des alten Preußens sich um seine Fahne: der konservative Adel und die Staatskirche, das Beamtentum und das seiner Macht bewußte Heer unter Wrangel. Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel fühlte sich stark genug, um am 9. November den Landtag zu vertagen; fern dem Zentrum der Bewegung sollte es am Ende des Monats seine Sitzungen in Brandenburg wieder aufnehmen. Da die Linken nicht erschienen und die Versammlung infolgedessen beschlußunfähig war, oktroyierte das Ministerium am 5. Dezember eine sehr liberale Verfassung. Nur widerwillig und unter dem Vorbehalt einer künftigen Revision hatte sich der König diesem Willen gefügt. Ein neues Wahlgesetz sah einen Zensus und indirekte Wahlen für die beiden Kammern vor. Die Regierung hatte der Revolution ein gewaltfames Ende bereitet.

Österreich lag in diesen Tagen noch in schweren Zuckungen. Wohl hatte Radetzky durch seinen Sieg bei Custozza das Ende der italienischen Revolution vorbereitet, aber die ungarische entfaltete jetzt erst ihre volle Kraft. Die Wiener Radikalen traten mit ihr in Verbindung. Der wilde Aufruhr in der Hauptstadt während der Oktobertage wurde von Windischgrätz niedergezwungen, Robert Blum, Mitglied der Paulskirche, standrechtlich erschossen. Als die Deutsche Nationalversammlung Beschwerde führte, verkündete selbstbewußt ein Artikel des offiziellen Lloydjournals, Österreich stehe in einem Ausnahmeverhältnis zu ihr; seine eigentümliche Stellung habe es ihm nicht erlaubt, die Beschlüsse des Parlaments ohne weiteres als bindend anzuerkennen; es sei bei der Bescheidung ausdrücklich festgestellt,

„daß nur solche Beschlüsse des Deutschen Reichstags, welche die Zustimmung der österreichischen Regierung erhielten, als maßgebend für dieses Land angesehen werden sollten. Das Gesetz über die Unverletzlichkeit des Parlamentsabgeordneten hat nie diese Zustimmung erhalten, und schwerlich dürfte sie demselben je zuteil werden“. Niemand solle vergessen, „daß die Regierung Österreichs eine Regierung von deutschen und nichtdeutschen Ländern, daß Wien die Hauptstadt eines Reiches ist, welches noch zum größten Teile mit Deutschland in gar keiner Verbindung steht“. Also sprach Habsburg bereits am 21. November, am Tage bevor der nach Kremstier berufene Reichstag seine Tagungen dort aufgenommen hatte. Das neue Ministerium unter Fürst Felix Schwarzenberg war entschlossen, Recht und Macht des Erzhauses neu zu sichern. Der junge Kaiser Franz Joseph, der nach der Abdankung Ferdinands am 2. Dezember die Regierung angetreten hatte, versprach eine konstitutionelle Monarchie einzuführen, vor allem aber gab er den Willen kund, die Einheit des Staatskörpers zu erhalten. Plötzlich erfolgte am 7. März 1849 der Schluß des Reichstages. Eine gemäßigt liberale Gesamtverfassung wurde für das Kaisertum Österreich oktroyiert, die ein einheitliches Reich mit eingeordneten Kronländern, mit einem einheitlichen Zoll- und Handelsgebiet schuf. Mit Hilfe russischer Truppen wurde auch die ungarische Revolution niedergeschlagen. In den großen Massen überwog das Bedürfnis nach der seit Jahrzehnten gewohnten Ruhe. Ihre Gleichgültigkeit gegen die politischen Ereignisse sicherte der Reaktion bald den vollen Sieg, der mit der Aufhebung der Märzverfassung und der Verkündung absolutistischer Zentralisation vollendet wurde. Nur die Aufhebung der bäuerlichen Lasten blieb in Österreich als Errungenschaft bestehen.

So waren die Regierungen der beiden deutschen Großmächte bereits zu neuer Macht erstarkt, als das Frankfurter Parlament Ende Dezember 1848 sich daran machte, die Reichsverfassung zu beraten. Waren schon bei der Frage nach der Form der zukünftigen Einheit, ob Monarchie oder Republik, unüberbrückbare Differenzen entstanden, so schieden sich die Geister noch weiter bei dem Problem, wie Österreich mit dem Reiche zu verbinden sei. Die Großdeutschen wollten es beim Reiche halten, vor allem die deutschösterreichischen Abgeordneten selbst, die große Mehrzahl der Süddeutschen, Partikularisten und Radikalen. Wäher war der Riß zwischen den Konfessionen zurückgetreten. Jetzt fing er an, eine verhängnisvolle Rolle zu spielen. August Reichenperger, der später so bekannte Zentrumsführer, ein preußischer Rheinländer, Mitglied beider Parlamente, trat für Großdeutschland ein, wollte Preußen in seine Provinzen zerschlagen. Freiherr von Ketteler, aus altem münsterländischen Adel, war als Großdeutscher österreichisch eingestellt. Die meisten Katholiken Preußens sahen gleich denen der übrigen deutschen Staaten das Haus Habsburg als den traditionellen Träger der deutschen Kaiserkrone an, in ihm verehrten sie das Bindeglied mit dem alten Reiche. Die Kleindeutschen, vor allem die norddeutschen Protestanten, wollten einen engeren Bund schaffen, in dem Preußen, sein Sonderdasein, sein eigentümliches, jetzt bereits durch die Verfassung neu gekräftigtes Staatsbewußtsein aufgebend, in Deutschland aufging; diesen engeren Bund wollten sie durch eine Union mit Österreich zusammenschließen; ein Vorhaben, das nach jener Erklärung des Lloydjournals gemäß der Anschauung jener Mitglieder im Bereich des Möglichen lag. Aber Bederaths Wort: „Das Warten auf Österreich ist das Sterben der deutschen Einheit“ erfaßte scharfsinnig die Lage. Welche Form auch die Lösung des österreichischen Problems annehmen mochte, sie war stets, von der Einheit der Nation aus gesehen, in dem Augenblick zum Scheitern verurteilt, als es offenbar wurde, daß Österreich in der alten Weise des Bundes über Deutschland herrschen wollte. Als nunmehr im Januar 1849 die Oberhauptsfrage aufgeworfen wurde, setzte zwar eine kleine Mehrheit die Wahl eines regierenden Fürsten zum Reichsoberhaupt mit dem Titel „Kaiser der Deutschen“ durch, aber Schwarzenberg verlangte alsbald entsprechend der Verfassung von Kremstier den Eintritt Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund; ein Beschluß, der das neue Reich sofort der nationalen Einheit und Geschlossenheit beraubt hätte. Ein Teil der Großdeutschen ging infolge dieses österreichischen Verlangens zu der kleindeutschen Erbkaiserpartei über, und am 28. März wurde König Friedrich Wilhelm IV. mit 290 Stimmen gewählt, während sich die übrigen der Stimmen enthielten.

Die Verfassung war vollendet. Aus demokratischem Geiste heraus geboren, hatte sie auch das Recht des Volkes gewahrt, sich selbst das Herrscherhaus, den Kaiser zu küren. Die

Einzelstaaten waren zu einer scharfen Reichseinheit zusammengeschmolzen, ohne ihr Sonderdasein aufzugeben. Ein nationales, aus dem Volksgeiste, von seinem damaligen Träger, dem deutschen Bürgertum, geschaffenes Kaisertum war es, das dem preussischen König dargeboten wurde. Friedrich Wilhelm IV. stand vor der entscheidenden Tat. Sagen wir nicht, sie sei damals unmöglich gewesen. Gewiß, harte Kämpfe mit dem Hause Habsburg hätte es gekostet; wir wissen auch nicht, wie Rußland den Entschluß aufgefaßt hätte. Aber wir wissen, wie stark auch in Osterreich der Wille zum Nationalstaat in allen seinen Landesteilen war, wie gering die Geschlossenheit innerhalb seiner damaligen Gesamtgrenzen. In ganz Mitteleuropa hätte die nationale Bewegung neue Energien erhalten, wenn die Einigung des deutschen Volkes gelungen wäre. Und große moralische Kräfte bot es selbst dem kommenden Herrscher dar. Ein Mann der Tat hätte auch die Vertreter des Adels und Preußens, in der Idee Widersacher des Planes, zu sich hinübergezogen. Adel, Heer und Beamtentum waren viel zu royalistisch gesinnt, als daß sie sich dem Willen ihres Königs ver sagt hätten. Wie würde sich Friedrich Wilhelm IV. gegenüber der Abordnung des Parlaments verhalten, zu der außer seinem Präsidenten Eduard Simson auch C. W. Arndt gehörte, um ihm die Wahl mitzuteilen? — Schon seit Mai 1848 hatte der nationale Liberalismus preussischen Einschlages Versuche unternommen, den König zur Annahme einer Wahl zum Deutschen Kaiser durch die Nationalversammlung zu bewegen. Zunächst Dahlmann. Des Königs Antwort lautete: „Das Anerbieten von Seiten des Volkes wäre der Beweis der vollendeten Auflösung Deutschlands, wenn es gegen der Fürsten Meinung und Willen geschieht und wäre wahrscheinlich mit Kanonen zu beantworten.“ Nur in einem Falle war er damals bereit, eine rechtmäßige, d. h. ihm von den Fürsten angebotene Krone anzunehmen: „Erst dann, wenn Osterreich durch feierliche Zurückweisung der teutschen Krone klar bekennt, daß Metternichs Geist in ihm noch herrscht, erst dann wachet für mich die Pflicht auf, diese Schmerzenskrone anzunehmen, ja ich möchte fast sagen, nach ihr zu greifen. Dann kann nur Preußen helfen.“ Als die Wahl des Reichsoberhauptes bevorstand, da unternahmen es Arndt, Sauten, Bederath und auch Bassermann, also altpreussische, neupreussische und süddeutsche Liberale, noch einmal den König brieflich zur Annahme der Kaiserkrone zu bewegen. Und die Antwort an Arndt? „Ist diese Geburt des gräßlich kreisenden 1848. Jahres eine Krone? Das Ding, von dem wir reden, trägt nicht das Zeichen des heiligen Kreuzes, drückt nicht den Stempel ‚von Gottes Gnaden‘ aufs Haupt, ist keine Krone. Es ist das eiserne Halsband der Knechtschaft, durch welches der Sohn von mehr als 24 Regenten, Kurfürsten und Königen, das Haupt von 16 Millionen, der Herr des treuesten und tapfersten Heeres der Welt, der Revolution zum Leibeigenen gemacht würde. Und das sei ferne.“ Auch fühlte sich der König durch sein Wort gegenüber dem Landtag am 26. Februar gebunden, „die Verständigung mit der teutschen Nationalversammlung über die zukünftige Verfassung des großen Vaterlandes im Verein mit allen teutschen Fürsten zu versuchen“. Die Haltung Friedrich Wilhelms IV. konnte nur ablehnend sein. Die Männer der Paulskirche vertraten den vom Willen des Volkes aus neugeschaffenen nationalen Reichsgedanken; fremd war ihnen jede unmittelbare Bindung durch übernatürliche Gewalten, so stark sie sich an ihrer Stelle als Handlanger Gottes in der Geschichte fühlen mochten; sie suchten ein Reich, in dem der einheitliche Wille der Nation voll zum Ausdruck kam, in dem die deutsche Kulturnation zur deutschen Staatsnation sich formte; sie suchten einen Kaiser, der diesen Willen des Volkes vollstreckte, den Dynastien und Einzelstaaten zum Vorbild wurde, dem sie sich nicht mehr entziehen konnten. In ihnen allen war das Volk, die Nation das Primäre und Ursprüngliche, das Schöpferische und das Gottverbundene. Friedrich Wilhelm IV. glaubte an das Gottesgnadentum der Fürsten, an das Legitimitätsprinzip, demgegenüber selbst die Bedeutung des Staates zurücktrat, an die christlich-germanische Staatslehre der Romantik, die das Mittelalter wiederbeleben wollte. Wenig sagte ihm das Zueinanderwachsen, die Synthese von Volk und Staat. Noch im Mai 1848 hegte er die Hoffnung — und das war wohl seine Herzenshoffnung — „das ganze Teutschland zu sammeln zu halten, ihm Osterreichs 37 Millionen zu erhalten, dadurch, daß das Haupt des Erzhauses wieder das unbestrittene Erste Haupt der Christenheit und als solches Teutschlands Haupt werde“. Religion und Politik waren untrennbar in seiner Seele miteinander verbunden. Nicht staatspolitische

Erwägungen immanenter Natur waren es, die Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone ablehnen ließen. Zwei Weltanschauungen über Gott und Religion, Staat und Nation stießen hier aufeinander, zwischen denen es keine Gemeinschaft geben konnte. Friedrich Wilhelm verstand die politischen Ideen der modernen Zeit nicht, und seine Zeit verstand den Romantiker auf dem Hohenzollernthron nicht, der sich in seinen politischen Maßnahmen durch religiöse Prinzipien bestimmen ließ, in dem das Blut seines größten Ahnherrn nicht mehr floß. Der Fürstbischof Diepenbrock in Breslau frohlockte in einem Brief an den König vom April 1849: „Die Zauberer Ägyptens hofften diesmal glücklicheren Erfolg als vor 3000 Jahren. Der Kaiserstab, den sie vor E. M. niederlegten, sollte als Schlange diesmal den Königsthron auffressen. . . . Ist es Gottes Wille zu Deutschlands Heil, so werden auf den deutschen Fürstenthronen auch die Stimmen der alten Kurfürsten wieder laut werden. E. M. werden dann ein freudiges Ja, und Gott sein Amen sprechen und Österreichs Kaiser wird dann auch E. M. die treue Bruderhand reichen. *Fata viam invenient.*“ Mit diesen Worten war auch des Königs von Preußen politisch-religiöse Gesinnung gekennzeichnet.

Die ablehnende Antwort Friedrich Wilhelms IV. besiegelte das Schicksal der Frankfurter Nationalversammlung. Preußen und Bayern, Sachsen und Hannover erkannten die Verfassung nicht an. Schwarzenberg rief die österreichischen Abgeordneten, die schon am 27. Oktober ihrerseits erklärt hatten, daß durch den Ausschluß Österreichs „nicht allein die Interessen der österreichisch-deutschen Provinzen, sondern auch des ganzen übrigen Deutschlands, an das sich erstere innig anschließen wollen und müssen, auf das empfindlichste verletzt würden“, aus Frankfurt ab. Viele gemäßigte Mitglieder verließen ihre Plätze. Groß war die Erbitterung gegen die Regierungen, die als die allein Schuldigen angesehen wurden. Eine neue Revolution drohte zum Durchbruch zu kommen. Nachdem der Versuch eines Kaisertums gescheitert war, hielten sich Republikaner und Demokraten für berechtigt, die Ansprüche des deutschen Volkes auf Einheit und Freiheit mit Gewalt durchzuführen. An vielen Stellen Deutschlands entstanden Unruhen. Aber es fehlte wieder an einem Mittelpunkt. So wurden sie alle niedergeschlagen. Das Rumpfparlament in Stuttgart fand ein unrühmliches Ende: am 18. Juni wurde es von Truppen auseinandergebrängt. —

Lange Jahrzehnte galt die Einheitsbewegung von 1848/49 durch die Schöpfung Bismarcks als überwunden; sie war ein historisches Faktum geworden wie unzählige andere Ereignisse der deutschen Geschichte. Ohne Sinn und Bedeutung für die Gegenwart stand sie da als manchmal wohlwollend belächeltes, manchmal hart verurteiltes Unterfangen des deutschen Volkes, halb veranlaßt und geleitet von ausländischen Abenteurern, halb beeinflusst und durchgeführt von deutschen Idealisten und Professoren, die von der Welt und dem Werte des realpolitischen Lebens unberührt geblieben waren. Gewiß, die französische Februarrevolution bot den äußeren Anlaß zu den deutschen Vorgängen, der *i n n e r e* Anlaß lag in der geistigen und politischen Entwicklung, die Deutschland seit 1815 genommen hatte. Das Volk war reif für die Einheitsbewegung. Heute sind ihre Probleme wieder unsere Probleme. Die deutschösterreichische Frage harret der Lösung. Wie weit und ob Preußen in Deutschland aufgehen soll, ist wiederum heftig umstritten. Ob Monarchie oder Republik, bewegt die Geister heute wie damals. So fragen wir: Was ist die Einheitsbewegung von 1848/49 in der Geschichte des deutschen Volkes? Trotz ihres völligen Mißlingens bleibt sie ein Höhepunkt in der Entwicklung des deutschen Nationalbewußtseins, des nationalen Reichsgedankens. Mißlungen war ihr alles: die Freiheit hatte sie nicht erreicht, die Einheit war fragwürdiger als je. Als einzige staatspolitische Errungenschaft von Wert blieb für die Dauer Preußen als konstitutioneller Staat bestehen. Nicht nur der Mangel eines Führers trug Schuld an diesem Mißerfolge. Die traditionellen Energien des von Heine mit dem Fluche beladenen Altdeutschlands, namentlich seiner beiden Großmächte, hatten sich nach der ersten Niederlage zu schnell gekräftigt, als daß sie übergegangen, als daß ihnen der Wille des Volkes aufgenötigt werden konnte. Und die innere Gegensätzlichkeit in den Parteien hatte einen Höhepunkt erreicht, der es nicht zuließ, daß sich die auseinanderstrebenden Elemente zu einer Einheit hätten verschmelzen können. Die Frage, ob Einheitsstaat oder Bundesstaat, blieb in den Kreisen der nationalen Bewegung ungeklärt. Während im Juni 1848 eine Studentenversammlung zu Eisenach begehrte, daß die Universitäten

als die Organe der nationalen Wiedergeburt zum Nationaleigentum erklärt und unter einem Reichsunterrichtsministerium vereinigt würden, faßte der Zener Dozentenkongreß im September den Beschluß, die „individuelle Gestaltung der Kulturorgane“ sei zu erhalten; zwei Reflexe der Bewegungen, die den Reichsgedanken in unitarischer oder bundesstaatlicher Form auffaßten. Wohl hatte der monarchische Gedanke Übergewicht. Es ist bezeichnend, daß in der Eingabe vom 14. Dezember 1848 gegen ein bloß suspensives Veto neben dem Hannoveraner Detmold, einem Gegner des preußischen Kaisertums, und anderen Vertretern der Rechtsparteien sich die Namen des Katholiken von Lasaulx, der Liberalen von Vinde und von Schwerin bis zu Welcker fanden. Aber auch der völlig unitaristische Gedanke einer einheitlichen deutschen Republik wies namhafte Anhänger auf. Er wurzelte nicht allein im volksfremden Wesen. Gewiß machten sich die demokratischen Ideen des Westens in ihm geltend, aber seine Wurzeln reichen auch hinab in das fruchtbare Erdreich des deutschen Idealismus, des sittlich-demokratischen Reichsgedankens Fichtes in der Form der Republik. Gerade die letzten Wochen nach dem Scheitern des erbkaisertlichen Planes offenbarten es, daß sich diese beiden Anschauungen wie zwei fremde Welten gegenüberständen, denn beide hatten ihren literarischen Charakter abgestreift, sie waren politisch geworden. Nur einer besaß die Möglichkeit, den republikanischen Reichsgedanken politisch hinfort wirkungslos zu machen: Friedrich Wilhelm IV. Hätte er sich entschließen können, die Krone aus der Hand des deutschen Volkes anzunehmen und auf diese Weise das „Wunder von 1740“ zu erneuern, dann hätte vielleicht der deutsche Radikalismus, soweit er national dachte, damals sich diesem heroischen Entschlusse gebeugt, bei aller Opposition sich doch praktisch-politisch eingefügt in diese Synthese, die zwischen Volk und Dynastie gefunden war. Preußens König ist die tragische Figur für die Einheitsbewegung geworden, und ein Widerschein dieser Tragik, den auch die Zeitgenossen empfanden, leuchtet aus den zahllosen Karikaturen gerade auf Friedrich Wilhelm IV. bei aller Komik doch dem Beschauer noch heute entgegen. So bleibt die Politisierung der bisher in erster Linie weltanschaulich eingestellten Parteien der einzige große Gewinn dieser Jahre. Das deutsche Volk war endgültig in die politische Epoche seines nationalen Bewußtseins eingetreten. Freilich, sobald es sich um die auswärtige Politik und ihre Imponderabilien handelte, versagten die Männer der Paulskirche; sie waren ganz innenpolitisch eingestellt, erwartend und glaubend, daß die auswärtigen Mächte beglückt die Einheit und Freiheit der mitteleuropäischen Macht als einen Fortschritt der Menschheit begrüßen würden. Noch ragten die letzten Reste des 1806 vernichteten Reichsgedankens in diese moderne Welt hinein, die großdeutschen Katholiken und Friedrich Wilhelm IV. glaubten an eine Wiederherstellung des alten Reiches mit seinem internationalen Charakter. Und schon zeigten sich die aus der Tiefe unseres Volkstums aufsteigenden Kräfte, um auch ihrerseits über Volk und Nation hinaus zu einer internationalen Form zu gelangen. Würde sich der „Ihesus“, der große Mann unserer nationalen Geschichte, finden, der alle diese widerstrebenden Energien, dazu die alten Mächte der Fürsten und Dynastien in seinen Vann zog, die politisch lebendigen Kräfte einte und so ein neues Reich voll Einheit und Freiheit schuf, nachdem der Volkswille gescheitert war? — Die Männer der Paulskirche sind mit dem starken Glauben an unser aufwärts strebendes Volk in die Zukunft gegangen. Obwohl Friedrich Wilhelm IV. dem Willen des Volkes sich versagen mußte, blieb doch die Hoffnung auf Preußen in weiten Kreisen lebendig. Trotz des Scheiterns aller ihrer Pläne sahen viele, die mit der neuen Reaktion wiederum das harte Los der Verbannung oder Flucht aus dem Vaterlande traf — wir denken an Karl Schurz, den Deutschamerikaner —, das Erlebnis dieser vom Volke getragenen Einheitsbewegung als das größte ihres irdischen Daseins an, in dem sie den eigenen Willen ganz hineingefügt hatten in den Willen der Volksgemeinschaft. Der sittliche Charakter des deutschen Idealismus hatte politisch hier einen Sieg errungen, der ihn mit der Gegenwart verbindet: Das Bürgertum war für den nationalen Reichsgedanken gewonnen.

#### V.

Politischer Erfolg war der deutschen Revolution von 1848/49 nicht beschieden, aber als nationale Geistesbewegung, gemessen an der Anschauung des deutschen Idealismus, lebt sie noch heute, denn über alle staatspolitischen Probleme hinausgehend versuchte sie das

Volk auch über die staatlichen Grenzen hinaus als Einheit, als geistige Kraft in der Geschichte zu begreifen und sich gestalten zu lassen.

Selbst ein so scharfer Gegner der selbständigen Volksbewegung wie Friedrich Wilhelm IV. konnte sich ihrem politischen Ziele nicht entziehen. Noch bevor die gemäßigt Liberalen erklärt hatten, daß sie das Verfassungswerk „den gesetzlichen Organen der Einzelstaaten und der selbständigen Fortbildung der Nation“ übergäben, verkündete eine königliche Proklamation am 15. Mai: „Meine Regierung hat mit den Bevollmächtigten der größeren deutschen Staaten, welche sich mir angeschlossen, das in Frankfurt begonnene Werk der deutschen Verfassung wieder aufgenommen. Diese Verfassung soll und wird in kürzester Frist der Nation gewähren, was sie mit Recht verlangt und erwartet: ihre Einheit — — und ihre Freiheit.“ Damit begannen die Versuche von seiten der staatlichen Mächte, das deutsche Problem weiterzuführen. Träger der preußischen Politik war vor allem Radowitj. Ihr Ziel lief darauf hinaus, einen unter preußischer Führung stehenden deutschen Bundesstaat durch einen unlöslichen völkerrechtlichen Bund mit der österreichischen Monarchie zu einer Union zu vereinigen, also das Werk Heinrichs von Gagern wieder aufzunehmen. Es sind Pläne, wie sie auch der Freiherr vom Stein, um die Einheit des Volkes zu retten, vertreten hatte, nur daß bei Radowitj an die Stelle von Österreich Preußen als die führende deutsche Großmacht getreten war. Diese Unionspolitik hätte Österreich endgültig seinen maßgebenden Einfluß auf die Geschichte des deutschen Volkes genommen, Preußen zur führenden Macht in dem deutschen Bundesstaat gemacht, ohne die Deutschen Österreichs gänzlich von der Verbindung mit ihm auszuschneiden. Nach der Zustimmung der Kaiserpartei am 26. Juni zu Gotha war Preußen der liberal-nationalen Bewegung bei seinem politischen Vorgehen sicher. Die Radikalen freilich versagten sich ihm. Immer schärfer wurde der Gegensatz zwischen beiden Gruppen. Aber auch auf seiten der alten staatlichen Gewalten stieß die preußische Politik bald auf harten Widerstand. Das erstarkende Österreich war nicht gewillt, auf seinen Einfluß in Deutschland zu verzichten. Dann sträubten sich auch Hannover und Sachsen gegen die beschlossene Einberufung eines Reichstages. Bayern mußte beide Königreiche und auch Württemberg auf seine Seite zu ziehen, und in Preußen selbst fand die Unionspolitik von Radowitj heftige Gegner in der am Hofe mächtigen Kreuzzeitungspartei unter der Führung der Gebrüder Gerlach und des scharfsinnigen Stahl, die auch die kirchlichen Kreise hinter sich hatten. Ihnen bedeutete die Einheitsbewegung von 1848/49 als vom Volke gegen die bestehende legitime Gewalt ausgehend den „Abfall von Gott“. In dieser Weltanschauung fühlte sich der König durchaus mit dieser einflussreichen Gruppe homogen. Bereits 1850, während zu Erfurt das Parlament der Unionspolitik treu gebliebenen Staaten tagte, war die Stellung Preußens unentschieden. Sie wurde diplomatisch weiter erschwert, als Schwarzenberg seine Aufforderung an die deutschen Fürsten verschickte, für den 10. Mai Bevollmächtigte für den Bundestag nach Frankfurt zu senden, die eine neue provisorische Zentralgewalt bilden und eine Revision der Bundesverfassung erreichen sollten. Als er zwei Monate später sogar den Versuch machte, einen Ausgleich der Machtinteressen durch einen Dualismus durchzusetzen, indem Preußen und Österreich gemeinschaftlich die Herrschaft führen, das Präsidium am Bundestag abwechselnd innehaben sollten, wofür als Gegengabe der Unionspolitik zu entsagen war, da gaben die Wissenden schon die Hoffnung auf, daß Preußen unter diesem und der Konservativen Druck im Ernstfalle seiner Politik treu bleiben werde. Die Krisis trat in ihr letztes Stadium, als Rußland sich der Union abgeneigt zeigte, und als Österreich, Bayern und Württemberg im Oktober ein Schutz- und Trutzbündnis miteinander schlossen. Die Lage in Kurhessen verschärfte sich noch weiter. Der Bundestag hatte sich vorbehalten, „alle zur Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes in Kurhessen erforderlich werdenden Anstalten zu treffen“, d. h. eventuell mit bewaffneter Macht in einem Lande einzugreifen, das noch zur Union gehörte und ganz in der Interessensphäre von Preußen als Bindeglied zwischen seinen östlichen und westlichen Provinzen gelegen war. Trotz der Zusammenziehung der Truppen, der auch der Prinz von Preußen zustimmte, um „unsere Schmach“ zu vermeiden, versicherte Preußen zu Olmütz am 28. und 29. November, daß es in Kurhessen kein Hindernis bereiten werde; auch die schleswig-holsteinischen Herzogtümer wurden preisgegeben. 1852 saßen sie sich Dänemark ausgeliefert. Alle Verhandlungen Preußens mit Österreich über eine

neue Verfassung des Bundes führten zu keinem Ziel, nachdem der König seine Positionen geräumt hatte. Am 27. März 1851 forderte Preußen seine Unionsgenossen auf, den Bundestag zu beschiden, der in der alten Form wiederhergestellt wurde. Stahl frohlockte in der Kammer. Der Kampf der Herzogtümer war für ihn „ein Krieg für das neue Europa, das von Frankreich verkündet wurde, für das Europa, was ohne Rücksicht auf historische und Rechtsverhältnisse sich in reine Nationalitätsstaaten auflösen sollte“. Und über das Wesen der Unionspolitik urteilten er und seine Gesinnungsgenossen, „daß Deutschland in zwei Hälften zerfallen wäre, in eine Hälfte des revolutionären Liberalismus und in eine andere Hälfte des brutalen Absolutismus. Die Einheit ist durch das Aufgeben der Union gerade wiederhergestellt worden“. Stahl war einst als Kämpfer gegen die Hegelsche Schule nach Berlin berufen. Eins verband ihn mit seinem großen Gegner: die Wertschätzung des historisch gewordenen Staates, der Institution gegenüber dem Volke, der Nation als dem Subjekte, dem Träger der staatlichen Form. —

Als Arndt 1843 seinen „Versuch in vergleichender Völkergeschichte“ niederschrieb, da sprach aus ihm die Hoffnung: „Deutschland ist wieder erwacht, es wird einem fröhlichen, sonnigen Morgen und Mittag entgegenwandeln und die Macht seiner Lage wird die Erndte sein.“ Die Jahre, die nun folgten, gleichen für den Reichsgedanken nicht dem kommenden Morgen. Als der Bundestag wieder vollzählig beieinander war, da hatte er nichts Eiligeres zu tun, als die Spuren der Einheitsbewegung möglichst schnell zu verwischen. Ein Ausschuß wurde auf Antrag der jetzt wieder einigen beiden Großmächte eingesetzt, der Sorge tragen sollte, „daß in keinem Bundesstaate Institutionen und Zustände bestehen, welche für die innere Ruhe und Ordnung desselben und dadurch für die allgemeine Sicherheit des Bundes bedrohlich sind“. Der sogenannte Reaktionsausschuß begann nunmehr sein Werk. Die Verfassung von neun Mittel- und Kleinstaaten wurde umgestaltet, Bestimmungen gegen Mißbrauch der Pressefreiheit sowie gegen das Vereinswesen erlassen. Wie in Oesterreich setzte jetzt auch in Preußen die Reaktion ein. Schon am 30. Mai 1849 hatte die Regierung ein neues Wahlgesetz für die Zweite Kammer verkündet, in der die Konservative Partei die Mehrheit erhielt. Bei der 1853 neubegründeten Ersten Kammer war die Wahl ganz ausgeschlossen; sie wurde durch königliche Verordnung aus erbberechtigten und lebenslänglichen Mitgliedern gebildet. Eine Korruption des Beamtentums setzte ein, die an die Zeiten Friedrich Wilhelms II. erinnerte. Namentlich das Kirchen- und Schulwesen wurde durch die Reaktion getroffen. Den in freiwilliger oder gezwungener Verbannung lebenden Radikalen erschienen die Ereignisse von 1848 jetzt mehr als je als die schönsten ihres Lebens, weil sie sich uneigennützig und edel im Bewußtsein der Aufgabe für ihr ganzes Volk gefühlt hatten. Nur eine unbedingte Amnestie ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung hätte sie bewegen können, in ihr Vaterland zurückzukehren. In welchem deutschen Staate aber hätte sie damals zur Tat werden sollen? — Erbittert sprach der junge Heinrich von Treitschke dem deutschen Staatsrecht jedes Recht für die Gegenwart ab, weil es Gewalten zu Herrschern mache, „denen jede politische Lebensfähigkeit und jede Gemeinschaft mit der Geschichte und den Bedürfnissen des Volkes abgeht“, die Fürsten und den Adel mit Bajonetten und Bomben, während die Gesellschaftskreise, „denen in Hinsicht auf Bildung und Wohlstand die meiste Lebensfähigkeit innewohnt“, politisch machtlos sind. Die ganze Frage über die politische Zukunft Deutschlands reduzierte sich ihm auf eine reine Machtfrage, ob es gelingt, dem Bürgertum die politische Macht zu verschaffen, sei es durch Selbstvernichtung der herrschenden Klassen, sei es durch Revolution, die eine politische und sittliche Berechtigung haben würde. Staatsform und Freiheit sind für ihn Phrasen, solange kein Volk vorhanden ist, „die einzige Grundlage jeder staatlichen Entwicklung“. Ob Preußen, wenn es auf dem Wege der Demoralisation fortfährt, imstande sein wird, Deutschlands Geschichte zu leiten? Auf diese bange Frage vermag er doch nur die Antwort zu finden, daß, wenn einer der gegenwärtigen Staaten lebensfähig genug ist, unsere Zukunft zu verbürgen, dies n u r Preußen sein könne. —

Bald lebte der Antagonismus zwischen den beiden Großmächten von neuem auf. Preußen hatte den Zollverein durch Abschluß von Handelsverträgen mit dem Auslande weiter ausgebaut. Oesterreich forderte den Beitritt, gegen den Preußen sich sträubte. Der Gegensatz wurde 1853 zunächst überbrückt durch den Abschluß des österreichisch-preussischen

Handelsvertrages. Am Abchlusse des Krimkrieges stand der norddeutsche Großstaat in gutem Verhältnis zu Rußland und Frankreich, während Osterreich isoliert war. Auch am Bundestage überwog der Einfluß Preußens. Die Beziehungen zwischen beiden gestalteten sich immer unfreundlicher, so daß schon aus diesem Grunde die mittelstaatlichen Reformprojekte von seiten Bayerns und Sachsens sich zum Scheitern verurteilt sahen. Preußens Position gewann, als bei der Erkrankung des Königs der Prinz von Preußen erst zum Stellvertreter, dann am 7. Oktober 1858 zum Regenten ernannt wurde. Zunächst der Verfassung abgeneigt, stellte er sich dann fest auf ihren Boden. Der Kreuzzeitungspartei hatte sich der Prinz verhaft gemacht durch sein Festhalten an der preußischen Unionspolitik. Das reaktionäre Ministerium Manteuffel-Westphalen wurde alsbald von ihm entlassen, ein liberales unter dem Prinzen Anton v. Hohenzollern-Sigmaringen trat an die Stelle, deren Mitglieder alle gemäßigkt konservativ, d. h. konstitutionell, oder altliberal eingestellt waren. Das Land frohlockte. Die Wahlen führten eine große Majorität der ministeriellen Partei herbei, so daß eine ruhige Entwicklung gesichert schien. Das Verhältnis zu Osterreich wurde noch gespannter, als Preußen in dem italienischen Kriege 1859 die Neutralität wahrte und die Wiener Hofburg dieser Haltung die Schuld an der Niederlage zuschrieb.

Der italienische Krieg hatte von neuem die völlige Ohnmacht Osterreichs, die Unvereinbarkeit seiner Interessen mit den deutschen gezeigt. Von neuem erwachte die nationale Agitation, die auch in dem vergangenen Jahrzehnt nie ganz geruht hatte. Die Spaltung der nationalen Bewegung in Großdeutsche und Kleindeutsche blieb bestehen. Großdeutsch empfanden vor allem die Deutsch-Osterreicher; ihre Absicht ging dahin, den Einheitsstaat in einen Bundesstaat umzuwandeln, so daß sie Glieder beider Bundesstaaten geworden wären, wenn auch Deutschland von Wien aus beherrscht würde. Nur durch eine solche Herrschaft Osterreichs glaubten sie auf die Dauer ihr Volkstum gegenüber den fremden Nationen wahren zu können. Es sind die gleichen Gedankengänge, die einst Stein dazu veranlaßt hatten, an der Oberherrschaft Osterreichs in dem zukünftigen Deutschland festzuhalten. In Preußen dachten die konservative Partei und ein großer Teil des Heeres ebenfalls großdeutsch. Der Widerwille gegen die preußische Vorherrschaft führte die Mittelstaaten fast alle in dieses Lager. Großdeutsch war die Einstellung aller katholischen Kreise in der Hoffnung, daß das Haus Habsburg die internationale Machtstellung des alten Kaisertums in Mitteleuropa wieder erneuern werde. Mit dieser Erwartung trafen zusammen demokratische Kreise Süd- und Mitteldeutschlands, die schon einen großen mitteleuropäischen Staatenbund mit deutscher Spitze sich entfalten sahen und die den Schwerpunkt des deutschen Volkstums ganz nach dem Südosten, nach dem Balkan zu verlegen wollten. Während einerseits konservativ-ständische und legitimistische, dem Geiste der Romantik entsprungene Anschauungen für die Mehrzahl der Großdeutschen ausschlaggebend waren und der Wille, das ganze deutsche Volk in dem neuen Reiche zu vereinen, selbst wenn fremde Nationalitäten mit hereingenommen wurden, so spielte andererseits bei den machtpolitischen, wenn auch ideologischen Zielen zustrebenden Demokraten die Abneigung gegen das starke dynastische Preußen eine große Rolle. Beide aber sahen in Preußen nicht ein natürlich und organisch gewachsenes Staatesgebilde, sondern einen künstlichen, mit den Mitteln des Beamtentums und des Heeres zusammengehaltenen Mechanismus, dessen Lebenskraft nicht die Weite ihrer Welten erfaßte. Demgegenüber erschienen die Kleindeutschen allerdings beschränkt in ihren Zielen, aber ihre Anschauung war nüchterner, der Wirklichkeit angemessener. Als die wichtigste Angelegenheit der Nation galt ihnen die Herstellung eines machtvollen Staates, selbst auf die Gefahr hin, daß zunächst die Deutschen Osterreichs ausgeschlossen blieben. Unvereinbar war mit ihrem Nationalbewußtsein die Aufnahme des österreichischen Einheitsstaates in Deutschland, zumal er 1855 durch den Abschluß des Konfordsats sich ganz klerikal eingestellt hatte. Denn dieses kleindeutsche Lager umfaßte vor allem die norddeutschen Protestanten, mit Ausnahme Sachsens. Das liberale Bürgertum fand hier seinen Platz. Die aufstrebenden Kräfte in Wissenschaft und Technik, Industrie und Handel waren hier vertreten. In den Kleindeutschen lebte ein gutes Stück von dem kühl überlegenden, rationalen Geiste der norddeutschen Aufklärung weiter, aber in ihnen war auch der Wille der Freiheitskriege, des deutschen Idealismus und der preußischen Reform eine höchst wirksame Lebenskraft ge-



blieben. Selbst die Führer der sozialistischen Kreise, die Marx und Engels, die Lassalle und Schweitzer, dachten kleindeutsch. Beide Lager befanden sich 1859 in Kampfstellung gegeneinander. Während die Großdeutschen dauernd zwischen Österreich und Preußen zu vermitteln, den deutschen Bund zu reorganisieren, ein Bündnis zwischen beiden Mächten gegen Napoleon zu erreichen suchten, sah die Mehrzahl der Kleindeutschen in Österreich jetzt den unbarmherzigen Gegner Preußens, im Hause Habsburg den Erbfeind Deutschlands. Vielen wurde es klar, daß nur das Schwert zwischen beiden entscheiden könne. Bismarcks Anschauung freilich, daß Preußen mit Italien und Napoleon sich gegen Österreich wenden und so gleich die Entscheidung bringen müsse, wagte damals in der Öffentlichkeit niemand zu vertreten. Doch wurde für die Kleindeutschen diese politische Lage der Anlaß, nunmehr engeren Zusammenschluß miteinander zu suchen. Schon seit 1853 hatte der Herzog Ernst II. von Koburg mit Hilfe von Gustav Freytag und Max Dunder einen literarisch-politischen Verein gegründet, um die Regierungen, die der deutschen Sache aufrichtig zugetan seien, zu unterstützen, den Nationalgeist zu heben, das Volk zu belehren, konstitutionelle Ideen zu verbreiten. In ganz Deutschland hatte er eine große Tätigkeit entfaltet. Erweitert und vertieft wurde sie jetzt durch die Begründung des deutschen Nationalvereins, in dem sich die Liberalen unter Bennigsens und Miquels Führung sowie die gemäßigten preußisch-thüringischen Demokraten unter Schulze-Delitzsch zusammenfanden. Er hielt fest an der Reichsverfassung von 1849, forderte eine einheitliche Zentralgewalt und ein deutsches Parlament. Wenn Preußen, so heißt es, die Interessen Deutschlands nach jeder Richtung wahrnimmt, so wird das deutsche Volk gewiß vertrauensvoll die Zentralgewalt dem Oberhaupt des größten reindeutschen Staates übertragen sehen. Der Nationalverein gab keinen Teil des deutschen Bundesgebietes preis, er erkannte auch die deutschen Provinzen Österreichs als natürliche Bestandteile des Vaterlandes an und wollte sie mit Deutschland vereinigen. Aber er wollte sich durch sie auch nicht abhalten lassen, die Einigung des übrigen Deutschlands, d. h. ohne sie, anzustreben. Der Erfolg war groß, obwohl der Verein in beiden Hessen und Mecklenburg verboten, in Sachsen und Hannover verfolgt, in Preußen ablehnend betrachtet wurde. Auch in Süddeutschland konnte er keine Popularität gewinnen. In ihm hatte das Bürgertum einen Sammelpunkt gefunden. — Seine ergreifendste Gestaltung fand der nationale Reichsgedanke in der Schillergedenkfeier am 10. November 1859. In den folgenden Jahren blieben diese Tendenzen lebendig in den Sängers-, Schützen- und Turnfesten. Gewiß fehlte es bei diesen Volksfesten nicht an hohlem Pathos, an sentimentaler Schwärmerei, an phylisterhafter Selbstberäucherung, aber sie sind doch eine Darstellung des Nationalbewußtseins jener Jahre, die dazu beigetragen hat, den Willen zur politischen Einheit zu stärken und in immer breitere Kreise zu tragen. Auch auf ihnen wurde immer wieder die Anschauung lebendig, daß Deutschland und Österreich zusammen gehörten, daß ihre gemeinsamen Gegner Frankreich und Rußland seien, daß dagegen England als konstitutioneller Staat ihr natürlicher Verbündeter sei. Als das wirksamste publizistische Organ, das solche Ideen der Öffentlichkeit unterbreitete, gestalteten sich jetzt die „Preußischen Jahrbücher“. Heinrich von Sybel aber verkündete 1861, daß nach der Auseinandersetzung „die unaufhörliche Allianz mit Österreich erster Grundsatz der auswärtigen Politik“ sein müsse. Als diese Worte geschrieben wurden, da sollte bald ein Mann an die Spitze der preußischen Politik treten, der diese Auseinandersetzung als die unumgängliche Vorbedingung für den politischen Einfluß Preußens in Deutschland ansah: Otto von Bismarck.

## VI.

Zwei Tatsachenreihen stehen in der deutschen Geschichte zu Beginn des neuen Jahrzehnts: der Konflikt in Preußen zwischen Krone und Parlament, die Vorschläge Österreichs für eine Bundesreform. Wohl lebten in zahlreichen Herzen noch die romantischen Erinnerungen an das alte Reich, an das Imperium mit seinem internationalen Machtbereich, mit seinem Kaiser als dem weltlichen Oberhaupt der Christenheit. Auch in protestantischen Kreisen brach sich der übernationale, der rein menschliche Charakter des deutschen Volkes wieder Bahn. Emanuel Geibel's „Deutschlands Beruf“ klang 1861, erinnernd an die Gesinnung Fichtes, mit den Worten aus:

„Und es mag am deutschen Wesen  
Einmal noch die Welt genesen.“

Männer wie Karl Christian Bland und Konstantin Frantz, die heute wieder hervorgeholt werden, errichteten Ideale von einem deutschen Berufsstaat oder einem deutschen Föderalismus, der anderen Völkern als Muster dienen sollte, und sie vollendeten wohl den Bau in einer Gesamtstaatenordnung, in einer Weltfriedensordnung, die als „wahrhaftes Reich des Rechts“, wiederum mit den Worten und in dem Glauben Fichtes, von den Deutschen ihren Anfang nehmen sollte. Aber die nationalen Gruppen waren in ihrer Breite doch gefeit gegen derartige ideale Forderungen, die in der harten Welt der Tatsachen keinen Grund und Boden fanden. Sie verlangten nach einem nationalen Reiche, nach einer Tat, nach einem Staate, nach einem Manne, die fähig und bereit waren, der Nation die Einheit zu schaffen. Seit 1849 war den preußischen Liberalen die Ausscheidung Österreichs aus Deutschland geläufig geworden. Die süddeutschen Liberalen dagegen standen einer Hegemonie Preußens mißtrauisch, ablehnend gegenüber, sie suchten nach wie vor Schutz bei Österreich; ihnen erschien es vielfach als Kleinmut, „Österreich nicht an sich zu ziehen und regenerieren zu wollen“. Während die preußischen Liberalen es weder im preußischen noch im deutschen Interesse fanden, der fortschreitenden Konsolidierung Italiens entgegenzutreten, war bei der österreichischen Einstellung eine italienfreundliche Politik geeignet, „den Süden von einem aus Berlin zu dirigierenden Deutschland unaufhaltsam“ hinwegzudrängen. Die Verfassung von 1849 hatte bereits „historischen Nimbus“; sie kam den Deutsch-Österreichern entgegen, gab den Gothaern den preußischen Kaiser, den Demokraten die Grundrechte, den Großdeutschen die Verbindung mit Österreich. So charakterisierte Heinrich von Sybel im Februar 1861 aus München die Lage. Obwohl es mehr nach seinem Wunsch gewesen wäre, wenn Preußen die Führung der Bewegung in konservativem Sinne ergriffen hätte, schien es ihm doch bei der Lage der Dinge jetzt unmöglich zu sein, zur Erreichung des Ziels ohne ein deutsches Parlament etwas auszurichten. Weil Preußen daniederlag, bot ihm jenes das einzig durchgreifende und wirksame Mittel zur Durchführung liberaler und nationaler Tendenzen.

In Preußen hatte die erwartungsvolle Stimmung bald umgeschlagen. Das Herrenhaus stellte sich allen Forderungen der Liberalen entgegen, selbst die Regulierung der Grundsteuer wurde von ihm verworfen. Für das preußische Militärwesen war noch die Gesetzgebung von 1814 bis 1820 maßgebend. Obwohl die Bevölkerung seitdem von 11 auf 18 Millionen sich erhöht hatte, war die Zahl der jährlich ausgehobenen für das stehende Heer die gleiche geblieben. Das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht bestand nur noch dem Namen nach. Statt der jungen Mannschaft mußten die Familienväter der Landwehr ersten Aufgebots bei den Mobilmachungen einberufen werden. Das Offizierkorps der Landwehr, das nur zu bestimmten Übungen verpflichtet war, besaß nicht die gleiche Kriegstüchtigkeit wie das aktive. Die jährliche Aushebung sollte deshalb von 40 000 auf 63 000 Mann erhöht werden; ein Plan, der eine finanzielle Mehrbelastung von jährlich 9½ Millionen Taler zur Folge hatte. Die Bedeutung der Landwehr trat bei dieser Vermehrung des stehenden Heeres zurück. Zu der Durchführung der Reorganisation wurde Noon als Kriegsminister berufen, politisch ganz in konservativen Bahnen wandelnd. Der Prinzregent fühlte sich mit dem Plane persönlich auf das engste verbunden. Die Gegner beriefen sich auf die finanziellen Lasten, die das Volk aufbringen mußte, sie wandten sich gegen die Absicht, das Institut der Landwehr anzutasten, die ihnen als das eigentliche Volksheer galt. In ihr waren bis zur Gegenwart liberale Tendenzen lebendig, und die Opposition fürchtete, nicht mit Unrecht, daß in dem einheitlichen Offizierkorps eine einseitig konservative, wenn nicht reaktionäre Staatsgefinnung sich bilden würde. So bewilligte die Session des Landtages 1860 zunächst nur ein Provisorium. In der folgenden brach der Kampf von neuem aus, aber noch einmal wurden die Kosten als Extraordinarium genehmigt. Inzwischen war Friedrich Wilhelm IV. am 2. Januar 1861 gestorben, der bisherige Regent als König Wilhelm I. am 18. Oktober zu Königsberg gekrönt. Bei den Neuwahlen trat zum erstenmal die deutsche Fortschrittspartei mit ihren Aufrufen hervor. Die Aufrechterhaltung der Landwehr und die Einführung der zweijährigen Dienstzeit wurden gefordert. Die Opposition war so stark, daß nach kurzer Zeit das Haus von neuem aufgelöst wurde. Der König vollzog bei der Zusammensetzung eines neuen Ministeriums den ersten Frontwechsel nach der konservativen Seite. Die Neuwahlen brachten wiederum

eine Niederlage der Regierung. Schneidend klang es jetzt in dem Wahlausruf der Fortschrittspartei: Die Volksvertretung muß „ohne Rücksicht auf die Posten der leitenden Staatsmänner unabhängig und entschlossen das verfassungsmäßige Recht des Volkes“ wahren; es handle sich nur um das eine, „nicht zu weichen vom verfassungsmäßigen Rechte“. Aus der sachlichen war eine prinzipielle Gegnerschaft geworden. Das Haus strich alle Kosten der Organisation. Wollte der König bei seinem Willen beharren, dann blieb nichts anderes übrig, als einen Mann an die Spitze des Ministeriums zu berufen, der entschlossen war, den Kampf mit der Opposition und der öffentlichen Meinung aufzunehmen, unerschütterlich an der Seite seines Königs zu stehen, was auch kommen möge.

Dieser Mann war Otto von Bismarck, seit Mai preussischer Gesandter am Hofe Napoleons III. Er war damals noch Altpreuße durch und durch. Das gesamt-nationale Gefühl trat ganz zurück hinter der preussisch-egoistischen Politik, Preußen mächtig in Deutschland zu erhalten. Er war Gegner der Bewegung von 1848/49 mit ihren Folgen in Preußen, aber er war niemals, selbst nicht in der Zeit, als er der Kreuzzeitung so nahestand, gewillt, den „Legitimitätschwindel“ der Gerlach und Stahl mitzumachen. „Treu bis in die Bendée“ seinem König gegenüber, fühlte er gegenüber allen anderen Fürsten keine „Spur von Verbindlichkeit“. Noch im Jahre 1850 war Bismarck für die Politik von Olmütz eingetreten, hoffend, daß eine gedeihliche Entwicklung des Deutschen Bundes und eine Machtentfaltung Preußens in ihm mit Österreich möglich sei. Als er seit dem 18. August 1851 Preußen als Gesandter am Bundestage vertrat, erkannte er bald, daß ein Zusammengehen mit Österreich zu den politischen Unmöglichkeiten für Preußen gehöre. Die Jahre in Frankfurt waren ein unaufhörlicher Kampf mit Österreich. Süden und Norden schienen ihm durch eine tiefe Kluft getrennt zu sein: dort katholisches, hier protestantisches Leben. Bevor Bismarck im April 1859 von Frankfurt schied, legte er in einer großen Denkschrift sein Programm dar: die Unmöglichkeit, daß beide Großstaaten im Bunde blieben, ohne daß Preußens Interessen litten, den unausbleiblichen Konflikt mit Sabsburg, die Verpflichtung Preußens, seinem deutschen Verufe treu zu bleiben. In dieser Erkenntnis und in der Anschauung, daß der Bundestag nicht Deutschland darstelle, lagen schon damals Quellen politischer Einsicht, die dem Strome der nationalen Bewegung zuflossen. Ihr sowohl als auch der ganzen öffentlichen Meinung galt Bismarck bei der endgültigen Übernahme des Ministeriums als Ministerpräsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten am 8. Oktober 1862 als der feudale Reaktionär, der vor dem Staatsstreich nicht zurückschrecke, um Preußen in das absolutistische Lager zurückzuführen. Sie waren überzeugt, daß es ihm nur um ein Großpreußen zu tun und daß er imstande sei, dieses Ziel wegen die deutsche Sache selbst an das Ausland zu verraten. Die Liberalen sahen in ihm den Totengräber des Hauses Hohenzollern, den Wegbereiter der Revolution. Nur wenige schlossen sich dem Glauben Heinrich v. Sybels an, daß, wer Napoleon gegenüber der deutschen Nation das Gefühl einer würdevollen, klaren und festen Vertretung gewinnt, im Süden wie im Norden die Geister beherrschen würde.

Zunächst konnte dieser Wunsch nicht in Erfüllung gehen, denn Bismarck trat in der inneren Politik Preußens ein Erbe an, dessen Resultat noch nicht zu übersehen war. Wenige Tage nach seiner Ernennung wurde die Session geschlossen. Die Regierung erklärte im Abschied, sie würde sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen, wenn sie die Heeresreform zurückzöge; sie sähe sich in die Notwendigkeit versetzt, den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorgesehene Unterlage zu führen, und hoffe, daß die Aufgaben seinerzeit die nachträgliche Genehmigung des Landtags erhalten würden. Schwer erschüttert, aber unbeugsam stand sein König Bismarck zur Seite, als im Januar 1863 die neue Session des Abgeordnetenhauses eröffnet wurde. Bereits am 2. September erfolgte wieder die Auflösung des Hauses. Die Bewegung im Lande war außerordentlich. Liberale Kreise rechneten mit dem Ausbruch einer Revolution, falls es nicht gelänge, den Sieg über Bismarck zu erringen. Die Prekordomanz vom 1. Januar 1863 berechtigte die Verwaltungsbehörden, Zeitungen nach zweimaliger Verwarnung zu unterdrücken. Eine neue Reaktion schien eingeleitet zu werden. Der Gegensatz ergriff auch das königliche Haus. Der Kronprinz erklärte in einer Rede zu Danzig, keinen Teil an dieser Verfügung zu haben, und erbot sich, seine Ämter niederzulegen. Ein Sturm der Entrüstung wegen des

Verfassungsbruches ging durch das Land. Der größte Teil des Volkes stand gegen den Herrscher und seinen verhassten Ministerpräsidenten. Die Krisis erreichte ihre Höhe, als die Neuwahlen ausgeschrieben wurden. Auch sie führten keinen Wandel herbei. Als die schleswig-holsteinische Frage zur Entscheidung drängte, wurde die beantragte Kriegsanleihe abgelehnt. Preußens Regierung und Volk lagen miteinander in heftigem Kampf, als Bismarck sein Werk begann.

Während dieser Jahre des inneren Konflikts in Preußen hatte Österreich versucht, seine Machtposition zu stärken. Die Verhandlungen Frankreichs mit dem Zollverein 1860 gedachte es dazu zu benutzen, um selbst Mitglied des Zollvereins zu werden oder ihn zu sprengen. Allein der Versuch mißlang schließlich, so daß ein neuer Zollvereinsvertrag am 16. Mai 1865 geschlossen werden konnte. In den leitenden Kreisen der Hofburg machten sich konstitutionelle Regungen bemerkbar, die den Ungarn Wiederherstellung ihrer alten Verfassung, den übrigen Völkern der Monarchie neue Landesordnungen versprachen; ein Versprechen, das 1861 durchgeführt wurde. Bei allen inneren Zwistigkeiten zwischen den Nationen dieses Staates hatte doch sein Vorgehen des Eindruckes bei den deutschen Mittel- und Kleinstaaten nicht verfehlt. So konnte der Kaiser Franz Joseph eine Einladung zu einem Fürstentage nach Frankfurt auf den 16. August 1863 erlassen zu dem Zwecke, gemeinsam über eine Reform der Bundesverfassung zu beraten. König Wilhelm lehnte ab. Trotz aller Aufforderungen blieb er auf den eindringlichen Rat Bismarcks hin bei dieser Ablehnung bestehen. Als ihm die Beschlüsse zugestellt wurden, forderte Preußen seinerseits gleich Österreich ein Vetorecht gegen den Bundeskrieg, das Alternat mit ihm im Präsidium, und es schlug außerdem vor, ein deutsches Parlament aus direkten Wahlen einzuberufen. Der Versuch Österreichs auf eine Bundesreform war mißlungen.

Am 5. August 1863 hatte Heinrich von Treitschke während des dritten deutschen Turnfestes in seiner Rede zur Erinnerung an die Leipziger Völkerschlacht frohlockend auf die Einheit des zu neuer Kraft erstarkten Bürgertums hingewiesen. Alles war während des verfloffenen halben Jahrhunderts im deutschen Volke verwandelt; nur eins nicht: der deutsche Staat verharrte trotz aller Bemühungen in der losen Form eines völkerrechtlichen Bundes, den selbst die Mattherzigen nur als notwendiges Übel zu verteidigen wagten. Treitschke erschien dieser Zustand wie ein „trauriges Wunder“, aber er hatte den frohen Glauben an sein Volk, daß es mutig und kühn die Stunde ergreifen werde, die ihm die politische Einheit erkämpfen hieß. Aber wie zerspalten und innerlich zerrissen war in Wirklichkeit dieses Volk. Schroff standen sich nicht nur Konservative und Liberale gegenüber, die Liberalen waren selbst in sich uneins; die jetzt bereits stark doktrinären Demokraten standen abseits, bei ihnen galt wieder die politische Freiheit höher als die politische Einheit und Macht. Wiedereinander kämpften die staatlichen Mächte um die Erhaltung ihres Einflusses: Österreich wider Preußen, die Mittelstaaten gegen die überragende Geltung einer Großmacht, die ihre junge Souveränität gefährdet hätte. Als sich Österreich und Preußen noch einmal zu der ernstesten Aktion gegen Dänemark vereinigten und bei dem Bundesrat beantragten, ihr zuzustimmen, da lehnte dieser den Antrag ab. Nicht einmal in der schleswig-holsteinischen Frage war eine Geschlossenheit des Deutschen Bundes zu erzielen. Und als der Krieg siegreich beendet war und es sich um das endgültige Schicksal der beiden Herzogtümer handelte, da brach von neuem der Zwiespalt in die Reihen der Liberalen ein. Für und wider Augustenburg, für und wider Preußen wurde eine Schicksalsfrage dieser Monate. Auch zwischen Österreich und Preußen drohte bei dem Problem um die Zukunft Schleswig-Holsteins der Konflikt auszubrechen. Die Konvention von Gastein vom 14. August 1865 führte zwar noch einmal durch die Teilung des Kondominiums einen friedlichen Ausgleich herbei, allein die Spannung zwischen den beiden Mächten nahm bald wieder einen solchen Grad an, daß jeder mit einem Kriege zwischen ihnen und damit auf eine endgültige Auseinandersetzung rechnete. Die beiderseitigen Rüstungen dauerten fort, und als Ende April 1866 die Nachricht nach Wien gelangte, daß das seit dem 8. April im Bunde mit Preußen stehende Italien angeblich zum Kriege rüste, da erfolgte auch die Mobilisierung der österreichischen Südmarmee. Italien machte in der Tat mobil. König Wilhelm befahl die preußische Kriegsbereitschaft. Die Mittelstaaten verkündeten zum Teil den Mobilmachungszustand ihrer Truppen. Und doch wollte niemand im Volke den Krieg.

Als das Abgeordnetenhaus am 9. Mai aufgelöst wurde, erregte sich die öffentliche Meinung Preußens stürmisch wider den „Bruderkrieg“. Nur wenige sahen es, daß die Stunde gekommen sei, die Treitschke herbeigesehnt hatte. Die preußischen geheimen Reformvorschläge in Frankfurt vom 11. Mai fanden zunächst eine nicht ungünstige Aufnahme, aber alle Vermittlungsvorschläge über die Herzogtümer scheiterten. Die inneren Zustände in Osterreich hatten eine Gestalt angenommen, in der ein Krieg allein noch als Ausweg aus den Schwierigkeiten empfunden wurde. Er schien um so mehr Aussicht auf Erfolg zu haben, als bereits seit 1863 Verhandlungen zwischen Wien und Paris stattfanden, die auf eine Teilung Deutschlands in die Interessensphären der Nachbarländer hinausliefen. Schlesien sollte an Osterreich fallen, die Ostprovinzen Polen erhalten, Frankreichs Macht bis an den Rhein vorgeschoben werden. Die von der Kaiserin Eugenie eingefädelten Verhandlungen, die auch später mit Preußen versucht wurden, ohne auf Gegenliebe zu stoßen, begannen also bereits zu einer Zeit, als Bismarcks auswärtige Politik selbst in ihren Anfängen noch nicht eingeseht hatte. Indem nunmehr Osterreich die Entscheidung des Bundes in der schleswig-holsteinischen Frage beantragte, protestierte Preußen gegen eine derartige Einmischung und entsandte am 10. Juni seinen Bundesreformentwurf, dessen erster Artikel lautete: „Das Bundesgebiet besteht aus denjenigen Staaten, welche bisher dem Bunde angehört haben, mit Ausnahme der österreichischen und niederländischen Landesteile.“ Als daraufhin der österreichische Antrag auf Mobilisierung des Bundesheeres angenommen war, erklärte Preußen den Bundesbruch für vollzogen. Wenige Tage vorher hatten die österreichischen Minister dem Kaiser Napoleon erklärt, sie würden keinen Widerspruch gegen eine Territorialveränderung erheben, die „aus den Rheinprovinzen einen neuen deutschen unabhängigen Staat machen würde“. So standen die bisherigen Bundesstaaten widereinander im Kampfe. Die Waffen mußten über das zukünftige Schicksal Deutschlands entscheiden. Der staatsmännischen Kunst Bismarcks gelang es, Frankreich in diesem Waffengange auszuscheiden, zu vermeiden, daß es, wie so oft, Deutschlands Schicksal bestimme.

Einsam stand der Mann in seinem Volke da, der den preußischen Staat an diese Entscheidungsstunde herangeführt hatte. Selbst seine Mitarbeiter befanden sich im Zweifel darüber, wohin Bismarcks Wege gingen. Noch 1865 konnte der junge Radowitj nicht daran glauben, daß er in der deutschen Politik wirklich und aufrichtig auf das hinaus wolle, „das mir nun einmal allein als das Ziel aller preußischen Kraftentwicklung erschien: neuer Aufbau eines großen Deutschlands unter Preußens Führung und eventuell den Weg dahin durch Krieg mit Osterreich“. Ihn und mehr noch den Grafen Goltz, den preußischen Botschafter in Paris, packte immer wieder die Sorge, daß Bismarck in erster Linie ein reaktionäres inneres Regime festlegen wolle und die Beziehungen zu Osterreich, zum Deutschen Bunde sowie zu dem ganzen Auslande so gestalte, wie er sie zu diesem Zwecke am besten gebrauche. Ähnlich war auch die Stimmung der liberalen Kreise. Sie sahen beim Ausbruch des Krieges in Bismarck den verhassten Staatsmann der inneren Politik, der sich dem Willen der Mehrheit des Volkes widersetze, der bereit war, alle Waffen ins Feld zu führen, um einem liberalen Preußen nach ihrem Sinne für immer den Weg zu verbauen. Sie bedachten nicht das Wort eines der Helden, Hermann Baumgartens, vom 11. Mai 1866: „Preußen sollte gewiß bedenken, welche Überlegenheit ihm heute in Europa Bismarck schafft, wie selbstmörderisch es ist, wenn es unbefehle seine Wut gegen den Mann kehrt, vor dem alle Feinde Preußens zittern.“ Und war es nicht richtig, wenn er ausführte, daß ein liberales Ministerium diesen Krieg schwerlich bei der Dynastie, dem Adel und der Militärpartei durchsetzen, vielleicht auch vor der Verantwortlichkeit zurückschrecken werde? Bismarck nahm diese Verantwortlichkeit allein auf seine Schultern ohne die Unterstützung der populären Kräfte, der öffentlichen Meinung. Die Liberalen stellten die Partei über ihr eigenes Vaterland. Unter der jubelnden Zustimmung des ganzen deutschen Volkes sollte ein liberales Preußen den Weg zur Einheit bahnen, nun traf die Stunde ein Preußen des Konfliktes, ein widerwilliges Volk, das grollend beiseite stand. So brach die neue Zeit heran, die Zeit der neuen Reichsgeschichte, ohne daß seine ursprünglichen Wegbereiter im Siegeszuge schritten; sie verlangten vielmehr die Entlassung des Mannes, der sie heraufgeführt hatte. Der Liberalismus jener Tage hatte jede Stärkung des preußischen Staates, solange er nicht in seinen Bahnen wandelte, als einen Verlust für Deutschland betrachtet.

Nur wenige waren von der Erkenntnis durchdrungen, daß allein die politische Macht den Gegner, sein Sieg Österreich zwingen werde, auf seinen beherrschenden Einfluß in Deutschland zu verzichten. Jetzt schuf der eine, der diese Staatsgewalt in sich verkörperte, allein durch sie und mit ihrem Werkzeug, dem preußischen Heere, das Moltkes Genie in wenigen Tagen zum Siege führte, durch eine Revolution von oben die Grundlage des neuen Reichs. Und als die Tat vollbracht war, da gab Radowiz der allgemeinen Stimmung Ausdruck, die in den meisten preußischen Herzen lebte: „Man erlebte an sich und um sich, von Stunde zu Stunde, die Entwicklung der größten Ereignisse, welche wir noch gekannt haben, größer als selbst die hoffen durften, denen es am lebendigsten vorgeschwebt hatte, daß dieser Weg und nur dieser der Weg sei, der uns zum Ziele führen müsse.“ —

Der Norddeutsche Bund war in der Tat die erste feste Grundlage eines neuen, auf nationaler Basis aufgebauten Reiches. Mit dem Prager Frieden vom 27. August 1866 war Österreich aus Deutschland ausgeschieden und hatte zugesagt, der durch Preußen neu zu gestaltenden Organisation der deutschen Verhältnisse zuzustimmen. Bismarck hütete sich, die Machtbefugnisse des neuen Bundesstaates von Anfang an auf Süddeutschland auszu dehnen: zu stark waren in Bayern und Württemberg gleich nach dem Kriege die inneren Widerstände gegen das mächtige Preußen, das im Gegensatz zu den rein deutschen Staaten des Südens gern als ein halbslawisches Gebilde angesehen wurde. Man hatte dort die Verdienste Preußens um die deutsche Sache in den Freiheitskriegen vergessen; man hatte es dort auch vergessen, daß der deutsche Idealismus und die deutsche Romantik gerade im Nordosten, im preußischen Staate, eine eigenartige Heimstätte gefunden hatten, daß Potsdam und Weimar örtlich, aber auch geistig näher beieinander lagen als Weimar und München. Zu stark waren auch die Bedenken Bismarcks im Hinblick auf Frankreich und die napoleonische Interventionspolitik, als daß es geraten schien, gleich das letzte Ziel, die einheitliche Gestaltung des ganzen außerösterreichischen Deutschlands, zu verwirklichen. Die heftigsten Gegner in Norddeutschland, Hannover, Kurhessen und Nassau, wurden annektiert, ihre Fürstenthümer depofidert, die alte Reichsstadt Frankfurt a. M. und die Herzogtümer Schleswig-Holstein in Besitz genommen. Die Zerrissenheit zwischen den östlichen und westlichen Provinzen Preußens war beseitigt. Die deutschen Nord- und Ostseeküsten waren im wesentlichen jetzt in preußischem Besitz. Die übrigen norddeutschen Staaten hatten bereits am 18. August sich verpflichtet, mit Preußen ein enges Bundesverhältnis abzuschließen, dessen Verfassung auf einem Parlamente vereinbart werden sollte. Schon mit seinen letzten Bundesreformvorschlägen hatte Bismarck gezeigt, daß er nicht gesonnen sei, sich in völligen Gegensatz zu der nationalen Volksbewegung zu bringen. Das neue Parlament sollte hervorgehen aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen und am 24. Februar 1867 als konstituierender Reichstag des Norddeutschen Bundes zusammentreten. Aber Bismarck war nicht gewillt, ihm die Arbeiten der Verfassung zu überlassen. Sie lag dem Reichstag bereits als fertiger Entwurf vor, im wesentlichen ein Werk Bismarcks. Verzichtend auf alle theoretischen Probleme, wie das Frankfurter Parlament sie in den Grundrechten behandelt hatte, suchte sie den tatsächlichen Machtverhältnissen gerecht zu werden, sie mit sicherer Hand gegeneinander abzuwägen und zu vereinen. Die Vertretung nach außen wurde Bundes sache. Dem Bunde blieben vorbehalten die Gesetzgebung über Heer und Flotte, die Zoll- und Handelspolitik, das Verkehrswesen innerhalb des Bundes, die Gesetzgebung über Münze, Maß und Gewicht sowie einzelne Teile des Rechtslebens. Alles andere, namentlich die Kulturpolitik, blieb Sache der Einzelstaaten. Eine Zentralgewalt wurde nicht eingesetzt, die Leitung des Bundes lag vielmehr bei der Gesamtheit der „Verbündeten Regierungen“, deren ausführendes Organ der Bundesrat war. Das Bundespräsidium hatte Preußen, das auch den Bund nach außen vertrat und den Oberbefehl über Heer und Flotte führte. Die Vertretung der Nation bildete der Reichstag, dem der Bundeskanzler als einziger ausführender Minister des Bundes verantwortlich war. Jede weitere Anpassung an die konstitutionelle oder unitarische Form stieß bei Bismarck auf hartnäckige Ablehnung. Anträge auf die Einrichtung von Bundesministerien und von direkten Bundessteuern fanden nicht seine Zustimmung. Am 17. April 1867 konnte die Bundesverfassung proklamiert und der Reichstag geschlossen werden. Mit dem 1. Juli trat der neue Bund ins Leben. Die süd- deutschen Staaten hatte Bismarck durch Schutz- und Trutzbündnisse mit ihm verbunden,

die wirtschaftliche Gemeinschaft von ganz Deutschland außer Osterreich wurde durch den Zollverein aufrechterhalten. Es waren doch bereits feste Klammern, die des preußischen Staatsmannes Hand um die deutschen Staaten gelegt hatte. Sein Hauptwerk richtete sich zunächst auf die Stärkung des eigenen Staates. Nur ein mächtiges Preußen konnte die Bahn weiterverfolgen, die er eingeschlagen hatte. Der innere Konflikt wurde beendet, Indemnität erbeten, das parlamentarische Recht des Volkes anerkannt. Bismarck hatte den Zusammenhang mit der nationalen und liberalen Bewegung wiedergewonnen, ohne ihr weitergehende Rechte zuzugestehen. Die Einzelstaaten waren ihm verpflichtet, indem er wichtige Gebiete der inneren Politik ihnen selbständig ließ. Wo aber, wie in Sachsen, allzu resolute Machtpolitik der militärischen Gewalten Platz greifen wollte, wußte er durch rechtzeitiges Eingreifen Verstimmungen zu beseitigen, den alten Gegner mit der neuen Lage auszuöhnen. Andererseits war er in der Lage, etwaige zu starke Betonung der Sonderinteressen seitens der Mittel- und Kleinstaaten durch den Reichstag in die gehörigen Schranken zu weisen; er wußte es, daß die nationale Bewegung derartige Tendenzen im Keime erdrücken würde. Der Reichstag bildete für ihn ein Gegengewicht gegen den einzelstaatlichen Partikularismus im Bundesrat. Es lag ihm fern, etwa den liberalen Gedanken einer parlamentarischen Regierung sich auswirken zu lassen: Er wollte allein Herr im Hause sein. Mit der Beseitigung der Augustenburgischen Ansprüche, mit der Annexion der deutschen Staaten, mit dem Ausschlusse Osterreichs und mit der Begründung des Norddeutschen Bundes hatte Bismarck das positiv-historische Recht verlassen, weil das Wohl und Interesse des deutschen Volkes für diese revolutionären Entschlüsse von oben her sprach. Das Wohl und Interesse des deutschen Volkes, der Reichsgedanke, war jetzt einen engen Bund mit den Interessen der Machtpolitik des preußischen Staates eingegangen.

Schon die Einheitsbewegung von 1848/49 war auf die Abneigung der Nachbarstaaten gestoßen, eine Einmischung nur vermieden, als der werdende deutsche Staat sich lebensunfähig zeigte. England und Rußland hatten sich in der schleswig-holsteinischen Frage einer deutschfreundlichen Lösung entgegengestellt. Rußland, obwohl mit dem preußischen Königshause in nahen und freundschaftlichen Verwandtschaftsverhältnissen stehend, sah den Machtzuwachs des Nachbarstaates doch mit scheelen Augen an. Napoleons Pläne waren durch Bismarcks Politik zunichte geworden. Das preußisch-italienische Bündnis besaß keine Lebensfähigkeit. Osterreichs Politik konnte den Ausschluß aus der deutschen Interessensphäre nicht vergessen, und sie hatte nach wie vor starke Anhängererschaft in den süddeutschen Staaten und in den katholischen Volksteilen. Das Wort des päpstlichen Staatssekretärs Antonelli bei der Nachricht von dem preußischen Siege bei Königgrätz: „Die Welt stürzt in Trümmer“ hatte seine Gültigkeit selbst für weite katholische Kreise des preußischen Staates. Außen- und innerpolitische Kräfte stellten sich also dem neuen Bundesstaate feindlich gegenüber. Sie bildeten für Bismarck eine Einheit. Nicht um ein Primat der inneren oder äußeren Politik handelte es sich bei seinem schöpferischen Genius, sondern stets darum, alle Fäden der äußeren und der inneren Politik so in seiner Hand zu behalten, daß aus ihrer gemeinsamen Lösung die größtmögliche Machtentfaltung und Sicherheit seines Werkes hervorging.

Freilich, die auswärtige Politik Bismarcks war es, die für die weitere Einigung die Bahn freimachte. Bei den diplomatischen Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich über die Befetzung des spanischen Königsthrones durch einen Hohenzollernfürsten merkte die nationale Bewegung alsbald, daß es sich nicht um dynastische Interessenpolitik handle, sondern daß ihr eigenes, das nationale Problem hier einer Lösung entgegengeführt werden mußte, daß kein deutscher Staat, keine deutsche Dynastie sich ihr entziehen konnte, wenn sie nicht ihre Existenzberechtigung aufgeben wollten. Auch die bayerische Regierung mit den sie stützenden katholischen und partikularistischen Gliedern des Landtages sah sich im Juli 1870 außerstande, ihre anfängliche Linie, daß der Bundesfall nicht gegeben sei, innezuhalten. Der Norddeutsche Bund in seiner weiteren Gemeinschaft mit den süddeutschen Staaten bestand die Feuerprobe seiner Daseinsberechtigung. Ganz Deutschland zog geeint in den Kampf. Eine Wiederkehr der politischen Lage von 1756 wurde vermieden trotz aller Bemühungen der Gegenspieler. Vermieden wurde es auch, daß wie in den Freiheitskriegen die Begründung der deutschen Einheit an auswärtige Bundesgenossen gebunden blieb. Stark und mächtig in sich allein konnte Deutschland sein Ziel erreichen.

Schon um die Jahreswende 1869/70 hatten in London Aussprachen über ein norddeutsches Kaisertum stattgefunden. Irgendwelche politischen Maßnahmen riefen sie in Bismarck nicht hervor. Noch zu Beginn des deutsch-französischen Krieges legte er sich in der Kaiserfrage strengste Zurückhaltung auf. Am 4. August ließ er erklären, daß die Zeitungen, die vor der Gewißheit des Sieges von der Kaiseridee sprächen, die deutsche Politik schädigten, die süddeutsche Bundesgenossenschaft störten. Bismarck schonte besonders die Empfindsamkeit Ludwigs II. von Bayern, er scheute aber auch die Eifersucht der europäischen Großmächte Österreich, England und Rußland. Mitte August war es die tiefe Überzeugung des Volkes, „daß Deutschland jetzt an Stelle der Verträge mit den süddeutschen Staaten die Staatseinheit in Form des Bundes gewinnen werde. — Das Volk mit seinen großen Instinkten setzt als vollzogen voraus, was es eifrig erfaßt hat“. Das Vertrauen der großen Mehrheit war jetzt auf den Mann des deutschen Schicksals gerichtet: „Wer die Ausführung des großen Werkes begonnen hat, der ist zunächst berufen und gewiß auch entschlossen, sie zu vollenden.“ Dieser Aufforderung Lasfers, der bereit war, sie mit seinen Freunden im Süden zu unterstützen, an Bismarck vom 15. August folgte die Tat. Sedan, wiederum wie Königgrätz die Tat Moltkes, brachte das Kaiserprojekt in eine immer breitere Öffentlichkeit. Die norddeutsche liberale und süddeutsche fortschrittliche Presse erörterten es. Lebhaft wurde der Wunsch geäußert, der König von Bayern möge die Initiative ergreifen. Aber auch Sorgen wurden laut. Die einen, die Anhänger der preußisch-friderizianischen Tradition, die Nur-Preußen, fürchteten, daß der werdende preußisch-deutsche Bundesstaat zu einer völlig neuen, ganz modernen Schöpfung sich ausgestalten werde, die dem alten liebgewordenen Staate Eintrag tue; die andern konnten sich der Furcht nicht erwehren, daß mit etwaiger Anknüpfung an das römisch-deutsche Kaisertum auch die alten imperialistischen Tendenzen von neuem erwachen würden. So trat nun auch Bismarck aus der bisherigen Zurückhaltung heraus. Ein Brief an den Großherzog von Baden sprach es offen aus: „Kaiser und Reich müssen die Folgen dieses Krieges sein; denn nur auf diesem Wege ist eine gute Entwicklung der deutschen Zustände zu erwarten.“ Aber wieviel Widerstände galt es noch zu überwinden, bevor das Ziel vollendet dastand. Stark waren sie im preußischen Königshause. König Wilhelm I., dynastisch eingestellt, ganz preußisch und konservativ, erst dann deutsch denkend, ohne daß sich eine innere Einheit zwischen beiden Ideentreifen in seiner schlichten Persönlichkeit gefunden hätte, widerstrebte solchen deutschen Zielen, auf die er, ganz anders als sein Vorgänger, nie ein Augenmerk geworfen hatte. Wie er dachten viele Mitglieder des Hauses. Am 18. Januar 1871 schrieb ihm seine Schwester Alexandrine: „Ich sehe es als ein notwendiges Übel an, denn wir Preußen können uns nicht so sehr darüber freuen.“ Sein Sohn dagegen, der liberal gesinnte Kronprinz Friedrich Wilhelm, lebte und webte in unitarischen Plänen, die mit der sicher abwägenden Realpolitik Bismarcks nicht vereinbar waren. Und wieviel schwieriger politischer Verhandlungen bedurfte es, um König Ludwig II. zu dem entscheidenden Schritte zu bewegen, der zu der Kaiserproklamation zu Versailles am 18. Januar führte: „Wir übernehmen die kaiserliche Würde mit dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes zu verteidigen.“ Als der Traum von einer neuen deutschen Herrlichkeit sich erfüllt hatte, da schrieb Hermann Baumgarten: „Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt nehmen?“ Und als ob er das Kommende prophetisch vorausgeahnt hätte, fügte er die Worte hinzu: „Der große Mann wird uns eine große Not hinterlassen.“ —

Deutschland hatte seinen Theseus gefunden, der, wie Hegel geglaubt hatte, allein es aus seiner Not und Zerrissenheit retten, allein ihm den Reichsgedanken verwirklichen, das Reich schaffen konnte. Bismarcks alleiniges Werk war dieses Reich. Er war der Zwingherr zum Reich. Die Kräfte, mit denen er den Bau vollbrachte, waren die moralisch-politischen Energien Preußens seit den Tagen Friedrichs des Großen, sein Heer und sein Beamtentum, die immer wieder durch das Gesetz ihres Lebens gezwungen wurden, für Deutschland zu sorgen; es waren die Interessen der Bundesstaaten, die er seinem Willen dienstbar gemacht hatte, und es war die nationale Bewegung im Volke selbst, die sich seiner



Politik gefügt hatte, spät, aber doch nicht zu spät erkennend, daß sie bereit sein müsse, der Einheit des Vaterlandes jedes andere politische Ziel zu opfern. Ihre allein vom Volke ausgehenden Einheitsbestrebungen hatten 1848/49 Schiffbruch gelitten. Die Reformbestrebungen der Dynastien auf der Grundlage des Deutschen Bundes waren bei dem österreichisch-preussischen Gegensatz zum Scheitern verurteilt. 1866 mußte vorangehen, bevor das Reich 1871 durch Bismarcks Genius neu erstand, dem mit dem Frankfurter Frieden vom 10. Mai Elsaß-Lothringen als unmittelbares Reichsland einverleibt wurde. Am 16. April 1871 konnte die Verfassung des Deutschen Reiches sanktioniert werden, die sich im wesentlichen auf der des Norddeutschen Bundes aufbaute. Württemberg erhielt militärische und geringe postalische Reservatrechte, Bayern außer ihnen auch Sonderrechte auf dem Gebiete der Steuern, der Post, der Telegraphie und der Eisenbahn zugebilligt. Bismarck lag damals alles daran, daß die Dynastien, mit denen sich ihm die von ihnen regierten Länder eng verbunden zeigten, in ihren Empfindungen und Traditionen geschont würden, soweit es mit der Idee des Bundesstaates vereinbar war. Das Reich kam den Regierungen mit Vertrauen entgegen. Sein Schöpfer wollte alles verhüten, daß etwa das Reich als ein verlängertes Preußen, „als eine lediglich preussische Institution“ angesehen würde. In ihm hatte sich während dieser Jahre, anders als bei Kaiser Wilhelm I., eine innere Einheit zwischen seiner ursprünglich rein preussischen Staatsgefinnung und seinem deutschen Nationalbewußtsein, seinem Reichsbewußtsein vollzogen, die sich freilich, scharf festhaltend an der Idee des Bundesstaates, stets bemühte, in ihrer Auswirkung beiden Komponenten ihre Rechte zu sichern. Verfassungsmäßige Bedenken und Rücksicht auf die alliierten Souveräne waren es, die ihn bewogen, 1873 in einer Sitzung des preussischen Staatsministeriums sich auf das entschiedenste dagegen zu wehren, dem preussischen Kriegsminister das Amt eines Reichskriegsministers und damit „dem Staate Preußen in so offenkundiger Weise die Gesamtleitung des Reichskriegswesens zu übertragen“. Jede Bewegung auf einen Einheitsstaat hin galt ihm in diesen Anfangsjahren des neuen Reiches als eine Gefahr für seinen Bestand. Groß und gewaltig waren die Aufgaben in der äußeren und inneren Politik. Jede mittelalterlich-imperialistische Machtpolitik wurde von Kaiser Wilhelm I. und Bismarck schroff abgelehnt. Die letzten Jahre hatten es bewiesen, daß die deutsche Einigung nicht eine rein innere Angelegenheit der Nation, sondern daß sie abhängig und bedingt sei durch die außenpolitische Stellung der Großmächte. Das deutsche Reich führte eine völlige Verschiebung in dem bisherigen europäischen Staatensystem und eine neue Verteilung der Macht herbei. Bisher war Deutschland vielfach das Objekt der europäischen Politik gewesen: die Gegensätze zwischen Österreich und Preußen und die Verstärkung der Mittelstaaten auf ihre souveräne Würde hatten die Kräfte der mitteleuropäischen Macht oft lahmgelegt. Das deutsche Reich war jetzt auf dem Kontinente das politisch-militärisch bedeutsamste Subjekt geworden, sein Lenker der erste Staatsmann Europas, ja der Welt, dessen weiteren Plänen die Regierungen mit Spannung und Furcht entgegen sahen. Bismarck hatte erkannt, daß die Machtstellung des preussischen Staates in Deutschland und damit im europäischen Staatensystem überhaupt sowie die Einigung Deutschlands sich nur auf dem eingeschlagenen Wege vollziehen ließ, aber nachdem die Begründung dieses deutschen Machtstaates im Zentrum Europas, seine Befreiung von allen fremden Einflüssen erreicht und er in der Tat eine auf seinen eigenen Gesetzen ruhende Größe geworden war, hatten seine außenpolitischen Maßnahmen niemals den Zweck, neue Kriege vorzubereiten oder neuem Ländererwerb nachzugehen, sondern sie waren stets darauf bedacht, die politische Gesamtsituation von Europa so zu gestalten, daß alle Mächte außer Frankreich Deutschlands bedürften, von Koalitionen gegen das neue Reich durch ihre Beziehungen zu einander nach Möglichkeit abgehalten wurden. In jener europäischen Gesamtsituation hatte aber neben den andern auch die Großmacht Frankreich durchaus ihren Platz für die Politik des neuen Reiches. Er wies es nach dem Kriege weit von sich, etwa eine neue Regierung in Paris zu schaffen und dann das Land über den Haufen zu werfen, wissend, daß auf diesem Schritte die Sympathien des friedensbedürftigen Europas ihn nicht begleiten würden. Sicherheitspolitik für das deutsche Reich durch Verhütung der Wiederverkehr einer Koalition von 1756 gegen Preußen, Friedenspolitik für den europäischen Kontinent: das sind bis zu seiner Entlassung die Richtlinien der auswärtigen Politik Bismarcks in allen

ihren Wandlungen gewesen. Gewiß, diese Friedenspolitik war diktiert von dem Grundsatz, daß jede große Macht sich nur von ihren eigenen Interessen beraten lassen könne, aber in ihr lag doch auch ein gutes Stück Verantwortungsbewußtsein für die gesamteuropäische Kultur und ihr Staatensystem, für die moralisch-politische Einheit, die in ihr zum Ausdruck kam. Träger dieser Einheit waren für Bismarck nicht in erster Linie die Völker und Nationen, sondern die Staaten. Ihre Erhaltung und Sicherung bedeutete für ihn wie für Hegel ein Werk der sittlichen Menschheitskultur. Die Erhaltung und Sicherung seines eigenen Staates auch in innenpolitischer Hinsicht mußte für ihn in erster Linie stehen, weil er deutlich die Gefahren sah, die seine Schöpfung von innen heraus zu untergraben drohten.

Als das Reich begründet wurde, standen viele Kreise einem deutschen Nationalbewußtsein noch fremd gegenüber, und in sich selbst war es zerrissen. Die Erziehung zum Staate, zu einem Staate, der zugleich Großmacht war, hatte sich bisher nur in Preußen durchgesetzt. Staatsgefinnung, wie sie einst Schleiermacher gefordert hatte, „fromme Hingabe an den Staat“, mußte erst wachsen in den Einzelstaaten, wo sich das Wesen des Staates noch allzusehr mit einer oft recht kleinbürgerlichen, untertänigen Anhänglichkeit an die Dynastie gleichsetzte, und diese Staatsgefinnung mußte sich erweitern zum Reichsgedanken und zum Reichsbewußtsein. Bismarck war sich dessen bewußt, daß eine solche Gefinnung sich nicht künstlich von oben herab heranzüchten lasse. Als im April 1871 zahlreiche Petitionen den Großherzog von Baden angegangen hatten, „bewirken zu wollen, daß die Wiedererrichtung des Deutschen Reichs alljährlich durch ein allgemeines deutsches Volks- und Kirchenfest gefeiert werde“, da antwortete Kaiser Wilhelm I. mit einem Erlasse an den Reichskanzler, daß es auch ihm eine ungemaine Befriedigung gewähren würde, „wenn das Andenken an die von den Großtaten des letzten Krieges untrennbare Wiedererrichtung des Deutschen Reiches von dem deutschen Volke aus freiem Antriebe im Gefühle ihrer Bedeutung als Ursprung einer neuen Epoche des nationalen Lebens durch besondere Kundgebungen neu geweckt werden sollte“; so „würde die Feier sich natürlich aus eigener Sitte der Nation zu einem wahren Volksfeste gestalten“. Aber irgendwelche Anordnungen von seiten der Regierung schienen ihm mit Recht nicht angemessen zu sein. Erweckung und Läuterung des nationalen Bewußtseins, enge Verbindung des Reichsgedankens mit der Geschichte der Stämme und Staaten, mit dem Heimatbewußtsein: hier lagen Aufgaben vor, durch deren Lösung wohl auch das Leben der Nation, namentlich der akademischen Führer, einen neuen Inhalt nehmen konnte. Das Volk, die Nation mußten es seelisch an sich empfinden, an ihrem Dasein es erleben, welche moralischen und politischen Werte das neu erstandene Reich für sie in sich berge. Aber wie war die Wirklichkeit? Als der Versuch gescheitert war, das Reich im Innern und Außen sich dienstbar zu machen, ging die neugebildete katholische Fraktion, das Zentrum, unter Windthorst und Reichensperger, stets im inneren Widerspruche zu der kleindeutsch-protestantischen Gründung stehend, offen in das Lager der Gegner über. Die sozialistischen Radikalen hatten in der Bewegung der vierziger Jahre und jetzt während der Einheitskämpfe keinen Erfolg erringen können: zu stark war der nationale Einschlag. Aber in den „Gründerjahren“ seit 1872 und in dem darauffolgenden Rückgange der Industrie war es ihnen gelungen, große Scharen von Arbeitern an sich zu ziehen. Wohl hatte Lassalle versucht, der sozialdemokratischen Bewegung die Tendenzen eines nationalen Machtstaates nahezubringen, aber der Internationalismus von Marx und Engels war schon übermächtig geworden. Bereits 1875 konnte die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands begründet werden, deren Ziele auf dem internationalen kommunistischen Manifeste aufgebaut waren. Ihre Stellung gegenüber dem nationalen Reichsgedanken war feindlich. Polen, legitimistische Hessen und Welfen, die höfischen und demokratischen Partikularisten konnten nicht anders als Gegner des neuen Reiches sein. Selbst extrem kirchliche Konservative fehlten nicht in ihren Reihen während der Jahre, in denen Bismarck die liberale Linie verfolgte. Die Opposition gegen das neue Reich richtete sich hier vornehmlich gegen den revolutionären Weg, den Bismarck eingeschlagen hatte, als den Widerspruch zu der legitimistisch-göttlichen Ordnung, und gegen den Liberalismus als jene Weltanschauung, die mit dem religiösen Leben des evangelischen Christentums gebrochen hatte. Als der bekannte Hallenser Philologe Wilhelm Herbst 1882 seine Erinnerungen aus

der Zeit seiner Zugehörigkeit zu der Bonner Burschenschaft Fridericia niederschrieb, empfand er es als den tiefsten Mangel der vierziger Jahre, daß die Burschenschaft damals als Träger des nationalen Staatsinteresses in der deutschen Studentenschaft sich zum Teil bewußt von jeder christlich-religiösen Weltanschauung abgewandt hatte, daß der unpersönliche Charakter der Hegelschen Schule die Gemüter beherrschte. Was hier von der Burschenschaft gesagt wird, trifft für den nationalen Liberalismus von den dreißiger bis in die achtziger Jahre überhaupt zu. Die Massen seiner Anhänger standen den religiösen Problemen dieser Jahrzehnte völlig fern. Seine Führer betonten einseitig und stark das Protestantische des evangelischen Glaubens, die objektiven Kulturbewußtseinsinhalte gegenüber dem Katholizismus, fanden im günstigsten Falle eine persönlich-religiöse Lebensform gemäß ihrer individualistischen Eigenart, aber das religiöse Gemeinschaftsbewußtsein der Kirche, das den ursprünglichen Liberalismus eines Schleiermacher und Arndt ausgezeichnet hatte, war ihm verlorengegangen; eine Tatsache, die für die Entwicklung der deutschen Reichsidee im Gegensatz etwa zu der englischen von folgenreicher Bedeutung geworden ist. Als das Reich geschaffen war, herrschte im Lager der protestantischen Theologie heftige Fehde zwischen dem kritischen Liberalismus und der positiven Rechten, die für die nächsten Jahrzehnte das Einheitsbewußtsein in diesen Kreisen zerstörte. Während jener Ernst machte, alle Erkenntnisse von der Immanenz der menschlichen Kultur für das religiöse Leben auszuwerten, den Zusammenhang mit dem deutschen Idealismus aufzunehmen, ohne daß es ihm gelang, auf die Massen Einfluß zu gewinnen, zog sich diese auf die massive Theologie des 17. Jahrhunderts zurück, ohne ihrerseits den protestantischen Teil der Nation dem religiösen Leben wieder zuzuführen. Niemals war die Geistigkeit des deutschen Menschentums mehr in Gefahr, sich zu verlieren, sich in Einzelkenntnisse und Einzelkritik aufzulösen, als in den siebziger und achtziger Jahren, den Jahren des politischen Machtgedankens und der Vergötterung des Staates, der nunmehr nach einem jahrhundertlangen Ringen dem deutschen Volke durch den einen Mann geschenkt war.

Ob wohl der Schöpfer der Einheit der kritischen Lage des deutschen Gedankens sich bewußt war, als er nun daran ging, das Reich innerlich auszubauen, dessen äußere Sicherheit er, soweit Menschen es vermochten, durch seine allen Gegenspielern überlegene Staatskunst verbürgt hatte, ob er in diesen Jahren die Überlegenheit des Staates im Vergleich zu dem seelischen Zustande und der geistigen Lage des Volkes für so ausschlaggebend hielt, daß er es nicht nur mit Recht unterließ, bürokratische Maßnahmen für einen Wandel auf diesem Gebiete zu treffen, sondern es auch verschmähte, eine Kulturpolitik großen Stils durch Schulen und Universitäten als den Erziehungsanstalten der deutschen Staaten treiben zu lassen? — Im Hinblick auf die kommenden Jahrzehnte und auf die Gegenwart will es doch scheinen, als ob hier Unwiederbringliches verabsäumt wurde. Die Tätigkeit einzelner akademischer Lehrer, die, wie Heinrich von Treitschke, ihre Hörer den liberalen und den konservativen Gedanken für das Leben des Staates als zwei einander bedingende und ergänzende Tendenzen erfassen ließen, vermochte doch nicht jenen bewußten Willen zu ersetzen, der, von dem leitenden Staatsmann ausgehend, allmählich alle Kreise ergriff und sie von einem materiell abgestimmten äußeren Rationalbewußtsein zu jener geistigen Gesinnung erzog, die es wagte, trotz aller Gegensätze doch die natürliche und sittliche Einheit des Volkstums zu setzen. Freilich, die heutigen Bemühungen um ein Reichsschulgesetz offenbaren die Schwere, vielleicht die Unmöglichkeit dieser Aufgabe für unser Deutschland. Eins ist sicher: Bismarck empfand es sehr bald, wohl schon gleich nach dem Kriege, daß der bürgerlich-nationale Liberalismus in seiner Position zu schwach war, als daß er dauernd genügen konnte für die innere Geschlossenheit des Reiches, wie es 1871 geschaffen war. Diese Erkenntnis konnte ihn nur in der Bahn bestärken, die er seit der Konfliktzeit aus seiner eigenen Anschauung heraus beschritten hatte: alles zu tun, um die Macht der Staatsidee zu erhöhen.

Die Fortbewegung dieses Aufbaues vollzog sich im Reiche und in Preußen unter der starken Hand des Schöpfers zunächst in liberalem Sinne. Dies konnte um so leichter geschehen, als auch die linken Parteien von ihrem ursprünglichen Ziele, dem Einheitsstaate, dessen Folge ein Bruch des Reichsgrundgesetzes gewesen wäre, zunächst ganz abgesehen hatten. In Preußen kennzeichneten die Kreisordnung von 1872 und die Provinzialordnung von 1875 den neuen Kurs. Beide, ein gemeinsames Werk des Nationalliberalen v. Sneyd und des

Konserverativen Grafen Fritz Eulenburg, führten das Prinzip der Selbstverwaltung weiter durch und bildeten ebenso wie die Erbschaftssteuer- und Einkommensteuergesetze von 1873 eine Fortführung der Reformen im Stein'schen Sinne. Damals wie jetzt war die konserverative Partei Gegner dieser Entwicklung. Die Arbeit des Reichstags vollzog sich insbesondere auf die Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse, soweit für sie Maßnahmen von Seiten des Reiches sich als notwendig erwiesen. Im Münz- und Bankwesen, in Maß und Gewicht wurde im ganzen Reiche durch die Gesetze von 1873 bis 1875 die Einheit durchgeführt, die schon das Zollparlament gefordert und in Angriff genommen hatte. Im Jahre 1873 gelang es auch, das Reichseisenbahngesetz und die Tarifreform vorbereiten sollte. Die Bildung des Weltpostvereins im Jahre 1874, eine Schöpfung des genialen Generalpostmeisters Stephan, war ein Werk von internationaler Größe. Das Impfgesetz wurde 1875 für das ganze Reich durchgeführt. Die Preßzustände regelte nach langwierigen Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Reichstag das Preßgesetz von 1874. Auch auf sozialem Gebiete zeigten sich bereits die ersten Anfänge: das Haftpflichtgesetz von 1871 für die Eisenbahn-, Bergwerk- und Fabrikbetriebe, die Regelung des Hilfskassenwesens 1876. Im Seerwesen war die Einheit in der Ausbildung garantiert. Auch die Rechtseinheit in ihm wurde bereits 1872 durch das deutsche Militärstrafgesetzbuch geschaffen, eine notwendige Folge des 1870 erlassenen, über das ganze Reichsgebiet ausgedehnten bürgerlichen Strafgesetzbuches. Die Rechtseinheit kündigte sich an in dem Reichsgericht zu Leipzig, der obersten Revisions- und Kassationsinstanz für alle Bundesstaaten.

So hatte auf vielen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Reichsgedanke sich durchgesetzt. Er lebte nicht nur in der Idee, sondern er war Wirklichkeit in diesen Jahren geworden. Selbst auf dem Gebiete der Verwaltungsorganisation des Reiches zeigte sich eine Annäherung zwischen Bismarck'scher Anschauung und dem alten liberalen Gedanken der selbständigen Reichsministerien. Zunächst war im Reichskanzleramt die ganze Verwaltungstätigkeit des Reiches mit Ausnahme der Admiralität vereinigt. Jetzt wurden das Generalpostmeisteramt, das Reichseisenbahnamt und das Reichsjustizamt sowie die Abteilung für Elsaß-Lothringen vom Reichskanzleramt abgetrennt, aber nur als Organe des allein verantwortlichen Reichskanzlers. Trotdem war der erste Schritt zur Errichtung von Reichsministerien getan. Auch die nationalliberale Partei dachte zunächst nicht daran, den zweiten weit schwierigeren zu ihrer Vervollständigung zu tun, in der Erkenntnis, daß vorläufig die Einheitlichkeit der Leitung das Notwendige sei und daß Bismarck's überragende Persönlichkeit die Gewähr für die sachliche Erledigung der Geschäfte biete. Ein großes nationales Ziel war freilich nicht erreichbar, das Reich in seinen Finanzen auf eigene Füße zu stellen; ein Problem, dessen Lösung während der nächsten Jahrzehnte dauernd zu Mißheiligkeiten führte. Aber so sehr alle jene glücklichen Erfolge den Reichsgedanken und die Reichseinheit förderten, überragt wurden sie an Bedeutung durch das Problem, wie sich die beiden großen, im Prinzip internationalen Mächte, die katholische Kirche und die in stetem Wachstum begriffene Sozialdemokratie, zu dem Bismarck'schen Werke stellen würden, ob es gelingen würde, sie trotz ihrer prinzipiellen Eigenart tatsächlich dem neuen Reiche als mitwirkende Kräfte einzufügen.

Die Stellung der Kurie zu dem preußischen Staate war seit der Niederlage Habsburgs und seit dem Ausschlusse Österreichs aus Deutschland gespannt. Beide Tatsachen bedeuteten schwere Einbußen des Katholizismus in der Mitte Europas. Sie vergrößerten sich noch, als Frankreich in einem Kriege niedergedrungen wurde, zu dessen Ausbruch die französischen Ultramontanen ihr gutes Teil beigetragen hatten. Der päpstliche Stuhl selbst war an den französisch-antipreußischen Koalitionsbestrebungen nicht unbeteiligt. Alle Versuche, den preußischen Staat nach Sedan für die Wiederherstellung des Kirchenstaates zu interessieren oder die Rechte der katholischen Kirche in Deutschland durch die Reichsverfassung zu erweitern, mißlangen, vielmehr wurde bereits 1871 in Preußen die seit dreißig Jahren bestehende Abteilung für katholische Angelegenheiten im Kultusministerium aufgelöst. Die Spannung wuchs, als eine starke Agitation der katholischen Presse einsetzte. Zum endgültigen Bruche mit den Bischöfen kam es infolge des Schutzes, den die preußische Regierung den altkatholisch gewordenen Religionslehrern angedeihen ließ. Statt einer lang-

samen Einfügung der katholischen Volksteile, deren Hoffnung auf Wiedererrichtung des alten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation durch das protestantische Kaisertum zerbrochen war, begann der „Kulturkampf“ zwischen der katholischen Kirche und dem neuen Reich sowie einzelnen seiner Bundesstaaten, namentlich Preußen. Er verschärfte sich von Jahr zu Jahr, erreichte Höhepunkte in dem Gesetz über die Aufhebung des Jesuiten- und verwandter Orden und in dem Schulaufsichtsgesetz 1872 sowie in den Gesetzen des Jahres 1875, dem Sperrgesetz über die Einstellung aller Staatsleistungen an die Bistümer und Pfarreien, dem Gesetz über die Aufhebung der geistlichen Orden und über die Verwaltung der für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Gelder.

Der von Virchow so benannte Kulturkampf war in der Tat ein Kampf um zwei verschiedene, gegensätzliche Kulturen. Schon während seiner Frankfurter Zeit hatte Bismarck der katholischen Kirche als einer in das politische Leben eingreifenden geistlichen Macht feindlich gegenübergestanden. Für ihn war der Staat eine immanente, kraft seiner Souveränität von niemandem abhängige, nach seinen eigenen Gesetzen lebende moralische Größe, die an Wirkungskraft verlor, sobald sie in Abhängigkeit von außer ihr liegenden Gewalten gebracht wurde. Bismarcks Staatsidee konnte eine Bestimmtheit weder durch katholisch- noch durch protestantisch-religiöse Anschauungen kirchlicher Observanz vertragen. Auf katholischer Seite wurde diese Bestimmtheit unermesslich gesteigert durch das vatikanische Konzil 1870, das die Infallibilität des Papstes festsetzte, dadurch den gesamten Katholizismus zu einer Hierarchie mit absolut-monarchischer Spitze, mit Beiseitsetzung aller national-staatlichen Anschauungen zusammenschloß. Die nun vom absoluten Papsttum beherrschte Weltkirche mit ihren reaktionären und zugleich demokratischen Tendenzen, mit ihren geistig-überweltlichen und doch ganz praktisch-politischen Zielen erhob sich gegen das neue Reich, das, auf einem Staate protestantischen Charakters sich aufbauend, gleich ihm die Gleichberechtigung der Glaubensbekenntnisse anerkennend, die Grundanschauung des deutschen Idealismus von der Selbständigkeit aller weltlichen Kultur sich zu eigen gemacht hatte. Die katholischen Teile der Bevölkerung stellten sich entschlossen auf die Seite der Kirche. Jetzt fühlten sie sich erst recht als Fremdkörper im neuen Reiche, als ihre Bistümer unbefestigt blieben, die meisten Pfarreien verwaisst waren, die Sterbenden vielleicht vergebens nach der letzten Dlung verlangten. Der titanenhafte Haß und Zorn Bismarcks sollte die ihm völlig fremde Staatsauffassung des Klerikalismus treffen, er traf das religiöse Leben einer ihm unbegreiflichen Weltanschauung, die nur in dem unmittelbar sichtbaren Zusammenhange alles Irdischen und Göttlichen erfaßt werden konnte. Sein Helfer im Kampfe war die nationalliberale Partei, namentlich der ihr nahestehende preußische Kultusminister Falk. Mit Bedenken standen ihm von Anfang an breite konservativ-ebangelische Kreise gegenüber. Von beiden Seiten, von Bismarck und von den Vertretern des Katholizismus, wurden die schärfsten Maßregeln ergriffen, dort um den Widerstand zu beugen, hier um ihrer Sache zum Siege zu verhelfen. Eine Verwilderung im politischen Leben griff Platz, die für die Entwicklung der nationalen Geschlossenheit des Deutschtums bis auf die Gegenwart verhängnisvoll sich ausgewirkt hat. Ein Religionskrieg konnte keine tieferen Risse in einem Volkstume hervorrufen, als es der Kulturkampf zwischen den nationalen Liberalen und den klerikal-katholischen Volkstreifen getan hat. Immer stärker rückten die Konservativen von Bismarck ab. — Der Versuch des Reichskanzlers, im Parlament sich eine breitere Basis durch die Ausöhnung mit der Fortschrittspartei zu verschaffen, scheiterte. Bennigsen lehnte 1877 einen Ruf in das Ministerium für sich allein ab, sondern forderte die Mitberufung von Forckenbeck und Staußenberg, die Bismarck in den Kampf um die für ihn unannehmbare parlamentarische Regierung gestürzt, die auch niemals die Zustimmung Kaiser Wilhelms I. gefunden hätte.

Die Notlage, in die der Schöpfer des Reiches bei seinem inneren Ausbau sich gebracht sah, ließ sich nicht mehr verkennen: auf der einen Seite die Gegnerschaft des Zentrums, auf der anderen die unerfüllbaren Ansprüche des Liberalismus. Der Verlauf des Kulturkampfes, dessen Abschluß mit Ausnahme der Kreise der politischen und kirchlichen Intoleranz beide Seiten herbeiwünschten, und die immer stärker anwachsende sozialistische Bewegung, deren Bedeutung von den linksgerichteten Kreisen unterschätzt wurde, hatten die Zweifel in ihm verstärkt, ob die weitere Durchführung liberaler Ideen geeignet sei, dem Reichs-

gedanken eine breitere und festere Grundlage zu geben. Bei allen bitteren Kämpfen mit den Anhängern der Kreuzzeitung und der Reichsglocke verbanden ihn doch die natürlichen Fundamente seiner eignen Staats- und Weltanschauung persönlich mehr mit den Konservativen als mit den Nationalliberalen. Den Neubegründungen der deutschen konservativen Partei und der Freikonservativen als Reichspartei stand er nahe. Die letztere unterstrich in ihrer Kundgebung eindringlich die Unterstützung der nationalen Politik des Reichskanzlers, dessen Bedenken gegen die liberalen wirtschaftlichen Doktrinen durch die Krisis sich vermehrt hatten, die seit einigen Jahren die industriellen und agrarischen Betriebe bedrohte. In ganz Europa bestand seit 1874 eine heftige wirtschaftliche Depression. Durch die Erschließung neuer Gebiete in Amerika hatte ein kaum noch erträglicher Preisdruck vor allem auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse eingesetzt, der auch auf anderen Gebieten Absatzschwierigkeiten und Arbeitsunmöglichkeiten heraufführte. Die Eisenindustrie litt schwer in diesen Jahren. Die öffentliche Meinung, ein Teil der Wissenschaft, die Reichstagsmajorität forderten Schutzzölle, auch die Konservativen, deren landwirtschaftliche Betriebe bisher nach dem Auslande exportiert hatten. Im Zentrum überwogen damals noch die agrarwirtschaftlich interessierten Kreise. Es bot sich also eine Möglichkeit, durch die Änderung des wirtschaftspolitischen Kurses, die sich im Hinblick auf die Lage als notwendig erwies, in der Haltung beider Parteien einen Wandel zu erzielen. Die deutsche Handelspolitik befand sich in einem Zustande der Notwehr. Das Zentralland Europas konnte nicht allein dem System der Handelsfreiheit huldigen, wo alle seine Nachbarn die Tore schlossen.

Aber noch mehr als diese handelspolitischen Ursachen trieb Bismarck die Reichsfinanznot zum Kampfe um den erhöhten Tarif von 1879. Seit 1876 machte das Reich Schulden über Schulden; ein Zustand, der für den verantwortlichen Staatsmann unerträglich wurde. „Dem Deutschen Reiche eine mächtige unerschütterliche finanzielle Grundlage zu geben, welche demselben eine dominierende Stellung verleiht und es in organische Verbindung bringt mit allen öffentlichen Interessen in Staat, Provinz, Kreis und Gemeinde, das wäre eine große und würdige Aufgabe, die mich reizen könnte, den letzten Hauch meiner sinkenden Kraft daranzusetzen.“ Mit diesen Worten hat Bismarck damals das Ziel umrissen, das er sich gesetzt hatte. Das Zentrum ganz für diesen Plan zu gewinnen, gelang freilich nicht: es trat zwar für den Schutz Zoll ein, war aber gegen eine Stärkung der Reichsgewalt im Verhältnis zu den Partikularstaaten. Dem Reich wurden von den neuen Einnahmen nur 130 Millionen Mark zugewiesen, während den Bundesstaaten das übrige zufiel. Die augenblickliche Finanznot des Reiches war zwar beseitigt, aber es blieb arm, und der Zustand, daß mitten im Frieden dauernd Anleihen aufgenommen werden mußten, konnte erst 1913 gebessert werden.

Selbst jenes Resultat war erst zu erzielen, als im Juni 1878 der alte Reichstag aufgelöst und die Neuwahlen eine Verstärkung der beiden konservativen Parteien gebracht hatten. Am 11. Mai hatte Hödel auf den alten Kaiser geschossen. Die Tat wurde der sozialdemokratischen Agitation zur Last gelegt. Die Regierung übergab dem Reichstage ein Gesetz zur Bekämpfung der Partei, das jedoch abgelehnt wurde. Da erfolgte wenige Tage später, am 2. Juni, das Attentat von Dr. Nobiling, der den Kaiser so schwer verwundete, daß der Kronprinz mit der Stellvertretung beauftragt werden mußte. Der Reichstag wurde aufgelöst. „Schmach über Schmach war in wenigen Wochen auf den guten Namen des treuen deutschen Volkes gefallen“, so klagt Treitschke über jene Tage. Ein französisches Blatt konnte unserer Nation zürufen: „Warum hassen die Deutschen ihren Kaiser? Und unter uns, die sein Schwert so schwer getroffen hat, haßt ihn niemand!“ Das von neuem vorgelegte Sozialistengesetz kam am 21. Oktober 1878 zustande: Die Konservativen und Nationalliberalen stimmten dafür, das Zentrum und der Fortschritt, die gegen jedes Ausnahmegesetz waren, dagegen. Von Session zu Session wurde es bis 1890 verlängert. Das Gesetz hat seinen Zweck nicht erfüllt. Die Partei schloß sich noch enger als bisher zusammen. Die Organisation bestand im geheimen weiter und vergrößerte sich von Jahr zu Jahr. Die Ausgewiesenen wurden Märtyrer ihrer Anschauung. Der Gegensatz gegen den Staat verschärfte sich in den breiten Massen ihrer Anhänger.

So wenig Bismarck mit dem Sozialistengesetz sein Ziel, die Vernichtung der sozialdemokratischen Partei, erreichte, so sehr ist die Handlung selbst aus dem Bewußtsein heraus

zu verstehen, daß alles geschehen müsse, um den Bestand seines Werkes wie gegen die internationalen Bindungen der Ultramontanen, so auch gegen die wild agitatorischen und anarchistischen Verheerungen der Sozialisten zu schützen, die, durch den groben Materialismus der Gründerjahre mitveranlaßt, nie einen so bedauerlichen Tiefstand in Wort und Tat angenommen hatten wie in jenen Jahren. Das Sozialistengesetz war ein Akt der Notwehr. Und von Anbeginn an war Bismarck entschlossen, dieser negativen Abwehr die positive Bekämpfung eigener sozialer Gesinnung durch das Reich folgen zu lassen. Es ist die soziale Gesetzgebung, deren Programm mit der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 verkündet wurde, unter deren Fortwirkung noch heute das deutsche Volk steht. Wie der Schutzzoll die für die Gesamtheit der Bürger unentbehrlichen Betriebe gegen die Überborteilung durch das Ausland sicherstellte, so gewährte die Versicherung der Arbeiter gegen Unfall und Krankheit, gegen Alter und Invalidität einen wirksamen Schutz für Notlagen, eine sicherere Gestaltung der Lebensverhältnisse. Jetzt wurden die Ideen Bettina von Arnims in ihrem Königsbuch und Arnolds während seiner letzten Jahrzehnte in weit höherem Maße durch das neue Reich verwirklicht. Es erkannte mit dieser Tat die mit der Hand arbeitenden Klassen als einen lebenswichtigen unentbehrlichen Teil der Nation an; nicht im Sinne des Objektes, für das der Staat um seiner selbst willen Sorge trägt, sondern im Sinne der natürlichen und sittlichen Mitträger des Staatsgedankens, im Sinne der Persönlichkeiten, die wertvolle Glieder des Volkes sind. Bismarcks Absicht ging noch weiter: eine einheitliche Reichsversicherungsanstalt sollte der Träger dieser sozial-sittlichen und sozial-politischen Ideen sein, sie sollte Land- und Industriearbeiter in unmittelbare Beziehung zu dem Reichsgedanken, zu dem Reiche bringen, sie zum einheitlichen Staatsbewußtsein erziehen; ein Plan, der jedoch an dem Widerstande des Reichstages scheiterte. Mag auch die Hoffnung des Schöpfers der sozialen Gesetzgebung, durch diese positive Tat der Sozialdemokratie Abbruch zu tun und ihre Anhänger zum guten Teil wieder den bürgerlichen Parteien zuzuführen, sich nicht erfüllt haben, die Wirkung ist nicht ausgeblieben: nicht nur durch die eigene innere Wandlung, sondern auch durch diese soziale Tat des Reiches haben sich die Beziehungen der sozialdemokratischen Partei zur Regierung nach Jahrzehnten so gestaltet, daß diese ihre Vorlagen — es sei an die Verfassungsänderung für Elsaß-Lothringen vom Jahre 1911 erinnert — mit ihrer Hilfe durchzubringen imstande war.

Mit dem Schutzzoll und der Sozialgesetzgebung hatte Bismarck die individualistische Staatsauffassung des Liberalismus verlassen, der auch weite Kreise der National-liberalen Partei huldigten. Nicht das Wohl der einzelnen, das Gedeihen der Individuen war der letzte Staatszweck, sondern das Gesamtinteresse der nationalen Gemeinschaft als eines Organismus, dessen Glieder alle aufeinander angewiesen, einander zum gegenseitigen Dienste bestimmt sind. Der leitende Gedanke dieser deutschen Innenpolitik war der „Schutz der nationalen Arbeit“ in allen Berufsständen. Friedrich Lists leitende Idee der Volkswirtschaft wurde von Bismarck aufgenommen. Für die Verbreiterung des Reichsgedankens hatte diese Reform besondere Bedeutung. Jetzt wurden auch die konservativen, altpreussischen Kreise getreue Helfer Bismarcks. Das Zentrum hatte sich stets in grundsätzlicher Opposition gehalten, jetzt sah es sich zur Mitarbeit herangezogen, und es versagte sich nicht, leistete besonders in der Sozialpolitik, die bald sein eigentliches Lebens-element werden sollte, positive Mitarbeit. Als nach dem Tode des intransigenten Pius IX. im Februar 1878 Leo XIII. den päpstlichen Stuhl bestiegen hatte, glaubte dieser auch seinerseits die Zeit zum Einlenken in dem Kulturkampf gekommen. Die Gesetze aus dieser Zeit wurden allmählich aufgegeben und abgebrochen; als letztes fiel das Jesuitengesetz am 19. April 1917. Zu einer inneren Versöhnung zwischen Bismarck und dem Zentrum ist es nicht gekommen. Es blieb ein rein äußerliches Verhältnis, das der Schöpfer des Reiches nicht mehr entbehren konnte, seitdem 1881 viele Kreise der Nationalliberalen nach links abgewandert waren. Wohl aber fanden das Zentrum und mit ihm die breiten katholischen Teile unseres Volkes durch einflussreiche Führer ein innigeres Verhältnis zu dem nationalen Bewußtsein und zu dem hohenzollernschen Kaisertum; für das Reich und den Reichsgedanken ein Gewinn, der nicht hoch genug anzuschlagen ist.

Mit diesen beiden großen positiven Gesetzgebungen ist der Inhalt der Reform noch nicht erschöpft. Von Anfang an war es Bismarcks Bestreben gewesen, die zentralen Kräfte

gegenüber den auseinandergehenden, den partikularistischen zu stärken, die Reichsgewalt zu konsolidieren. Die Entscheidung nicht nur der auswärtigen Politik, sondern überhaupt in allen großen nationalen Angelegenheiten, auch in den volkswirtschaftlichen Fragen, sollte im Zentrum des Reiches liegen. Wie stark in finanzpolitischen Projekten der partikularistische Wille war, hatte ihm die Entwicklung des Reichseisenbahnplanes gezeigt. Kaum war er an die Öffentlichkeit gebracht, da beschloßen die Mittelstaaten, die über eigenen Eisenbahnbefitz verfügten, jeden Verzicht auf diesen Besitz abzulehnen. Selbst die preußischen Minister Camphausen und Achenbach waren nicht dazu zu bewegen, dem Reiche die preußischen Bahnen abzutreten und so die Reichseinheit zu stärken. Es blieb nichts anderes übrig, als unter dem neuen Minister Maybach auch die preußischen Bahnen wenigstens zu verstaatlichen, so eine einheitlichere Verkehrspolitik möglich zu machen und eine einseitige Kapitalistenherrschaft auf diesem Gebiete abzuwehren. Solche offensichtlichen Mißerfolge konnten Bismarck nur darin bestärken, die Organisation des Reiches weiter auszubauen. Bis 1876 hatte seine ganze innere Verwaltung dem Reichskanzleramt unter der Leitung des Nationalliberalen Delbrück unterstanden. Sein Abgang mußte erfolgen, als Bismarck mit dem liberalen System zu brechen entschlossen war. Der Nachfolger v. Hofmann hatte bereits weniger Befugnisse, da der Kanzler willens war, auch die innere Politik stärker zu beeinflussen. Den äußeren Anlaß zu der Behördenreform im Reiche bot der lange Urlaub Bismarcks während des Jahres 1877. Es stellte sich das Bedürfnis heraus, die Stellvertretung des allein verantwortlichen Kanzlers zu regeln. Ein selbständiges verantwortliches Ministerium wurde von ihm abgelehnt, er hielt eine derartige kollegiale Behörde, ein Reichsministerium, nicht für tragbar bei dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches, wie er im Bundesrate zum Ausdruck kam, und er war auch nicht gesonnen, die Macht, die er in Händen hatte, im Reiche mit anderen zu teilen. So wurden mit dem Stellvertretungsgefeße vom 17. März 1878 statt der Reichsminister Staatssekretäre geschaffen, die für den Bereich ihres Ressorts mit der Verantwortlichkeit betraut werden konnten, im übrigen aber Untergebene des Kanzlers blieben. Selbständig waren bereits die Admiralität, das Reichseisenbahnamt seit 1873, das Reichsschatzamt und das Reichsjustizamt seit 1877. Nunmehr erfolgte auch die Errichtung des Reichspostamts und des Reichsamtes des Innern, das den Rest der Geschäfte des Reichskanzleramts übernahm und bald die wichtigste Behörde für die innere Politik des Reiches wurde. Für den Geschäftsverkehr des Kanzlers mit den Reichsämtern und den Behörden war bereits mit dem 22. Januar 1878 die Reichskanzlei errichtet worden. Während die Gesetzesvorlagen bisher oft bei den zuständigen preußischen Ministerien oder den Bundesratsausschüssen vorbereitet wurden, bestand nunmehr die Möglichkeit, alle diese Arbeiten bei den Behörden des Reiches selbst in enger Fühlungnahme mit dem allein verantwortlichen Kanzler herzustellen und so eine Stärkung der einheitlichen Reichsgewalt herbeizuführen. Maßgebend für diese Änderung war bei Bismarck nicht nur der positive Gedanke der Verselbständigung der Reichsbehörden, sondern auch eine gewisse Abwehr des preußischen Partikularismus, der oft mehr darauf gerichtet war, die eigenen Ressorts unabhängig zu erhalten, als das deutsche Reich erstarken zu lassen. Und wiederum erinnerte er an die Eisenbahnfrage, wenn er in jenem Immediatberichte schreibt: „Darunter leidet das Reich als eine neuere, noch wenig eingewurzelte, von einer eigenen Regierungsgewalt nicht getragene und von sämtlichen partikularistischen Elementen ohnehin bekämpfte Staatenbildung; das Reich wird trodengelagt, und zwar wesentlich dadurch, daß Ew. Majestät Kaisertum von den Kräften der königlichen Regierung in der Regel nicht unterstützt, nicht selten durch aktiven und passiven Widerstand gehemmt wird.“ Bismarck verwahrte sich dagegen, daß das Reich preußisch regiert würde; er wußte, daß er bei solchen Versuchen nicht nur in Bayern, sondern in allen süddeutschen Staaten auf heftigen Widerstand stoßen würde, so sehr — es seien Worte Barnbülers angeführt — diese damit einverstanden waren, „daß die Reichsgewalt sich mehr und mehr stärke und konsolidiere“ und die zentrifugalen Kräfte zurückgedrängt würden.

Das gleiche Ziel verfolgte Bismarck, als er daran ging, auch für die wirtschaftliche Politik des Reiches eine von Preußen unabhängige Behörde zu schaffen. Die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Reiches würden nicht einheitlich, sondern „concurrirend im Reichsamt des Innern und in dem Ministerium für Handel und Gewerbe ohne direkte Verbindung



beider miteinander“, also zu einem beträchtlichen Teile nicht von einer Reichsbehörde, sondern von einem preußischen Ministerium fertiggestellt. Obwohl ihm selbst das Handelsministerium übertragen war, hielt er eine solche Regelung in den Behörden selbst nicht für zweckentsprechend, „da es in Deutschland einen geforderten preußischen Handel ebensowenig gibt, wie einen sächsischen, bayerischen oder württembergischen. Das ganze Gebiet Deutschlands erfordert vielmehr in bezug auf wirtschaftliche Gesetzgebung die gleiche und einheitliche Behandlung“. Er beantragte deshalb mit der Immediateingabe vom 12. Oktober 1880 zur „Förderung der gemeinsamen nationalen Interessen“ die Errichtung einer Abteilung für wirtschaftliche Angelegenheiten im Reichsamte des Innern, die am 15. Oktober bereits genehmigt wurde. Durch ihren weiteren Ausbau in den nächsten Jahren gelang es, dieser Abteilung, der zunächst nur die Vorbereitung der wirtschaftlichen Reichsgesetze als Hauptaufgabe zugewiesen war, auch „die praktische Fühlung und Wechselwirkung mit dem lebendigen Pulsschlag des deutschen Wirtschaftslebens“ zu verschaffen.

Aber noch ein letztes gehört in die große Wandlung der Bismarckschen Gesamtpolitik, die sich in den Jahren 1878 bis 1880 vollzog. Es liegt auf dem Gebiete der Außenpolitik, die in diesem einen Punkte in den Bereich der Entwicklung des Reichsgedankens hineingeht: der Abschluß des Bündnisses mit Österreich. Auf dem Berliner Kongresse war es Bismarck als ehrlichem Makler gelungen, Europa vor einem Kriege zu bewahren. Aber die traditionellen deutsch-russischen Beziehungen waren erkaltet. Als nun gar im August 1879 die russische Regierung verlangte, daß Deutschland bei der endgültigen Regelung der Balkanfragen stets ihren Standpunkt vertreten solle, da wußte Bismarck, daß die Stunde herannahe, wo er zwischen den beiden Nachbarmächten Rußland und Österreich wählen müsse. Nach langem Abwägen entschloß er sich für Österreich. Eines heftigen Kampfes bedurfte es, um Kaiser Wilhelm I., der selbst den Gedanken eines Thronverzichtes erwog, auf diesen Weg zu bringen, die Freundschaft mit Rußland aufzugeben und mit der Macht eine Allianz einzugehen, mit der er 1866 um die Vorherrschaft in Deutschland gerungen hatte. Erst am 7. Oktober wurde das Bündnis unterzeichnet, das von nun an die Grundlage der auswärtigen Politik Deutschlands bilden sollte. Die Jahrhunderte alte Verbindung, die Österreich an die deutsche Geschichte gefesselt hatte, war von neuem aufgenommen. Was sich auf dem staatsrechtlichen Wege während der vergangenen Jahrzehnte als unmöglich erwiesen hatte, konnte nunmehr wenigstens in der loseren Form des Bündnisses zweier selbständiger Mächte erreicht werden: ein freundschaftlicher Zusammenhang zwischen den deutschen Stämmen der Donaumonarchie und dem neuen Reiche. Nicht wie bei Stein und nicht wie bei Radowitz waren es primär die Rücksichten auf die Einheit des deutschen Volkstums, also innen-, kulturpolitische Rücksichten, die Bismarck bewogen, das Bündnis mit Österreich abzuschließen, sondern es waren in erster Linie außenpolitische Erwägungen, die es klar erkannten, daß hier Deutschland der stärkere Partner sei, während bei einem engen Bündnis mit Rußland das Reich leicht in die Lage kam, hinter der slawischen Weltmacht zurückzutreten. Jubel durchzog die deutschen Lande diesseits und jenseits der Grenzen, daß nunmehr seelisch der Zwiespalt überwunden war, daß die beiden Großmächte, die den größten Teil des deutschen Volkes in sich schlossen, auf derselben Seite standen. Bismarck wurde der Held der deutschen Südostranden, deren Bewohner mit Liebe und dankbarer Verehrung zu ihm emporblickten. So hatte die Reform dieser Jahre doch auch eine größere Einheit des deutschen Volksbewußtseins geschaffen.

Er aber, der Schöpfer des Reiches, obwohl in seine Staatskunst alle Imponderabilien hineinziehend, kannte, sobald die politische Wirklichkeit in ihr Recht trat, die Schwächen dieses Bündnisses, die mißgünstige Haltung der slawischen Völker Österreichs, und er war von Anfang an darauf bedacht, es zu erweitern und zu gleicher Zeit den Weg von Berlin nach Petersburg freizuhalten. Italien war es, das sich dem Zweibunde näherte, als Frankreich Tunis besetzte und es sich völlig isoliert sah. So kam es am 20. Mai 1882 in Wien zu dem Dreibund zwischen diesen Mächten, der für Deutschland eine Verstärkung der Abwehr gegen Frankreich bedeutete, die beiden alten Gegner Österreich und Italien trotz der Freudenta aneinander kettete. Gefräftigt wurde die strategische Stellung des Dreibundes 1883 durch das Abkommen mit Rumänien. Es war ein Bloc zwischen den mitteleuropäischen Staaten geschaffen, der für die Gegenwart, solange Bismarcks sichere Hand ihn hielt, unserem

Kontinente den Frieden sicherte, um so mehr, als 1881 ein Neutralitätsabkommen zwischen den drei Ostmächten zustande gekommen war, das 1884 auf drei weitere Jahre erneuert wurde. Auch für Rußland erwies sich ein derartiges Abkommen als notwendig. Denn in diesen Jahren hatte das System der Politik eingefetzt, das bald den Wirkungskreis aller europäischen Großmächte verschieben sollte: der Imperialismus. In England, das jahrzehntelang unter dem Einflusse des Liberalismus seinen Besitz an Kolonien als Belastung empfunden hatte, war von neuem der Wille zur weltpolitischen Ausdehnung erwacht, seitdem 1869 Dilke sein „größeres Britannien“ in die englische Publizistik hineingetragen hatte. In den siebziger Jahren begann der Ausbau des englischen Weltreiches in Afrika, namentlich in Ägypten mit dem Suezkanal, wodurch es in Gegensatz gegen Frankreich mit seinem nordafrikanischen Kolonisationsgebiet geriet. In Asien stießen außerdem die beiden alten Rivalen um Konstantinopel aneinander, als Rußland zu Beginn der achtziger Jahre seine Interessensphären bis nahe an die Grenzen von Afghanistan heranrückte und so Indien, Englands mächtigsten Besitz, gefährdete. Die letzte große Teilung der Welt, ihrer Kolonien und ihrer Märkte setzte ein.

In dieser günstigen politischen Konstellation gelang es 1884 auch dem neuen Reich, die ersten Kolonien in Südwest- und Ostafrika sowie in der Südsee unter heftigen diplomatischen Kämpfen mit der englischen Regierung zu erwerben. Es war der erste Schritt Deutschlands in die Weltpolitik, von der sich Bismarck, obwohl schon 1872 die Bedeutung der Weltwirtschaft für sein Werk erkennend, seiner persönlichen Neigung folgend und mitbestimmt durch die Anschauung, daß die deutschen, namentlich preußischen Regierungskreise für eine Kolonialpolitik nicht geeignet seien, bisher bewußt ferngehalten hatte. Erschwert wurde ihm jener Schritt durch die Stellung des Reichstages, der, wie er 1881 einmal in einer Randbemerkung sagt, nicht „ein nationales Parlament“ bilde, sondern sich nur aus „bloßen Fraktionen“ zusammensetze. In den späteren Jahrzehnten hat jedoch gerade die Kolonialpolitik dazu beigetragen, den einheitlichen Reichsgedanken im deutschen Volke zu stärken. Bald trat aber in der kontinentalen Lage Europas ein so bedenklicher Umschwung ein, daß Bismarck sich genötigt sah, auf weitere koloniale Pläne zu verzichten und mit England wieder freundschaftliche Fühlung zu suchen. Rußland und Österreich kamen infolge der bulgarisch-serbischen Wirren seit 1885 von neuem auf dem Balkan in Spannung zueinander, die auf die deutsche Politik rückwirken mußte. Und in Frankreich erlangte nach dem Sturze des dem Ausgleich mit Deutschland zuneigenden Präsidenten Ferry 1885 eine ausgesprochene Revanchepolitik wieder die Oberhand. Die Beziehungen zwischen den beiden Mächten wurden so gespannt, daß im Winter 1886/87 ein neuer Krieg bevorzustehen schien. Es lag die Gefahr vor, daß Rußland und Frankreich sich zusammenschließen würden und Deutschland einem Zweifrontenkriege entgegengehen konnte. Bismarcks Eintreten für die russische Interessensphäre in Bulgarien führte zu einer merkbaren Ermüchterung in dem deutsch-österreichischen Freundschaftsverhältnisse. Unter dem Einflusse dieser allgemeinen Weltlage kam der Rückversicherungsvertrag zwischen Deutschland und Rußland 1887 zustande an Stelle des in diesem Jahre abgelaufenen Neutralitätsabkommens zwischen den drei Ostmächten, an dessen Erneuerung bei dem Gegensatz zwischen dem Zarenreiche und Österreich in den Balkanfragen nicht gedacht werden konnte. Die Brücken zwischen Berlin und Petersburg waren von neuem gefestigt, aber in der großen Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 ließ Bismarck Rußland keinen Zweifel darüber, daß Deutschland nach der Annahme des Septennates und der damit erfolgenden Heeresvermehrung stark genug sei, um auch das Zarenreich als Gegner zu ertragen. England gegenüber sah sich Deutschland so weit gedeckt, als seine beiden Verbündeten Österreich-Ungarn und Italien mit Großbritannien eine Vereinbarung dahin eingegangen waren, daß der Status quo auf dem Balkan und die Unabhängigkeit der Türkei aufrecht erhalten werden sollten. Direkte Abmachungen dagegen zwischen Deutschland und dem Inselreiche erwiesen sich als unmöglich.

Die Zeit Kaiser Wilhelms I. neigte sich zu Ende. Am 9. März 1888 starb er als der Herrscher, in dessen schlicht-vornehmer und ritterlicher Persönlichkeit der deutsche Reichsgedanke in seiner konservativen, die preußische Tradition verkörpernden Form selbständige Gestalt angenommen hatte, denn er war neben dem eisernen Kanzler doch stets der König

geblieben. Für beide galt Treue um Treue. Einst in den Wirren des Jahres 1848 hatte er vor seinem Volke nach England fliehen müssen, jetzt rief seinem Sarge vom Brandenburger Tor her das „Vale Senex Imperator“ den Scheidegruß seines trauernden Volkes, ja der ganzen Welt nach. Er war der Liebling der Nation, der während dieses Jahrhunderts alle ihre Lebensschicksale von dem tiefsten Leid in der napoleonischen Zeit durch alle Stürme hindurch bis zum Höhepunkte der Einheit persönlich miterlebt hatte; ja noch mehr: „Der alte Kaiser hat doch das größte Glück gehabt, was einem Menschen zuteil werden kann: immer größer, den Menschen immer lieber, im Leben und Tode verkürt durch das Gemüt des ganzen lebenden Menschengeschlechtes.“ Bismarck aber blieb auch der Ratgeber seines Sohnes, des todkranken Kaisers Friedrich III. Nur 99 Tage der Herrschaft waren ihm beschieden. Wir kennen die Gegensätze zwischen Vater und Sohn, dem preußischen Konservativen und dem deutschen Liberalen, aus der Konfliktzeit, aus der Zeit der Reichsgründung. Die Generation, die 1848 in jugendlicher Begeisterung miterlebt hatte und ihren Anschauungen treu geblieben war, hoffte von dem zweiten Kaiser ihre Erfüllung, eine Durchführung des liberalen Rechtsstaates, eine Geltendmachung des bürgerlichen Gedankens, des Bürgertums gegenüber Adel und Militär in der politischen Welt Deutschlands. Aber gab es überhaupt einen derartigen bürgerlich-liberalen Gedanken, der eine wirklich positive Einheit darstellte und sich nicht allein mit der Kritik begnügte, zerfiel nicht selbst 1887 bei den Septennatswahlen der Liberalismus in zwei einander sich befehdende Hälften, indem die eine, der Nationalliberalismus, seiner Geschichte gemäß sich Bismarcks Politik angeschlossen, während die andere veragte? — Aber bei allen Zweifeln, die in diesen Fragen liegen, bleibt doch das Wort des bürgerlichen Dichters Gustav Freytag richtig: „Mit seinem Tode fiel die Ergänzungsfarbe zu dem Wesen seines Vaters aus.“ Jener Generation blieb es versagt, politisch wirksam zu werden; eine Tatsache, die bei der Entwicklungsgeschichte des deutschen Reichsgedankens nicht unbeachtet bleiben darf. Sie gehörte, obwohl auf der Höhe des Lebens stehend, zu den Alten, als der junge Kaiser Wilhelm II. am 15. Juni 1888 den Thron bestieg. Bald nach seinem Regierungsantritt erbat er von dem Reichskanzler und erhielt die Zustimmung, daß, solange Leben und Gesundheit es ihm gestatten würden, er nicht von seiner Seite weichen werde.

War es mehr als eine von dem Gefühl politischer Rücksichtnahme auf die deutsche Nation und auf das Ausland eingegebene Bitte? — Wie dem auch sein mag, bald offenbarten sich besonders in den Problemen der Sozialpolitik sowie in den Persönlichkeiten des jungen Kaisers und des Reichskanzlers solche Gegensätze, daß sie zum Bruche führen mußten. Die Hohenzollerntragik, die mit dem Jahre 1888 begonnen hatte, erreichte einen neuen Höhepunkt, als am 20. März 1890 Bismarck aus allen seinen Ämtern entlassen wurde. Zwei Generationen schieden in Zorn und Erbitterung voneinander. Ihre gemeinsame Arbeit erwies sich als unmöglich, weil der an sich selbst als eine Sendung der göttlichen Vorsehung glaubende junge Kaiser das durch sein Werk und seine Verantwortung gesteigerte Machtbewußtsein des Kanzlers nicht ertragen, und weil dieser nicht willens sein konnte, die Erfahrungen, die er in einem reichen Leben gesammelt hatte, einem Monarchen unterzuordnen, der selbst sein eigener Kanzler sein, der persönlich leisten wollte, was bisher Aufgabe des verantwortlichen Staatsmannes gewesen war. Der innere Zwiespalt, der tragische Konflikt der Gefühle, die in jenen Wochen die Seele des deutschen Nationalbewußtseins, des Reichsgedankens getroffen haben, wirken sich aus bis auf die heutigen Tage. —

Das Zeitalter Bismarcks, die größte Periode neuester deutscher Geschichte, war abgeschlossen. Vergewärtigen wir uns noch einmal den Wert seiner geschichtlichen Schöpfung. Als Bismarck wie ein von heiliger Berufung Besessener seinen Weg begann, da war Deutschland gegenüber den westlichen Staaten in der politischen und wirtschaftlichen Lebensform um zwei bis drei Jahrhunderte zurückgeblieben. Auf der Grundlage des Deutschen Bundes hatte sich das bürgerliche Leben fest zusammengeschlossen, die Staatsverschiedenheit namentlich in Mitteldeutschland vielfach ihre Bedeutung verloren. Bürger und Familien waren über die Staatsgrenzen hinweg miteinander verwachsen, und sie glaubten, in ihrer Kleinstaaterei ein wirklicher Friedensstaat geworden zu sein. In friedensseliger Stimmung traf sie der Krieg von 1866, die Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich. Einwohner derselben Landschaft, Stammesgenossen, Verwandte und

Brüder — wir denken an Treitschke — waren politische Feinde geworden. Die deutsche Welt sah mit Schrecken, daß ein Fehler in der Rechnung, daß die Festigkeit des Deutschen Bundes ein Trugbild war, daß das Volk an dem nur von Dynastien und Regierungen geschlossenen Bunde keinen Anteil hatte. Der deutschen Nation wurde es klar, daß nur ein geschlossener, von hohem Machtbewußtsein getragener Staat ihr die gebührende Stellung im Kreise der europäischen Völker zu geben vermöge, daß nur eine Großmacht die Mitte Europas vor dem Gnadenstoß retten könne, den sonst der Westen und der Osten ihr gegeben hätten. Bismarcks Werk ist es, daß er in letzter Stunde mit der genialen Meisterschaft des Künstlers diese Tat vollbracht, daß er eine Reichsgewalt aufgerichtet hat, als das Schicksal bereits über Deutschlands Zukunft das Wort geschrieben zu haben schien, als Geschäftsobjekt auf dem Markte der Politik der großen Mächte ausgerufen zu werden. Er allein gestaltete den Reichsgedanken zum Reich; freilich mit anderen Mitteln, als es sich die letzten Generationen erdacht hatten. Mit den geschichtlichen Lebensenergien des preussischen Großstaats, dem Heere und dem monarchischen Beamtenorganismus, hat der Baumeister des Reiches sein Ziel erreicht, um dann, als der Wurf gelungen war, es in steter Sorge um sein Volk auszubauen, nach außen zu sichern. Seine Mittel blieben die gleichen. Mit den Mitteln, die ihm die Geschichte des Staates und der verbündeten Regierungen darboten, hat er den Bau weitergeführt. Der Reichstag als die einheitliche Repräsentation des Volkes war für ihn nur ein Werkzeug seiner Macht, seines Willens, etwaige partikularistische Neigungen der Regierungen zu brechen, kein selbständig neben ihm schaffendes Organ. Aber fast in jeder Session mußte er wie am 26. November 1884 gestehen: „Die Parteikämpfe sind stärker als das nationale Bewußtsein.“ Größer als die Not, die Bismarck dem deutschen Volke für die Zukunft machte, war die Not, die sein Volk ihm machte. Kann wohl unsere Nation vor der Frage bestehen, ob sie zu dieser Zeit, da in ihrer Mitte der Genius zu seiner Tat emporwuchs und sie wie von Adlersflügeln getragen durchführte, ihrerseits die Entschlußkraft gefunden habe, ihm alle in ihr liegenden Energien zur Verfügung zu stellen oder sie selbsttätig zur höchsten Leistungsfähigkeit auszubilden? Denn das war ihre Aufgabe während dieser Jahrzehnte. Tragisch mutet uns heute Bismarcks Kampf mit fast allen Elementen des Volkslebens an, den er hat auf sich nehmen müssen. Wie lange hat es gedauert, bis die Mehrheit des deutschen Volkes den Segen der Einheit voll und ganz empfand. Zu stark war die Zerrissenheit in den Kleinstaatsgewalten, in den politischen, kirchlichen und sozialen Lebensverhältnissen, zu kleinbürgerlich und philisterhaft der deutsche Mensch, als daß eine nationale Kultureinheit oder gar eine staatspolitische Geschlossenheit sich so schnell hätte heranzubilden können. Bismarcks festeste Stützen waren die verbündeten Regierungen, nicht die Repräsentation des Volkes. Bundesstaaten und Dynastien stellten im Bismarckschen Reich vornehmlich die Verwirklichung des nationalen Reichsgedankens dar. Erst die junge Generation der achtziger Jahre bekannte sich voller Dankbarkeit zu dem Schöpfer des Reiches, aber sie entging nicht der Gefahr, all das Große, was er aus innerem, künstlerischem, d. h. einmaligem Gestaltungsdrange für seine Zeit geschaffen hatte, als etwas Unabänderliches, Gesezmäßiges hinüberzunehmen in ein neues Werden, das andere Aufgaben stellte. Verhängnisvoll machte sich auch der Charakter geltend, den die Reformjahre seit 1878 getragen hatten. Wirtschaftliche Gründe waren stark mitbestimmend gewesen. Sinn und Wesen der Parteien änderten sich; auch bei ihnen rückten wirtschaftliche Programme in den Vordergrund. Der Mechanismus der Wirtschaft, die sinnliche Wahrnehmung trat an die Stelle der Weltanschauung, die bisher ihren Charakter bestimmt hatte. Der naturwissenschaftlichen Denkweise jener Zeit gemäß löste der Gleichgewichtsgedanke der Parteien und der wirtschaftlichen Gruppen den Reichsgedanken ab. Das mit den Sinnen Wahrnehmbare sollte das allein Wirkliche sein. Die junge Generation erkannte in Bismarck wohl den Genius, der das deutsche Volk zusammenschmiedet, die zerrissene deutsche Staatenwelt als der Zwingherr geeinigt hatte, aber sie erkannte ihn, der stets das Göttliche, das Ewige als die letzte treibende Kraft seines Geistes, ja des Geistes der Geschichte empfunden hatte, als den einseitigen Realisten, dem nur der äußere Erfolg etwas galt; sie hatte kein Verständnis für die Anschauungen ihres greisen Zeitgenossen Leopold v. Ranke, daß nur dann ein Volk seinen höchsten Eigenwert erreiche, wenn es die ihm wesenseigene Form des Ewigen zum Ausdruck bringe, daß es nur dann der Menschheitsidee eine neue Gestalt gebe. Bei aller

äußeren Bewunderung stand Bismarck einsam da, gleich dem nordischen Felsblock seiner norddeutschen Tiefebene wohl natürlich mit dem Grunde und Boden, mit der Zeit verwachsen, aber in sich heranbildend und zur Geltung bringend ein Urgestein, das ganz seiner eigenen Welt entstammte. Wie innig verschmolzen erscheinen uns jetzt sein Leben und sein Werk, seine Briefe an die Gattin und seine Randbemerkungen zu den diplomatischen Notizen; allem gab die gleiche Seele den Inhalt und die Form. Der Hegelsche Machtstaatsgedanke wurde in der Tat von Bismarck verwirklicht, aber nicht in jener rationell-imperialistischen Form des großen Philosophen, sondern vielmehr in jener Gestalt, wie ihn Schleiermacher innerhalb der gleichberechtigten Glieder des europäischen Staatensystems sich vorgestellt hatte. Stets erkannte Bismarck es an, daß Deutschland keine europäische Großmacht als solche entbehren könne, daß es auch ein starkes Frankreich in seinem System nicht zu missen imstande sei. Der Kampf um den Nationalstaat, um den Machtstaat im Kreise der europäischen Völker war ihm nicht nur eine politische, sondern auch eine sittliche Aufgabe. Das gleiche Recht, das er für Preußen forderte, billigte er seinem Nebenbuhler Österreich zu. Schon 1866 erklärte er: Österreichs Rivalitätskampf ist nicht strafbarer als der unsrige gegen Österreich. Dieses Geständnis war die Anerkennung und Übertragung der moralischen Ideen auf das politische Gebiet. Bei allem Nationalbewußtsein lag in der Tiefe der Bismarckschen Seele ein gutes Stück von der Einheit des europäischen Kulturbewußtseins, von der Kantens Historie getragen war. Beide Bewußtseinsinhalte aber, die er so oft in Harmonie zu bringen wußte, hinderten ihn daran, jemals seinem Reichsgedanken den imperialistischen Charakter zu geben, der dem alten Reiche innegewohnt hatte. Keine Brücke führte von Bismarcks Reich zu dem deutschen Mittelalter zurück: national empfunden und erlebt, ordnete es sich in dieser Begrenzung dem europäischen Staatensystem ein, nirgends und auf keinem Gebiete eine Form der Oberherrschaft oder der geistigen Präponderanz anstrebend oder fordernd. So führte auch keine Brücke von dem Bismarckschen Reich zu dem Reichsgedanken Fichtes oder Schellings, der in dem deutschen Geiste den Weltgeist erblicken mochte. Auf dieser Beschränkung beruhte das „Vertrauen auf sein Wort und auf seine Zuverlässigkeit in der Politik“, das Bismarck in der Welt zu Deutschlands Segen sich errungen hatte, und die Weltpolitik wurde deshalb erschüttert, als er das Steuerruder der stärksten Macht des Kontinents in die Hände des jungen Kaisers legen mußte, dem er als Kronprinzen noch im Mai 1888 warnend geschrieben hatte, daß für die Politik des deutschen Kaiserthums der Ruf der Unaufrichtigkeit noch gefährlicher sei als selbst die entschlossene, aus politischer Überzeugung hervorgehende Tendenz, Krieg führen zu wollen.

Eine gewaltige staatliche Macht von äußerer Einheit und Geschlossenheit hatte sich während dieser Jahrzehnte in Mitteleuropa gebildet, wie es sie seit einem halben Jahrtausend nicht gesehen hatte. Das Deutsche Reich war in neuer Herrlichkeit entstanden. Aber war es wirklich getragen von jener inneren nationalen Einheit, die für die Sicherheit eines von allen Seiten umbrandeten Staates notwendig war? An unserem Auge sind vorübergezogen die Kämpfe mit der katholischen Partei des Zentrums. Bei dem Sturze Bismarcks waren die Wunden, die sie geschlagen hatten, wohl äußerlich vernarbt, aber nicht ausgeheilt. Mit kritischer Verneinung begnügten sich die Kreise des Freisinn. Ganz als Gegner fand der Altreichskanzler die breiten Massen der Sozialdemokratie. Nach wie vor befehden sich untereinander die Protestanten, als ob es nie eine Gemeinschaft des Geistes bei ihnen geben könnte. Eigentwüchsige und charaktervolle Persönlichkeiten waren selten geworden. Nur einer wagte es, auf die Schattenseiten in der Verwirklichung des Reichsgedankens durch Bismarck hinzuweisen und positive Forderungen an das deutsche Volk zu stellen: Paul de Lagarde in seinen deutschen Schriften, den sie trotz aller Erfolge 1891 als „einsamen Mann“ in Göttingen zu Grabe trugen. Paul de Lagarde „fühlte sich als Prophet und hatte ein Recht dazu, denn er war eine prophetische Natur“. Und sein prophetisches Wort sollte sich als Wahrheit erweisen, denn er forderte neben der staatspolitischen Ausbildung des Reichsgedankens, hierin Schleiermachers Werk fortführend, die vollendete Ausbildung des Volkes bis zu seiner Höhe, also der Nation, von der dieses Reich getragen wurde, die Vollendung des deutschvölkischen Menschentums, wie es jeder Nation als eine ewige Aufgabe mitgegeben ward. Als Stöder die christlichsoziale Bewegung in der Reichshauptstadt zu einer Größe führte, die dem urwüchsigen Lebensdrange des

Volkes neue grundsätzliche Ziele wies, da opferte sie der Kanzler, kühl berechnend das realpolitische Bedürfnis der Gegenwart, rücksichtslos seiner Kartellpolitik. Oder waren ihm solche aus der Tiefe selbstbewußten Volkstums aufsteigende Kräfte überhaupt unbequem? — Welches auch in diesem Einzelfalle der letzte Grund seiner Maßnahmen sein mag: dieser Mangel ist die Schattenseite, die wir von dem Bismarckschen Reiche mitnehmen, und es war das Problem, ob die neue Epoche ihn ausgleichen würde. Ob Bismarck selbst diesen Mangel empfunden hat? Als er auf der Rückkehr von Wien am 30. und 31. Juli 1892 zu Jena seine beiden vielbeachteten Reden hielt, da hieß es, abgesehen von dem Negativen, dem Rückfall in „absolutistische Velleitäten“: „Was wir für die Zukunft erstreben müssen, ist eine Kräftigung der politischen Überzeugung in der öffentlichen Meinung und im Parlament. — Ich möchte, daß das Parlament zu einer konstanten Mehrheit gelangt, ohne diese wird es nicht die Autorität haben, die es braucht.“ Und noch bestimmter in der zweiten Rede: „Die Konsolidierung der Reichseinrichtungen kann nur fertig werden, wenn wir ein starkes Parlament als Brennpunkt des nationalen Einheitsgefühls haben. Ein Parlament kann nicht stark sein, wenn es von Parteien zerrissen ist. — Das ist das Unglück, wenn wir in das Fraktionswettstreichen, in den Fraktionshandel — do-ut-des-Lendertz — verfallen. Wir müssen nationale Politik treiben, wenn wir bestehen wollen. Dazu müssen wir aber eine nationale Volksvertretung haben.“ In diesen Worten klingt deutlich die Erkenntnis durch, daß der staatliche, von staatlicher Macht her bestimmte nationale Reichsgedanke der Ergänzung bedarf, um zu voller Wirksamkeit zu gelangen, der Ergänzung von unten, vom Volke her, von der Einheit des Volksbewußtseins und der Volksvertretung. Hierin findet sich die Erkenntnis, der einst Schleiermacher 1806 Ausdruck verliehen hatte, daß dem alten preussischen Staate die innere Verbindung mit der Masse des Volkes fehlte, daß diese in die Organisation des Staates noch nicht eingegangen sei; eine Verbindung, die offenbar wird an der stillen, freudigen Mitarbeit an dem Staate, an dem Dienst am Staate, der als die organische Machtform des Volkes erlebt wird. Aber Bismarcks Volksbewußtsein blieb stets beschränkt auf das reichsdeutsche, er war in der Zielsetzung stets nur Reichsdeutscher, ist nie Großdeutscher im Sinne der deutschen Volkseinheit, wie Schleiermacher sie forderte, geworden. Wir verstehen es, daß unter dem Eindruck dieser Reden zwei hochgestimmte Männer, denen Schleiermacher je länger je mehr ein Erlebnis wurde, Graf York von Wartenburg und Wilhelm Dilthey, in ihrem Briefwechsel zu dem Schlusse gelangten: „Es kommt, wenn auch schüchtern, eine neue Zeit. Und in diesen Zusammenhang gehört Bismarcks Jenaer Rede, die in der Tat etwas Lutherisches hat. Und da glauben die Weltklugen klug zu urteilen, wenn sie Bismarck als redseligen greisen Reisprediger bezeichnen, wo der Mann Wind in seine Segel sammelt für eine parlamentarische populäre Erhebung.“ In einer national-geistigen Erhebung, wie sie einst die preussische Reform forderte, in einer sittlichen Gesamtorganisation des Volkes, die alsdann im Parlament ihre politische Form erhielt, sahen sie die Ergänzung, deren Deutschlands verhängnisvolle geographische und historische Weltlage zur Sicherung des Reichsgedankens bedürfte: „1870/71 ist keine feste Größe, möge sie dazu werden.“

## VII.

Die nationale Bewegung der vergangenen Jahrzehnte, ihr Reichsgedanke, waren, soweit sie an dem Kaisertum festhielten, von Bismarck in das von ihm geschaffene Reich eingebaut. Aber mit diesem staatlichen Einbau hatten sie selbst sich gewandelt, vergrößert, ihre ideale Schwungkraft, die sie der Synthese mit dem allgemein Menschlichen verdankten, eingebüßt. Noch umschloß der Reichsgedanke, der Wille zum Reich nicht das ganze in ihm politisch geeinte Volk. Nur wenn es gelang, alle Reichsdeutschen als willige Glieder diesem Staate einzuordnen, wurde Leopold von Ranke's Satz Wirklichkeit, den er als die vornehmste Tendenz der inneren Politik hinstellt, „alle Teile in freiwilliger Einheit zusammenzufassen“.

Bei einem Bundesstaate, wie es das Bismarcksche Reich war, begegnete der Wille zu dieser Tendenz einer doppelten Schwierigkeit: es galt nicht nur, zu jeder Zeit die vollen zeitgemäßen Rechte der Staatsbürger, aller Volksgruppen und aller Konfessionen zu realisieren und sie dem Reichsgedanken dienstbar zu machen, sondern auch die Politik der Bundes-

staaten so zu gestalten, daß sie dem Reiche gaben, was des Reiches war, daß der zentrale Reichswille das Primäre blieb, dem die partikularistischen Energien sich einordneten. —

Nach beiden Seiten hin — wir sahen es — war das Bismarcksche Werk unvollendet. Hier lagen Aufgaben vor, die für die Sicherheit des Reichsgedankens und des Reiches die neue Zeit lösen mußte. Von den Bundesstaaten machte Preußen als die führende Großmacht bereits zur Zeit des Altreichskanzlers gewisse Schwierigkeiten, es mit dem Charakter des Reichsgedankens in Einklang zu bringen. Sie waren um so bedenklicher, als das Reich, vom Volke aus gesehen, demokratisch und durch die Anfänge der Sozialgesetzgebung auch sozial orientiert war, während Preußen seiner ganzen Geschichte nach eine aristokratische, oft noch ständische, militärische Struktur aufwies. Hier galt es Ausgleich zu schaffen, wenn nicht der preußische Staat auf die Dauer von weiten Kreisen als eine Hemmung des Reichsgedankens empfunden werden sollte.

Der neue Kurs hat es unternommen, von Preußen aus in einzelnen Problemen diesen Ausgleich Rechnung zu tragen. Zwei Reformen sind es, die in dieser Richtung sich auswirkten: die Ausdehnung der Selbstverwaltung auf die Landgemeinden und die Finanzreform. Die von Herrfurth 1891 bearbeitete Landgemeindeordnung gab den östlichen Provinzen, was die westlichen bereits seit Mitte des Jahrhunderts besaßen. In entsprechender Weise wurde sie in den folgenden Jahren auf Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau ausgedehnt. Die Bewohner der Landgemeinden sahen sich insgesamt oder durch ihre Vertretung an der Arbeit in den eigenen Angelegenheiten beteiligt, auch die kleinsten Keimzellen des Staates waren selbständige, nicht nur bürokratisch bestimmte Organe des Ganzen geworden.

Das preußische Finanzwesen wurde noch immer durch eine starke Ungleichheit in der Verteilung der Staatslasten bestimmt. Die Reform der Jahre 1891 bis 1898 beherrschte der Wille zur sozialen Gerechtigkeit. Sie war das Werk Miquels, des größten Finanzministers, den Preußen gehabt hat. In seiner Jugend kommunistischen Ideen nachgehend, dann ein glühender Verteidiger des deutschen Einheitsstaates, sah er sich nun genötigt, seine Dienste dem partikularistischen Interesse des Einzelstaates zu widmen, aber er versuchte, den so gestärkten Staat durch sein Werk um so fester in das Reich einzuordnen, indem er es aus der Beschränkung auf das finanzpolitische Gebiet heraus hob und es den sozialen Bestrebungen des Reiches einordnete. Die prozentuale Entlastung der unteren Einkommensgruppen, die stärkere Heranziehung der fundierten Vermögen und die Ausdehnung der Einkommensteuer auf die juristischen Personen wirkte ebenso versöhnend wie die Befreiung der Kleinbetriebe von der Gewerbesteuer und die stärkere Erfassung der größeren, bis dahin völlig steuerfreien Gewerbebetriebe. Die Erbschaftsteuer vermochte freilich selbst Miquel in dem preußischen Dreiklassensystem bei dem Widerstande der Konservativen nicht durchzuführen. Mögen die Einzelheiten geändert sein, als Ganzes, als Idee lebt seine Finanzreform in den heutigen Steuergesetzen des Reiches fort. Ihr soziales Ziel war es, alle Kreise, die aus eigener Kraft dem Fortschritte der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung nicht zu folgen vermochten, durch vorzugsweise Förderung und Unterstützung zu stärken und zu heben.

Zweifellos hatte die Landgemeindeordnung dazu beigetragen, die Grundlage des preußischen Staates zu erweitern. Allein ein Ziel war durch die ganze, von oben herab eingerichtete Selbstverwaltung nicht erreicht: die breiten Massen der Stadt- und Landbevölkerung blieben von ihr unberücksichtigt. Und doch war gerade in Preußen als dem führenden Staate ihre Verbindung und Eingliederung in den Staatsgedanken das Ziel, das eine weitsehende innere Politik zu erreichen versuchen mußte. Vor allem galt es, das als ein Überbleibsel aus den Verfassungskämpfen des 19. Jahrhunderts mitherübergenommene, konservativ-plutokratische Dreiklassenvahlrecht durch ein neues zu ersetzen, das, nicht nur dem Geiste der Zeit, sondern auch dem nationalen Reichsgedanken gerecht werdend, die breiten Schichten des Volkes mit dem Staatsgedanken und durch ihn mit dem Reiche verbunden hätte. Friedrich Naumann war es, der zur Zeit der Blockpolitik das Problem aufwarf, allein Bismarck wagte es nicht, den preußischen Staat in eine neue Bahn seiner Entwicklung hinüberzuführen. Sein Nachfolger Bethmann Hollweg griff das Problem zwar auf, allein die maßvolle Lösung, die er vorschlug, scheiterte an den Widerständen der Konser-

vativen im Abgeordnetenhaus. Preußen hatte das reaktionärste Wahlrecht Europas, als schon die drohenden Wetterwolken über dem Kontinent sich zusammenballten; die Monarchie konnte sicher sein, daß, wenn ein über den Parteien und Klassen stehendes Ministerium diese Reform nicht mit sicherer Hand durchführte, eine demokratische Flut sie an sich ziehen würde.

Nicht minder groß als auf dem sozial und national gleich bedeutsamen Gebiete des Wahlrechts war die Dissonanz zwischen der Regierung des Reiches und des preußischen Staates. Schon der überragenden Persönlichkeit Bismarcks gelang es oft nur schwer, die preußischen Minister im Kielwasser seiner Reichspolitik festzuhalten. Doch blieb die Einheit der Politik im Reiche und in Preußen so lange nicht gefährdet, als die Organe des Reiches noch unentwickelt waren. Ein bedenklicher Wandel trat ein, seitdem das Reichskanzleramt in eine Reihe von Reichsämtern sich auflöste und eine selbständige Reichsregierung sich entwickelte, die eigene Politik trieb und dem Reichstage gegenüber zu vertreten hatte. Die preußischen Ressortchefs rückten dem Gebiete der Reichspolitik ferner; sie standen ihr innerlich ablehnend gegenüber, je mehr sie von den linken Parteien des Reichstags mitbestimmt wurde, je mehr sie eine parlamentarische Regierungsform annahm. Der organisch notwendige Zusammenhang zwischen der Leitung des Reiches und des führenden Bundesstaates ging oft verloren. Die Entwicklung war in den Verhältnissen begründet, aber in ihren Konsequenzen konnte sie zu Zuständen führen, die für den Aufbau des Reiches, für die staatliche Geschlossenheit des Reichsgedankens bedrohlich wurden, sobald auf seiten Preußens die Einsicht in die politische Notwendigkeit verschwand, daß seine Regierung die Pflicht habe, ihre Kräfte voll in den Dienst des Reiches zu stellen und ihre Politik dem allgemeinen Rahmen der Reichspolitik konform zu halten. Das Problem Deutschland-Preußen war mit dem Wachstum der Reichsbehörden wieder akut geworden, als der Weltkrieg ausbrach, und für die Schärfe des Gegensatzes ist es bezeichnend, daß der Staatssekretär des Innern Delbrück im November 1915 sein erstes Abschiedsgesuch mit der Zusammensetzung des preußischen Staatsministeriums und dem überlieferten Streben der preußischen Ressorts begründete, „die Reichsleitung nicht zu groß werden zu lassen“. Bismarcks Wille war es gewesen, Preußen in das Reich hineinwachsen zu lassen und so den „idealen Versuch einer selbständigen Reichsentwicklung“ verwirklicht zu sehen. Schon bei der Reichseisenbahnfrage sah er ihn als gescheitert an. Seine Nachfolger vermochten auf diesem Gebiete nur das Bestehende zu erhalten, die Gegensätze wohl von Fall zu Fall durch Kommissionen beizulegen, nicht aber grundsätzlich das Problem aufzurollen, das eng mit der Änderung des preußischen Wahlrechts verbunden war.

Ebenso wenig wie in der preußischen Regierung wurde von seiten der Reichsregierung zunächst ein entscheidender positiver Schritt getan, um den Reichsgedanken innerlich zu kräftigen, ihn auf eine breitere Grundlage zu stellen. Bei seinem Regierungsantritt hegte Kaiser Wilhelm II. den Wunsch, durch die Ausgestaltung der Sozialpolitik wenigstens die Möglichkeit darzutun, daß die Sozialdemokratie sich mit dem gegenwärtigen Staate abfände. Es war ein Programm der inneren Reichspolitik, das, folgerichtig durchgeführt, versöhnend wirken mußte. Einzelne Gesetze kamen in dieser Richtung zustande: Gewerbegerichte wurden eingesetzt, der Arbeiterschutz durch die Einführung der Sonntagsruhe ausgedehnt, Frauen- und Kinderarbeit eingeschränkt, die Fabrikinspektion ausgestaltet. Aber schon nach wenigen Jahren schlug die hoffnungsfrohe Stimmung des Monarchen um, als der sichtbare Erfolg ausblieb. Im Herbst 1894 wurde ein neuer Kampf gegen die Sozialdemokratie, gegen den Umsturz angekündigt, bald darauf nach dem Abgange von Caprivi unter Hohenlohe-Schillingsfürst die schon vorbereitete Umsturzvorlage eingebracht. Aber sowohl sie wie auch die Bemühungen der preußischen Regierung zu einer Verschärfung des Vereinsgesetzes und die Zuchthausvorlagen der Reichsregierung seit 1895 fanden in den Volksvertretungen keine Mehrheit, wohl aber führten sie eine neue Verbitterung zwischen der Arbeiterschaft und den Parteien des nationalen Reichsgedankens herauf, die sich verhängnisvoll auswirken konnte. Es war ein Verdienst von Bülow, daß er den Fehlgriff dieser Stimmischen Politik erkannte, endgültig mit ihr brach und zusammen mit Graf Pofadowsky-Behner arbeiterfreundliche Maßnahmen heraufführte, die seitdem ständig weiterverfolgt wurden. Ihren gesetzgeberischen Höhepunkt erreichten sie erst unter Bethmann Hollweg mit



der Reichsversicherungsordnung 1911 und der weiteren Ausdehnung der Versicherung auf die Privatangestellten. Alle diese sozialpolitischen Fortschritte vermochten freilich nicht die sozialdemokratische Bewegung, die von Jahr zu Jahr wuchs, dem nationalen Reichsgedanken, wie er sich herausgebildet hatte, geneigter zu machen. Der revisionistische Flügel in ihr konnte politisch sich nicht durchsetzen. Stöders Versuch, dem monarchistischen Gedanken von konservativ-kirchlicher Seite her bei den Arbeitermassen Eingang zu verschaffen und ihn mit einer sozialen Fürorgetätigkeit zu verbinden, scheiterte. Friedrich Naumanns Absicht, ein soziales Kaisertum mit dem national-demokratischen Gedanken der modernen Zeit auszusöhnen, mißlang gleichfalls; weder in den Kreisen des Bürgertums noch bei den Arbeitern gelang es ihm, mit seinen für den nationalen Reichsgedanken bedeutsamen Ideen Geltung zu gewinnen. Nur das Zentrum vermochte es kraft der geschlossenen Weltanschauung und seiner zum Teil demokratisch eingestellten Führer, breite Massen der katholischen Arbeiterschaft sich zu erhalten und sie dem Dienste am gegenwärtigen Staate einzugliedern. Die praktische Arbeit für den Ausbau des Reichsgedankens blieb im wesentlichen bis zum Ausbruch des Weltkrieges auf die bürgerlichen Parteien beschränkt. Aber es unterliegt keinem Zweifel: mit jedem Jahre ruhiger politischer Entwicklung und praktischer Mitarbeit in der Selbstverwaltung hätte die Sozialdemokratie ihren revolutionären Charakter, ihre grundsätzlich verneinende Haltung gegenüber dem Reichsgedanken mehr und mehr verloren. Bei allem doktrinärem Radikalismus war sie doch mit ihrer straffen Organisation in der ungeheuren geistigen und materiellen Umbildung der gesellschaftlichen Zustände unserer Nation so sehr als ein Glied mit ihr verwachsen, daß es sich als politische Notwendigkeit erwies, sie in den bestehenden Staats- und Gesellschaftsorganismus gleichberechtigt einzufügen. Die bedeutsamste Förderung erfuhr die nationale Einheitsidee während dieser Jahrzehnte auf dem Gebiete des Rechtes. 1896 kam das große Werk des Bürgerlichen Gesetzbuches zustande, das mit dem 1. Januar 1900 in Kraft trat. Die Rechtseinheit war zum Abschluß gelangt, „ein neues Bindemittel für das im Reich geeinte Vaterland“. Es zeigte in seinen Bestimmungen zum Schutze des Rechtes der Schwachen, der Untergebenen klar die soziale Absicht des Gesetzgebers. Auch die Militärgerichtsbarkeit wurde neu geordnet, das Reichsmilitärgericht als einheitliche Spitze geschaffen. Seit den Freiheitskriegen war der Ruf nach einem einheitlichen Rechte nicht verhallt: nun hatte es für den nationalen Gedanken Wirklichkeit erlangt.

Nach der Reichsgründung hatte sich die Vereinheitlichung des Geldwesens als eine der stärksten wirtschaftlichen Klammern des neuen Staates erwiesen. Mit Abschluß des Bankgesetzes, das die bisherige preussische Bank in die Reichsbank umwandelte und ihr die Möglichkeit gab, das ganze Reich mit einem Netze von Filialen zu durchziehen, war das große finanzielle Gesetzgebungswerk abgeschlossen, aber nicht gelungen war es Bismarck, das Finanzwesen des Reiches auf eigene Füße zu stellen. Nach seiner Entlassung gestaltete es sich zunächst verhältnismäßig günstig. Selbst die Verstärkung der Flotte durch die Flottengesetze von 1898 und 1900 unter Tirpitz konnte noch ohne allzu starke Inanspruchnahme von neuen Reichsteuern durchgeführt werden. Aber seit 1904 hatte die wirtschaftliche Krise einen dauernden Rückgang der Zolleinnahmen des Reiches zur Folge. Eine Finanzreform erwies sich als unausbleiblich, und es war die Frage, ob sie unter dem politisch ungemein wichtigen Gesichtspunkte in Angriff genommen werden würde, die Selbständigkeit des Reiches in seinen Finanzen sicherzustellen. Keiner der Nachfolger Bismarcks hat eine wirkliche Entscheidung angestrebt. Wohl bei keinem anderen Problem der inneren Politik dieser Periode zeigte es sich so stark wie auf dem der Finanzen, daß die Leitung der Geschäfte den Händen der Reichsleitung bereits stark entglitten und auf die Parteien des Reichstages übergegangen war. Einen Höhepunkt des Interesses erreichte die Reform während der Zeit der Blockpolitik, aber sie wurde während dieser Periode stark beeinträchtigt durch die Verhandlungen über das Kaiserinterview im „Daily Telegraph“. Die Konservativen lehnten die Nachlaßsteuer als eine Besteuerung des Besitzes durch das Reich ab und verbanden sich mit dem Zentrum, das ihnen in der Frage der Branntweinbesteuerung entgegenkam, so daß der konservativ-liberale Block gesprengt wurde. Die Regierung verzichtete auf jede direkte Besitzsteuer und führte die Reform mit der neuen Mehrheit wesentlich durch Erhöhung alter und Einführung neuer Zölle durch. Unmittelbar nach ihrer An-

nahme trat Bülow am 14. Juli 1909 von seinen Ämtern zurück. Seinem persönlichen Engagement für die Bloßpolitik gemäß war es ihm nicht mehr möglich, mit der neuen Mehrheit die Geschäfte weiterzuführen. Zum ersten Male war der allein dem Kaiser verantwortliche Reichskanzler von der Majorität des Reichstages veranlaßt, um seine Entlassung einzukommen. Sein Nachfolger Bethmann Hollweg verstand es nicht, die wirtschaftliche Einstellung des deutschen Parteiwesens, wie sie Bismarck einst erstrebt hatte, auszunutzen und selbst die Führung an sich zu reißen. Die neue Wehrvorlage 1913, deren Vorlage auf Grund der großen Kräfteverschiebung auf dem Balkan sich als notwendig erwies und nach den Worten des Kanzlers im Reichstage durch die mit elementarer Wucht jedem sich aufdrängende Tatsache bedingt war, daß das Reich in einem europäischen Kriege um seine Existenz zu kämpfen haben würde, führte zu einer einmaligen Vermögensabgabe, dem sogenannten Wehrbeitrage, sowie zu einer dauernden direkten Reichsvermögenssteuer, die auch die Erbschaften heranzog. Für den Reichsgedanken bedeutete sie eine Stärkung, als nunmehr das Reich berechtigt war, die direkten Steuern, die als ausschließliches Recht der Bundesstaaten ihm bisher verschlossen waren, auch seinerseits im Bedarfsfall heranzuziehen.

Freilich, ein kühner, wagemutig die Probleme zur Tat führender Kanzler hätte in jenen Jahren, wo jeder die Zwangslage der auswärtigen Politik für das deutsche Reich an sich erlebte, gerade auf wirtschaftlichem Gebiete weit mehr von den Parteien erreichen können, weil sie immer stärker Vertreter bestimmter wirtschaftlicher, von der Erhaltung des Friedens abhängiger Gruppen geworden, weil jene großen ideellen Weltanschauungsprobleme, die zu Zeiten Bismarcks die deutschen Parteien noch wesentlich mitbestimmten, in den Hintergrund getreten waren. Von der Wirtschaft her hatte Bismarck den innerpolitischen Aufbau Deutschlands neu gestalten wollen. In der wilhelminischen Periode war als die feste Grundlage des Reichsgedankens eine einheitliche nationale Wirtschaft herangebildet. Das ist ihr unbestreitbares Verdienst. Das deutsche Reich hatte in den wenigen Jahrzehnten seines Bestehens sich zu einem Staatswesen erhoben, in dem die großen Gebiete der Wirtschaft trotz aller gelegentlichen Gegensätze, die Landwirtschaft, die Industrie, Handel und Verkehr, Geld- und Bankwesen, zu einem einheitlichen Organismus sich zusammengeslossen hatten, wie ihn kaum eine andere der europäischen Großmächte besaß. Die Bevölkerung stieg von Jahr zu Jahr. Trotzdem sank dauernd die Auswanderung: Industrie und Handel vermochten diese Überschüsse stets in sich aufzunehmen. Von Jahr zu Jahr steigerte sich auch der Außenhandel: er stieg von 1883 bis 1913 von 6 auf 19½ Milliarden Mark. Die Kohlenproduktion wuchs von 1888 bis 1913 von 60 auf 151 Millionen Tonnen oder von 315 auf 1535 Millionen Mark Wert. Die großen Schiffahrtsgesellschaften Hamburgs und Bremens drohten selbst den Schiffsverkehr Englands zu überflügeln. Der Trieb nach kolonialer Ausdehnung zur Gewinnung von Naturprodukten und nach überseeischer Machtentfaltung nahm einen in der Natur der Dinge begründeten einzigartigen Aufschwung. Gewaltig war der Anteil, den sich Deutschland in dem Wirtschaftsleben der Welt während dieser Jahrzehnte errang. Technik und Verkehr waren die treibenden Kräfte, daß sich das europäische zu einem Weltstaatensystem erweiterte, daß die Großmächte zu Weltstaaten sich ausdehnen mußten, wenn sie ihren politischen Platz behaupten wollten. Deutschland aber war in allen Teilen der Erde an diesem wachsenden Wirtschaftsleben mitbeteiligt. Das Reich mußte aus dieser Lage heraus versuchen, an der Seite der großen Kolonial- und Seemächte seinen Rang sich zu wahren, durch eine Flotte, die, wie Bismarck in einer Randbemerkung zu einem Berichte von Stosch bereits 1872 sagte, „allen Seemächten z u e i t e n Ranges überlegen sein müsse“, sich die Handelswege offenzuhalten, um seinen Verkehr im Weltstaatensystem zu sichern, um zu verhüten, daß beim Ausbruch eines Krieges seine Küsten sofort vom Gegner blockiert wurden. Diesem Ziele diente die Kolonial- und Flottenpolitik des Reiches in der wilhelminischen Periode. Mag über ihren Wert oder Unwert heute noch gestritten werden, eins bleibt sicher: sie stärkte und hob den ideellen Reichsgedanken. Alle Teile des Reiches und alle seine Bevölkerungsklassen hat sie in ihren Dienst zu stellen gewußt, weil ihr Ziel allen Zweigen unserer nationalen Wirtschaft, wo sie auch immer ihre Arbeitsstätten aufgeschlagen hatten, zugute kam. Gerade heute, wo beide so stark umstritten sind, sollten wir es nicht vergessen, daß beide die ideelle Geschlossenheit des Reichsgedankens über alle Parteigruppierungen hinweg gestärkt, daß sie auch die Auslands-

deutschen mit dem Reiche in Verbindung gehalten und so ihr Teil dazu beigetragen haben, daß nunmehr der Aufbau eines neuen deutschen Volkstums zu einer Kultureinheit in allen Weltteilen in Angriff genommen werden kann.

Schwere Schatten lagerten sich freilich über die wirtschaftliche Geschlossenheit dieser Jahrzehnte, sobald sich der Blick von dem Organismus zu seinen Trägern, dem Volke selbst, wendet. Bismarck hatte den positiven Kampf um die materialistisch eingestellte Arbeiterschaft mit der Sozialversicherung auf dem natürlichen Gelände von der wirtschaftlichen Seite her aufgenommen. Durch bürokratische Organisation des sozialen Wertes wollte er die wirtschaftliche Kraft des vierten Standes dem Reichsgedanken einbauen. Weder er noch seine Nachfolger sahen es, daß es weit wichtiger war, die Träger dieser Kraft, die Gewerkschaften, ihm einzugliedern. Das nationale Unternehmertum und die internationale Arbeiterschaft blieben in altem Gegensatz zueinander stehen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften waren von 1900 bis 1912 von 680 000 auf über 2½ Millionen gestiegen. Zwar hatte die Blockpolitik in der Winteression des Reichstages 1907/08 das Reichsvereinsgesetz zustande gebracht, das die Gründung von Vereinen und die Abhaltung von Versammlungen zu Zwecken, die dem Strafgesetz nicht entgegenliefen, freigab, also für die Entwicklung der politischen Freiheit innerhalb des Reichsgedankens einen Fortschritt bedeutete, aber eine grundsätzliche Änderung in dem gegenseitigen Verhältnis von Unternehmertum und Arbeiterschaft wurde nicht herbeigeführt. Nur lange, gemeinsame Friedensarbeit vermochte jenem Ziele die Wege zu ebnet, das weiterschauende, nicht im Banne einer parteipolitischen Doktrin befangene Kreise der Nation schon damals als das wichtigste Problem der Reichsleitung erkannten. Die Stellung der Reichsleitung aber war, ganz abgesehen von den Dissonanzen mit dem preußischen Ministerium, erschwert durch persönliche Eingriffe des Kaisers in die Regierung. Der Kaiser und das Volk waren durch sie einander ferner gerückt. Das Gefühl jener persönlichen Verehrung des Monarchen, in der Bismarckschen Zeit eine wirksame Stütze des Reichsgedankens, hatte abgenommen trotz aller patriotischen Feiern, die jahraus jahrein gehalten wurden. Mit dem bereits erwähnten Interview erreichte die Mißstimmung ihren Höhepunkt; es wirkte befremdend, daß in Lebensfragen der ganzen Nation der Kaiser alles auf die eigene Person einzustellen suchte. Eine schonungslose Kritik von der äußersten Rechten bis zu der Linken trat in der Presse zutage. Einstimmig war das Urteil, daß ein Wandel erfolgen, Garantien gegen solche persönlichen Eingriffe geschaffen werden mußten. Kaiser und Volk trugen in gleicher Weise Schuld, daß es so weit gekommen war. Nach der Audienz Bülow's am 17. November 1908 erging ein amtlicher Erlaß über den Entschluß des Monarchen, die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers hinfort zu beachten. Die Vorgänge im Herbst 1908 haben für die Entwicklung des monarchischen Reichsgedankens verhängnisvollere Folgen gehabt, als sie damals geahnt werden konnten, sie erschwerten eine sichere Reichsleitung in bedenklicher Weise.

Eine solche war um so notwendiger, als die schwierige Lage des deutschen Reiches in der auswärtigen Politik sich von Jahr zu Jahr mehr offenbarte. Die auswärtige Politik in der wilhelminischen Periode stand von Anfang an unter dem Grundsatz, daß die beiden Weltmächte des Westens und des Ostens, daß England und Rußland infolge ihrer traditionellen Gegnerschaft in der Türkei und in Asien niemals zusammengehen würden, daß Deutschland stets zwischen beiden die Wahl habe und sich deshalb nach keiner von beiden Seiten zu binden brauche. Als nach Aufhebung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland automatisch die Annäherung zwischen dem unter dem Einfluß des Panlawismus stehenden Zarenreiche und dem revanchelüfternen Frankreich sich vollzogen hatte, die schließlich zum Zweibund führte, war der Eintritt Deutschlands in die Weltpolitik unter jener damals noch wirklichen Konstellation der beiden Weltmächte erfolgt. Das Festhalten an der überlieferten Dreibundpolitik trotz aller abseitigen Wege Italiens und der Glaube an die Unmöglichkeit des Zusammengehens von Rußland und England, d. h. der Glaube an die Möglichkeit der freien Hand gegenüber beiden Mächten, bestimmten weiterhin die auswärtige Politik des Reiches. Das Bündnis Englands mit der neuen asiatischen Weltmacht Japan erschwerte noch mehr die Lage Deutschlands. Der Gedanke der unbedingten politischen Sicherheit vor allen übermächtigen Koalitionen, vor einer Einkreisung der Mitte Europas, wie sie sich jetzt unter dem Willen König Eduards VII. von England vollzog, war von

Bismarck als das primäre Gesetz seiner auswärtigen Politik festgehalten worden; es hatte jetzt dem Willen zur Selbständigkeit unter den Weltmächten, dem Willen zur Weltgeltung Platz gemacht. Durch Wirtschaft und Handel, durch die Industrialisierung des Landes war Deutschland genötigt, eine eigenartige imperialistische Politik der offenen Tür zu treiben, die nur durch die Erhaltung des Weltfriedens aufrechterhalten werden konnte. Durch jene Unabhängigkeit nach Osten und nach Westen glaubte es, ihm und damit seinen wirtschaftlichen Interessen am sichersten zu dienen. Die deutsche Politik ging diesen Weg weiter, obwohl die Haltung Italiens nach der Stellungnahme Englands in scharfer Front gegen Deutschland kaum noch zweifelhaft war, obwohl die innere Schwäche Österreich-Ungarns infolge des Nationalitätenhaders von Jahr zu Jahr mehr offenbar wurde. Erst Bethmann Hollweg versuchte durch seine Verhandlungen mit England eine günstigere Weltlage für das deutsche Reich zu schaffen, wohl erkennend, daß die wirtschaftlichen Probleme zu stark das allgemeinpolitische Konto belasteten, daß die deutsche Türkenpolitik sowie das Schicksal des Gabsburgerstaates eine Verständigung mit dem östlichen Nachbarn unmöglich machten, daß ein Krieg unter allen Umständen auch für die innere Politik des Reiches, für den Reichsgedanken von den schwersten Folgen sein würde. Aber es war ein Versuch mit zu unzureichenden Mitteln und mit zu geringer staatsmännischer Kraft, überdies erschwert durch innenpolitische Hemmnungen. Bald war es zu spät. Die Ereignisse überstürzten sich und führten zum Weltkrieg, bevor das Verhältnis zwischen Deutschland und England sich hatte bereinigen lassen.

Der Ausbruch des Weltkrieges war die Katastrophe der auswärtigen Politik der wilhelminischen Periode. Aber was die glanzvollsten Zeiten der vergangenen Jahrzehnte nicht vermocht hatten, das erreichte der dem deutschen Reiche und Volke aufgezwungene Defensivkrieg: die Einheit des Nationalbewußtseins und des Vaterlandes. Der Kaiser bekannte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, und die Sozialdemokratie stellte sich in Reih und Glied mit den übrigen Parteien. Es vollzog sich eine geistige Synthese von Volk und Reich in jenen Augusttagen 1914, die uns allen wie ein Wunder erschien. Eine nationale Schicksalsgemeinschaft umschloß alle Stände, alle Schichten des Volkes in einer so erhabenen Größe, wie sie bisher das deutsche Leben noch nicht gesehen hatte. Jeder fühlte, daß der Kampf der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Selbständigkeit des Reiches, daß er dem deutschen Menschen galt. Die verantwortlichen Behörden, die großen Verbände der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft, alle Berufsgruppen schlossen sich zu großen bürokratisch-wirtschaftlichen, aus der Not der Zeit entstandenen Organisationen zusammen, um der wirtschaftlichen Einschränkung des Vaterlandes zu begegnen. Die Opferwilligkeit aller Stände war ein Zeichen der Stärke des Willens zum Reiche. Im Kriege gegen Frankreich hatte das deutsche Volk die Kriegsanleihe nicht aufgebracht, jetzt zeichneten alle Kreise der Bevölkerung, sobald eine neue erforderlich war. Gewiß, die wirtschaftliche Erstarkung war unendlich gewachsen, aber gewachsen war auch das sittliche Bewußtsein des Volkes, für die Existenz des Reiches Opfer zu tragen. Alle moralischen Energien des Deutschtums vom Staate und vom Volke her, wie wir sie während dieses Jahrhunderts zu schildern versucht haben, waren neu erwacht, um für den Reichsgedanken einzustehen, wie ihn der Genius Bismarcks verwirklicht hatte. Mit einem sittlichen Enthusiasmus ohnegleichen zog das deutsche Volkshier in den ungleichen Kampf, den auf unserer Seite niemand gewollt hatte. Aber wir vermochten trotz aller unvergänglichen Heldentaten im Felde und in der Heimat, die den deutschen Namen in alle Lande trugen, dieses Wunder nicht festzuhalten. Die inneren Gegensätze erwachten von neuem. Auf der extremen Linken setzten fühlbare Absplitterungen von der Einheitsfront ein, namentlich seitdem die unabhängigen Sozialdemokraten sich zu einer eigenen Partei zusammengeschlossen hatten. Und schon als Hindenburg-Ludendorff die Oberste Heeresleitung übernommen hatten, ging das Primat des politischen Willens an die militärische Seite verloren. In jenen schwersten Schicksalsstunden, als es um Sein oder Nichtsein rang, war dem deutschen Reich kein Kaiser und kein Staatsmann beschieden, der es wie in den Einheitskämpfen verstanden hätte, seinen Willen durch das innere Gesetz seiner Persönlichkeit auch den Widerstrebenden aufzunötigen. Der Osterreichlaß für innere Reformen vom 7. April 1917, der offen erklärte, daß „für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr“ sei,

föhrt zu keiner Tat, vielmehr nach den fruchtlosen Verhandlungen im Landtage zu jener ernstesten innerpolitischen Lage, die das Vertrauen zur Regierung in weiten Kreisen der Rechten und der Linken untergrub. Und diese Regierung hatte mit dem Hilfsdienstpflichtgesetz vom 2. Dezember 1916 die Kräfte der Nation, jedes Einzelnen für den Staat in solchem Maße in Anspruch genommen, daß eine weitere Anspannung, wie sie die Oberste Heeresleitung forderte, nicht mehr tragbar schien. Der vom Staate her bestimmte Reichsgedanke hatte sein äußerstes Ziel erreicht. Er war nur aufrechtzuerhalten, wenn er gestützt und getragen wurde von einem Gleichmaß der politischen Rechte des Volkes. Die wirtschaftliche Not vergrößerte sich von Monat zu Monat. Die außenpolitische Lage gestaltete sich um so schwieriger, je mehr die Zahl der Gegner wuchs, je fester sie entschlossen waren, mit der Hilfe Amerikas und der wirtschaftlichen Beeinflussung der neutralen Staaten Deutschland niederzuzwingen. Und als die großen Frühjahrsoffensiven 1918 nicht zum Ziel geführt hatten, da gab auch die Oberste Heeresleitung die Hoffnung auf, daß noch ein militärischer Sieg zu erringen sei. Die politischen Maßnahmen erlangten ihr Vorrecht wieder. Noch einmal versuchte die Regierung des Prinzen Max von Baden, die innere Einheit in dem möglichen Maße wiederherzustellen, als mit dem Gesetz vom 28. Oktober 1918 die Reichsverfassung abgeändert, das parlamentarisch-demokratische System durchgeführt wurde. Der kaiserliche Erlass bekannte selbst, daß mit ihm eine Periode deutscher Reichsgeschichte zum Abschluß gekommen sei. Grundlegende Rechte wurden von der Person des Monarchen auf den Reichstag, d. h. auf das Volk, übertragen. Das deutsche Volk, so hieß es, „hat den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt“. Kaiser und Volk traten als gleichberechtigte und in gleicher Weise verpflichtete Träger des Reichsgedankens nebeneinander. Die Revolution von oben kam zu spät. Dem Vernichtungswillen der Gegner genügte die demokratisch-monarchische Staatsform nicht, um Friedensverhandlungen einzuleiten: sie forderten als Preis der Bereitschaft das Kaisertum, das sie seit Jahren in lügenhafter Propaganda für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich gemacht hatten. Das deutsche Volk in der Heimat war durch die lange Dauer des Krieges, durch die Überspannung seiner geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zermürbt. Die allgemeine Katastrophe brach auch über das Reich herein, als seine Bundesgenossen zerschlagen waren. Es galt, das Feldheer davor zu bewahren, daß es in seiner Gesamtheit in sie hineingezogen würde. Der 9. November war der moralische und seelische Zusammenbruch des deutschen Volkes, er war aber auch die furchtbare Katastrophe der Gesamtpolitik des Reiches der wilhelminischen Periode: die Revolution von unten brauchte nur gemacht zu werden, um im Innern das Werk der Auflösung des Alten zu vollenden. Es war ein verhängnisvolles Schicksal, daß in den Tagen, da sich der Abschluß des Waffenstillstandes als unumgänglich notwendig erwies, die staatliche Neuordnung vom Volke her sich gestalten sollte. —

In diesen Monaten schien es oft, als würden die Gegner bei den innenpolitischen Wirren auch ihr letztes Kriegsziel erreichen, die Vernichtung des Reichs und des Reichsgedankens, die Auflösung des deutschen Landes in eine Reihe von ohnmächtigen Mittel- und Kleinstaaten. Wohl vollzog sich die politische Umwälzung verhältnismäßig rasch und unblutig, obgleich sie die Traditionen fast eines Jahrtausends über den Haufen warf, aber der Rat der Volksbeauftragten erließ am 12. November einen Aufruf an das deutsche Volk, daß es Aufgabe der aus der Revolution hervorgegangenen Regierung sei, „das sozialistische Programm zu verwirklichen“. Die Staatsform war geändert. Die Verwirklichung des sozialistischen Programms hätte die Zertrümmerung des Reichs, die Proklamierung des Klassenkampfes, die Aufhebung des Reichsgedankens, die Auflösung des Inhalts jener Form bedeutet. Breite Gebiete des Westens gelangten in feindlichen Besitz oder unter feindliches Besatzungsrecht. Abtretungsbestrebungen traten in den Rheinlanden zutage. Wie einst zu Zeiten Georg Forsters und Johannes von Müllers um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert wurden Stimmen laut, die es als Torheit erachteten, sich der alten Schimäre von der Unzertrennlichkeit des Reichs hinzugeben, und eine selbständige rheinische Republik forderten; Pläne, die schon während des Krieges von französischer Seite offen erörtert waren. Im Osten gingen Posen und Teile Westpreußens verloren. Oberschlesien wurde von Polen beansprucht. Wohl gaben die von Habsburgs Herrschaft befreiten deutsch-österreichischen

Länder ihren Willen kund, zum Reiche heimzukehren, aber hier verwehrt die Gegner die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, für das sie angeblich in den Kampf gezogen waren. In allen Ländern und Stämmen garte es. Die Zentren unserer Industrie wurden von bolschewistischen Banden durchzogen, die alles zu vernichten gedachten, was an die Vergangenheit gemahnte. In der Hauptstadt des Reiches drohte die Unsicherheit darüber, wer am nächsten Tage die Regierungsgewalt in Händen haben würde, alle Maßnahmen zu lähmen. Ein Volk, das an die regsame Aktivität seiner Behörden gewohnt war, sollte sich selbst staatliche Organe seines Willens schaffen. Müde und zerschlagen an Seele und Leib hatte es die unerhörten Bedingungen des Waffenstillstandes über sich ergehen lassen. So ertrug es auch die grausam verlängerte Hungerblockade. Obwohl bereits am 30. November die Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung erlassen war, setzten sich die Kämpfe um Räterepublik zur Verwirklichung der Diktatur des Proletariats oder demokratische Republik zur Verwirklichung eines nationalen Volksstaates fort. Die Wahlen zur Nationalversammlung brachten den Sieg zugunsten des nationalen Volksstaates und damit des nationalen Reichsgedankens, ein Sieg von ungeheurer geschichtlicher Bedeutung, denn er bewahrte trotz allen Umsturzes die Möglichkeit der historischen Kontinuität. Der Verzweiflungskampf des Radikalismus gegen alle Mächte der nationalen Ordnung fand bereits eine geschlossenere Front. Das Gesetz vom 10. April 1919 über die vorläufige Reichsgewalt schaltete alle Organisationen, die durch die Revolution in den Besitz der höchsten Gewalt gekommen waren, aus, nachdem bereits am 21. Februar der Zentralrat die ihm vom Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte übertragene Gewalt in die Hände der Nationalversammlung gelegt hatte. Ebert wurde zum Reichspräsidenten gewählt. Unter schwererem Druck der innen- und außenpolitischen Frage hatte wohl noch nie eine verfassungsgebende Versammlung ihr Werk begonnen, als jetzt die deutsche zu Weimar. Mitten in ihre Arbeiten fiel das für die Gegner schmachvolle Friedensdiktat von Versailles. Aus diesen inneren Wirren und dieser mit völliger Vernichtung drohenden außenpolitischen Lage ist die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 geschaffen: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“ Die Verfassung von 1867 war das Werk des einen Genius, der unter sicherer Abwägung aller staatlichen Energien und geschichtlicher Imponderabilien den Grund zum Reiche legte. Mit jenen Worten der Präambel kehrte der nationale Reichsgedanke zu seinem Ursprung zurück, den er am Beginn des 19. Jahrhunderts genommen hatte: zum deutschen Volke, zum deutschen Volkstum. Er nahm wieder auf die Idee, von der 1848/49 die Einheitsbewegung ausgegangen war, vom Volke aus Einheit und Freiheit zu schaffen, Reichsgesetz vor Landesgesetz zu stellen, das Reichsbewußtsein zum vornehmsten Träger des Staatsgedankens des deutschen Volkes zu erheben, als dessen untrennbares Glied sich auch das Deutschtum Österreichs empfindet.

Wohl hatte die Schöpfung Bismarcks ihre Form völlig gewandelt, aber ihr Inhalt, Reich und Reichsgedanke, waren durch alle diese Stürme siegreich erhalten geblieben, ja sie waren politisches Volksgut geworden. Der Vernichtungswille der Gegner hatte sich nicht verwirklicht, und dieses politisch-nationale Volksgut blieb siegreich auch in den Jahren des Währungsverfalles und der Sanktionen trotz aller Bemühungen Frankreichs, im Westen seine Rheinpolitik durchzuführen. Wohl durchlief das Reich eine Krise nach der andern. Unruhen in Thüringen und Sachsen, Putzche in Bayern erschütterten den Zusammenhang; aber der Reichsbau hielt, denn sein Grundpfeiler, Preußen, blieb fest und sicher auch in den neuen Verhältnissen. Die Abstimmungsergebnisse in seinen Grenzprovinzen waren bereits Siege des national-deutschen Reichsgedankens. Langsam zunächst, in allen seinen Gliedern die Mühen und Drangsale des letzten Jahrzehnts spürend, begann das deutsche Volk von neuem seinen Lauf unter den großen Völkern der Welt, um aus der Talsohle des Leidens dem kommenden Morgen entgegenzugehen.

Die Verfassung hatte ihm die äußere Gestalt, die staatliche Form gegeben. Aber ein Volksstaat besteht erst zu moralischem Recht, wenn in der Tat ein Volk da ist, ein Volk mit einer Seele. Nur dann ist es in Wirklichkeit der Träger der von seinen Organen

geschaffenen staatlichen Institution, die sonst nur ihre Form, nicht ihr Wesen verändert hat. Wird das deutsche Volk den Weg der inneren Läuterung finden, den es vor einem Jahrhundert gegangen ist, wird es jenes große und freie Menschentum wieder in sich gestalten, das, alle Errungenschaften der Technik und der Wirtschaft verwertend, die unverbrauchten Lebenskräfte des alten Beamtenstaates mit den neuen Energien verarbeitend, von innen heraus sein nationales Schicksal gestalten will? — Wie einfach war doch 1815 die Lage im Vergleich zu heute: ein großes Kriegserlebnis zeugte von dem Willen des Volkes. Die großen geistigen Ideemwelten des deutschen Idealismus und der Romantik schufen den vom lebensvollen Menschentum getragenen nationalen Reichsgedanken. Mannigfaltig und in sich zerrissen ist das Kriegserlebnis des Weltkrieges in unserer Generation. Getragen von der politischen Tat eines Genius, von den staatlichen Mächten, von den wirtschaftlichen Errungenschaften weitergefördert, hatte der Reichsgedanke durch diese äußeren Realitäten eine größere Sicherheit, festen Boden unter den Füßen gewonnen, aber er war selbst materialisiert. Schon die junge Generation vor dem Weltkriege suchte neues Land, eine neue innere Kultur auf deutschem Boden im deutschen Volkstum. Der Weltkrieg hinderte die ruhige Entfaltung dieser Bewegung. Immer mehr spalten sich die Reihen derer, die von innen nach außen bauen wollen. Aber trotz aller Zerrissenheit, trotz der inneren Kulturkrise, in der sich das Deutschland heute befindet: es bleibt die entscheidende Frage, ob sich eine Synthese vom deutschen Volkstum und nationalen Reichsgedanken zum Segen des Deutschland und zum Heile der Menschheit vollziehen wird. Wir hoffen und glauben trotz aller schweren Verfallserscheinungen, die zur Zeit unsere innere Menschheitskultur belasten, daß das deutsche Volk sich bereitet, diese sittliche Tat aus seinem Wesen und seiner Geschichte heraus zur Wirklichkeit heranreifen zu lassen. Die dämonische Macht der Materie soll von uns weichen, siegen soll jene göttliche Seele, die von dem Ewigen in jedes Volk hineingelegt ist und durch Liebe und Opfer des Einzelnen zur Volksgemeinschaft, durch sie zu einem höheren nationalen Reichsgedanken führt. Das ist die Solidarität des einheitlichen Volkes für den Reichsgedanken, für das neue Reich, das sich aufbauen soll „auf die Tragfähigkeit aller seiner Glieder, von den untersten, dienenden bis zu den höchsten“, das niemanden ausschließt von der freien Entwicklung seiner Kräfte im Dienste der Gemeinschaft. Hierin sieht eins der edelsten Opfer des Krieges, der junge Bernhard v. d. Marwitz, ein Nachfahre des Romantikers Alexander v. d. Marwitz, der einst sein Leben in den Freiheitskriegen gelassen hatte, über Generationen hinweg diesem in Gesinnung und Anschauung verbunden und durch die Schicksale seines Volkes geläutert, eine innere, tief im göttlichen Weltgeschehen verankerte metaphysische Ursache des Weltkrieges, daß diese Seele des deutschen Volkes wieder zum Durchbruch komme, daß jeder als Glied der Volksgemeinschaft sich fühle mit dem stolzen Bekenntnis:

„Civis Germanus sum.“